

Cam.

3

℥

Cam. 3 xe

Adler

A

Bayerische Staatsbibliothek



<36645222550010

DIE
FLEISCH - TEUERUNGSPOLITIK
DER
DEUTSCHEN STÄDTE
BEIM AUSGANGE DES MITTELALTERS.

VON

DR. GEORG ADLER,
AUSSERORDENTLICHEM PROFESSOR DER NATIONALÖKONOMIE AN DER
UNIVERSITÄT FREIBURG I. BR.

TÜBINGEN, 1893.
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG.

147c



FLEISCH-TEUERUNGSPOLITIK

DIE

FLEISCH-TEUERUNGSPOLITIK

DER

DEUTSCHEN STÄDTE

BEIM AUSGANGE DES MITTELALTERS.

TÜBINGEN, 1893.

VERLAG VON H. GASTNER UND SOHN, Tübingen.

DIE
FLEISCH-TEUERUNGSPOLITIK

FÜR
DEUTSCHE STÄDTE
BEI AUSGABE DES MITTELALTERS

DIE
FLEISCH - TEUERUNGSPOLITIK
DER
DEUTSCHEN STÄDTE
BEIM AUSGANGE DES MITTELALTERS.

VON

DR. GEORG ADLER,

AUSSERORDENTLICHEM PROFESSOR DER NATIONALÖKONOMIE AN DER
UNIVERSITÄT FREIBURG I. BR.

TÜBINGEN, 1893.

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG.

DIE
FLEISCH-TEUERUNGSPOLITIK
DER
DEUTSCHEN STÄDTE
BEIM AUSGANG DES MITTELALTERS



TÜBINGEN 1893.
Druck von H. Laupp jr. in Tübingen.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Vorwort	VII
Einleitung	I
I. Allgemeine Prinzipien der städtischen Teuerungspolitik im Zeitalter der Zünfte	2
II. Historische Grundlagen der Fleisch-Teuerungspolitik	5
III. Allgemeiner Charakter der Fleisch-Teuerungspolitik im 15. und 16. Jahrhundert	18
IV. Sicherung von Quantität und Qualität beim Verkaufe als Fundament der Teuerungspolitik	21
V. Abschliessung der Metzgerzünfte und obrigkeitliche Reaktion	41
VI. Einschränkung des Gewerbemonopols der Fleischer durch die Märkte	51
VII. Fleischverkauf durch Nicht-Metzger	55
VIII. Massregeln über Vieh-Export und Vieh- und Fleisch-Import	68
IX. Massregeln über Viehkauf und Viehhandel	74
X. Regelung des Fleischverkaufs der Metzger	84
XI. Fleischtaxen	92
XII. Gesetzlich vorgeschriebene Enthaltung vom Fleischkonsum	103
XIII. Anlage: Der Feldzug gegen die Fleischteuerung im oberrheinischen Territorium. (Geschichtliche Entwicklung.)	107
XIV. Uebertretung der Gesetze und Statuten	113
XV. Schlusswort	121

Inhalts-Verzeichniss.

1	Vorwort
1	Inhalt
1	I. Allgemeine Eigenschaften der räumlichen Zeitungsgebiete im Zeit-
1	raum der Erde
1	II. Historische Entwicklung der Zeitungsgebiete
18	III. Allgemeine Charakteristika der Zeitungsgebiete im Zeit-
18	raum der Erde
18	IV. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	V. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung
21	VI. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	VII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	VIII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	IX. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	X. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XI. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XIII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XIV. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XV. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XVI. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XVII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XVIII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XIX. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XX. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXI. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXIII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXIV. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXV. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXVI. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXVII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXVIII. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXIX. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde
21	XXX. Zeitungsgebiete nach ihrer Ausdehnung und ihrem Vorkommen auf der Erde

Vorwort.

Die möglichst beste Versorgung mit Lebensmitteln ist, der Natur der Sache nach, für jedes Gemeinwesen die wichtigste ökonomische Frage. Ihre Lösung erfolgt in jedem Zeitalter entsprechend der herrschenden allgemeinen Gesellschafts- und Wirtschaftsform.

Deshalb hat das Problem, um welches es sich hier handelt, zwei Seiten: die Fleischteuerung konnte einmal die Konsequenz des entartenden Zunftsystems und seiner monopolistischen Tendenzen sein oder andererseits einfach die Folge effektiven Fleischmangels. In der That hat im Nordosten Deutschlands (besonders in Pommern) beim Ausgange des Mittelalters ein Missverhältnis zwischen der gewohnten Nachfrage und dem Vorrathe an Fleisch nicht bestanden; trotzdem aber herrschte auch hier zeit- und stellenweise Fleischteuerung, weil hier wie im übrigen Deutschland das Metzgergewerbe zünftig organisiert war. Und so sehen wir den Kampf der Regierungen gegen die Fleischteuerung, den die vorliegende Arbeit systematisch zu schildern unternimmt, auf dem gesammten deutschen Gebiete sich abspielen. —

Die in der Arbeit angeführten Daten sollen den Wert von Typen haben oder aber den von ganz besonders markanten Einzelthatsachen; sie stellen eben nur eine Auswahl aus der Menge von Beispielen und Fällen dar, die hier nicht alle anzuführen waren, wo ja keine Chronik oder

Statistik der Fleishteuerung in den einzelnen Städten gegeben werden sollte.

Als Citate sind solche Stellen aus den Originaltexten herangezogen worden, welche in Form und Inhalt die zünftige Wohlfahrtspolizei überaus charakteristisch widerspiegeln. Wo der auf Lektüre älterer Texte nicht eingeschulte Leser bei einzelnen Ausdrücken auf Schwierigkeiten stossen zu können schien, ist die Uebersetzung beigefügt worden. —

Es sei mir an dieser Stelle noch gestattet, dem Professor für deutsches Recht, Herrn Hofrat Dr. v. Amira für verschiedene litterarische Nachweisungen meinen herzlichsten Dank auszusprechen. —

Georg Adler.

Der Gedanke, dass die Förderung des leiblichen und geistigen Wohles der gesamten Bürgerschaft die eigentliche Aufgabe und der wahre sittliche Zweck jedes staatlichen Gemeinwesens sei, wurde auf deutschem Boden zuerst in den städtischen Gemeinwesen des Mittelalters als Maxime aller Wirtschaftspolitik anerkannt. Bis dahin »hatten Herren und Gesamtheiten nur die eigenen Interessen verwaltet; für allgemeine Wohlfahrtszwecke war lediglich die Kirche vom religiösen Standpunkte aus thätig gewesen« ¹⁾. Erst die Gesetze und Verordnungen der städtischen Verwaltungen zeigen eine klarbewusste Fürsorge für alle bürgerlichen Interessen, die gleichermassen das geistige wie das körperliche Wohl des Menschen — im Sinne jener Zeit — zu schützen und zu mehren trachtet: der Garantie von Eigentum und persönlicher Sicherheit schliessen sich jetzt an die Ordnung des Erwerbslebens im Interesse der Allgemeinheit, das städtische Gesundheits-, Armen- und Bildungswesen, mit einem Worte, eine Sorge, die alle Manifestationen der bürgerlichen Persönlichkeit umspannt und darum z. B. selbst der Kurzweil des Volkes nicht vergisst.

1) G i e r k e, »Das deutsche Genossenschaftsrecht«, Bd. II, p. 741.

I.

Allgemeine Prinzipien der städtischen Teuerungspolitik im Zeitalter der Zünfte.

Von diesem System staatlicher Wohlfahrtspolizei sind hier nur die Massnahmen zur Regelung des Erwerbslebens einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen; sie vornehmlich können auch das meiste Interesse beanspruchen, weil sie mit ihrer peinlichen, sich in unzähligen Einzelheiten erschöpfenden Reglementierung der Physiognomie der städtischen Verwaltungsthätigkeit vom 12. bis zum 16. Jahrhundert das charakteristische Gepräge verleihen.

Die ideelle Grundlage dieser staatlichen Intervention ruht auf dem ökonomischen Glaubensbekenntnis jener Zeit, das auch Handel und Wandel von christlich-ethischem Geiste durchdrungen wissen will und die weltliche Gewalt als Hüterin für die »christliche« Bewertung der Waren und für den »gerechten« Handelsgewinn bestellt. Darnach hat die Obrigkeit dafür zu sorgen, dass bei allem Tausch, Kauf und Verkauf Leistung und Gegenleistung sich die Wage halten. Einen Gewinn der Verkäufer soll dies aber natürlich nicht ausschliessen, sondern nur der Höhe desselben eine gewisse Grenze setzen; und so wird das Mass dieses »erlaubten« Gewinnes von Thomas von Aquino dahin definiert: es dürfe der Verkäufer streben *»ad lucrum non quidem ut finem ultimum laboris, sed tamquam finem necessarium ad sui et suae familiae sustentationem aut tamquam honestum, etsi non semper simpliciter necessarium«*; — ein Prinzip, welches das Mittelalter überdauert und z. B. auch von Luther nachdrücklich betont wird. Diese Anschauung stellt also nicht mehr, wie das römische Recht es gethan, den Preis der Ware einzig und allein der freien Willensentschliessung der jeweiligen Kontrahenten anheim, sondern

es werden R e c h t s n o r m e n für einen objektiven Preis geschaffen. Jede Abweichung von diesem konstituierten Werte, dem justum pretium, wird als »usura« gebrandmarkt.

Als erstes konstituierendes Element des justum pretium gilt die geleistete A r b e i t, welche unter allen Umständen eine entsprechende Vergütung erhalten muss. Welcher Lohn ihr aber »entspricht«, soll nicht des Beteiligten individuelles Urteil entscheiden, sondern Unparteiischer Wissen und Gewissen. Daran schliesst sich der Ersatz aller Kosten und Aufwendungen des Verkäufers, ferner eine Risikoprämie und endlich soll auch die Grösse der Nachfrage in Anschlag kommen. Verboten ist dagegen, die etwaige Gewinnchance des K ä u f e r s zu einem besonderen Preisaufschlage zu benutzen; weiter: wegen Stundung des Kaufpreises teurer zu verkaufen, oder einem zufälligen Käufer mehr abzunehmen als der festen Kundschaft, oder gar die Not und Unerfahrenheit des Käufers auszubeuten.

Als Konsequenz derselben Anschauung erscheint das Verbot der sog. M o n o p o l m a c h e r e i. Mit diesem Namen wird aber in jener Zeit schlechthin jede Veranstaltung belegt, welche die Preisbildung den angeführten Normen entziehen wollte. Dahin rechnet man namentlich das Aufkaufen und Zurückhalten der Vorräte, das Verhindern der Zufuhr und ähnliche Manipulationen, die auf Verteuerung abzielen. Es werden Monopolrechte nur bewilligt, wo ihre Ausübung unter öffentlicher Kontrolle statt hat und sich im Interesse des Gemeinwohles rechtfertigen lässt.

Alle diese Massnahmen zur Schaffung objektiver Preise lassen aber freilich der subjektiven Wertbemessung noch genug Spielraum; denn jene konstituierenden Elemente des Preises stellen keine festen und unzweifelhaft bestimmten Grössen dar. Welches sollte z. B. der rationelle Massstab für die gerechte Ver-

gütung der mannigfaltigen Arbeitsleistungen sein? Welche Bewertung sollte dem Umfange der Nachfrage zugestanden werden? Die Entscheidung darüber konnte gar nicht anderem als subjektivem, bis zu einem gewissen Grade willkürlichem Ermessen anheimgestellt bleiben. Hier gab es also nur den einzigen Ausweg, dass die Entscheidung in die Hände der Obrigkeit als der unparteiischen Richterin und der von Gott eingesetzten Hüterin des Rechtes gelegt wurde. Tarif und Taxe erschienen darum jenem Zeitalter als Ideale staatswirtschaftlicher Politik. Inwieweit aber dieses »pretium legitimum« auch in Wahrheit das angestrebte »pretium iustum« war, darüber entschied mithin in letzter Instanz die sachliche Kenntnis, der verständige Kalkül und der natürliche Takt der gebietenden Ratskommission.

Eine solche Tarifierung liess sich aber bei der bunten Mannigfaltigkeit des städtischen Erwerbslebens, wie natürlich, nicht für alle Zweige desselben durchführen. Man nahm daher bei der Mehrzahl der Branchen von dieser letzten Konsequenz des Systems der Reglementierung Abstand und unterwarf nur die wichtigsten Güter der menschlichen Wirtschaft der Herrschaft der Taxe, vor allem also die Nahrungsmittel¹⁾. Hier wurde aber die Taxe ein Gebot der Notwendigkeit, seitdem die städtische und zünftige Entwicklung zur Sperrung des lokalen Marktes und zum effektiven Monopol der zünftigen Genossenschaft geführt hatte, — während das Monopol Einzelner nach wie vor verpönt blieb. Nur zu leicht war die Gemeinde den Trucks eines Ringes selbstsüchtiger Meister preisgegeben, wo es sich um Produkte handelte, die jeden Tag frisch auf den Tisch des Bürgers kommen mussten. Soweit daher in dieser oder jener Stadt nicht etwa alles Wohlergehen von der Blüte einer be-

1) Vergl. W. Endemann, »Studien in der romanisch-kanonistischen Wirtschafts- und Rechtslehre«, 2 Bde. und J. Janssen, »Die allgemeinen Zustände des deutschen Volkes beim Ausgang des Mittelalters«, p. 408 ff.

stimmten Industrie abhing, war die Beschaffung hinreichender und preiswürdiger Lebensmittel die wichtigste Aufgabe, welche die wirtschaftliche Regierungskunst der Stadtväter zu lösen hatte.

Eine eingehende Schilderung des Systems dieser Wohlfahrtspolitik ist noch nicht vorhanden. Die folgende Darstellung soll die Ausfüllung dieser Lücke in der Wirtschaftsgeschichte beginnen, indem sie den schwierigsten und kompliziertesten Teil jenes Systems, die Fleischversorgung der Städte, und zwar in der kritischsten Epoche — die mit 1450 anhebt —, zu zeichnen unternimmt.

II.

Historische Grundlagen der Fleischhandels-Politik.

Die Fleisch-Teuerungspolitik der Städte in jener Zeit kann nur verstanden und gewürdigt werden, wenn man die **drei Grundthatsachen**, auf denen sie fusste, kennt: die Viehzucht der städtischen Bevölkerung, den starken Fleischkonsum aller ihrer Klassen und das seit dem Spät-Mittelalter immer schärfer zutage tretende Missverhältnis zwischen dieser gewohnten grossen Nachfrage und dem Angebote. —

A.

Die Gründungsurkunden der deutschen Städte aus dem 12. und 13. Jahrhundert statten die Bürger mit Weiden so reichlich aus, dass sie Vieh in grosser Menge austreiben können¹⁾. Daher haben auch das ganze Mit-

1) Schmoller, »Die historische Entwicklung des Fleischkonsums sowie der Vieh- und Fleischpreise in Deutschland« in der Tübinger »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft«, Bd. 27 (Jahrg. 1871), p. 297.

telalter hindurch und sogar noch darüber hinaus die Städter neben Handel und Handwerk viel Ackerbau und Viehzucht getrieben. Selbst ärmere Bürger halten für den Hausbedarf an Fleisch wenigstens ein paar Kühe oder Schweine. Es wird darum auch noch beim Ausgange des Mittelalters für eine »Entartung« erklärt, wenn »*der bürgermann nit dafür Sorge, das er eigen hausvieh habe, und alles fleisch und die milch kaufen müsse*«. Selbst grössere Handelsstädte haben eine sehr bedeutende Viehzucht. So wird z. B. im mittelalterlichen Frankfurt a. M. von Kriegk das Vorhandensein grosser Kuh-, Schaf- und Schweineheerden konstatiert. In Uebereinstimmung hiermit heisst es in einer der neuesten wirtschaftsgeschichtlichen Studien über Frankfurt a. M.: »Vieles weist darauf hin, dass vom Betriebe der Landwirtschaft und Viehzucht noch im XV. Jahrhundert die Existenz eines grossen Teiles der städtischen Bevölkerung abhing. Niemand, der sich mit diesen Dingen eingehend beschäftigt hat, wird sich des Eindrucks haben erwehren können, dass das mittelalterliche Städteleben sich sozusagen in einer durchaus ländlichen Atmosphäre bewegt. Die sehr eingehenden Bedeordnungen des XV. Jahrhunderts führen als zu besteuernde Vermögensobjekte vorwiegend landwirtschaftlichen Besitz- und Betriebsmittel sowie selbsterzeugte Verbrauchsvorräte auf, während des Handelskapitals und der Kaufmannsware nur flüchtig gedacht wird«²⁾. Auch die Ratsordnungen von Nürnberg zeigen unzweifelhaft, dass dort sehr viel Schweinezucht getrieben wurde, da 1485 verordnet wird, dass »*innerhalb der lantwer*« (eines Grabens in Entfernung von einer Viertelstunde von der Stadt) Niemand in seinem Stalle mehr als 20 Schweine haben solle,

1) J a n s s e n a. a. O. p. 293.

2) B ü c h e r, »Die Bevölkerung von Frankfurt am Main im XIV. und XV. Jahrhundert«, p. 261 und 263.

»aber ausserhalb der Landwere mag er swein halten, wie vil er wille«¹⁾).

Wie respektabel der städtische Viehstand war, zeigen ferner die Dekrete des Ulmer Rates: Niemand solle mehr als 3 Rinder und 12 Schafe auf der (Gemein-) Weide frei haben; für jedes fernere »Haupt« müsse eine Abgabe entrichtet werden; kein Bäcker dürfe mehr als 24 Schweine haben; sonst dürfe Jemand, der kein eigenes Haus besitze, nicht mehr als 2 Geiselschweine und eine Schweinsmutter halten²⁾).

Welchen Umfang endlich die Viehzucht in den Städten noch weit über das Mittelalter hinaus gehabt hat, zeigt die Thatsache, dass noch 1641 der Rat von Berlin sich genötigt sieht, einzuschreiten, weil sich »viele Bürger unterständen, auf den freien Strassen und oft unter den Stubenfenstern Säu- und Schweineställe zu machen«³⁾).

B.

Dieser starke Viehstand in den Städten war notwendig, da in jenen Zeiten im Vergleiche zur Gegenwart ein ganz ausserordentlich grosser Fleischgenuss üblich war, den das flache Land allein nicht deckte. Er schrieb sich aus der Oekonomie der alten Germanen her, welche — nach den Forschungen von Grimm, Roscher, Hanssen, Volz, Schmoller und Inama-Sternegg — durch eine nomadenhafte Feldgraswirtschaft mit reichem Viehstande charakterisiert war, dem ein sehr starker Fleischkonsum entsprach. »Bei solcher Kost wuchs ein Volk heran von ungebändigter Lebenskraft. Es war ein

1) »Nürnberger Polizeiordnungen aus dem XIII. — XV. Jahrhundert«, herausgegeben von B a a d e r, p. 283.

2) J ä g e r, »Ulms Verfassungs-, bürgerliches und kommerzielles Leben im Mittelalter«, p. 608 ff.

3) B e r l e p s c h, »Chronik der Gewerke«, Bd. V, p. 70.

Geschlecht von gewaltigen Leibern und heftigen Ausbrüchen der Leidenschaft. Unmässigkeit in Essen und Trinken war bei den Wohlhabenderen eine häufigvorkommende Erscheinung. Die religiösen Vorstellungen wie die poetischen Anschauungen bis ins 13. Jahrhundert sahen die verschwenderischen Mahle, die nimmer enden, als den Inbegriff irdischer wie himmlischer Freuden an« (Schmoller) ¹⁾.

Die christliche Kultur hatte dann eine Minderung des Fleischgenusses angestrebt, um der Rohheit, welche sich mit dieser übermässigen animalischen Nahrung verband, entgegenzuwirken. Wenn nun auch unter diesem Einflusse im Mittelalter die Fleischnahrung nicht mehr ganz so prävalierte wie früher, blieb sie, wie erwähnt, immerhin doch noch sehr bedeutend. Den Beweis dafür liefert eine lange Reihe zuverlässiger Urkunden, aus denen wir die folgenden charakteristischen Stücke wiedergeben wollen.

Es erhielt z. B. das Gesinde des Strassburger Spitals 1374 folgende Kost:

prime: suppe in eine grossen kare (Schüssel) mit drigen (drei) stücken rintfleischs oder kalbfleischs.

an rehten imbisz: ein sümelin brot (Weizenbrot) eine nurwe krügelin mit einem halben mossen wines.

eine nurwe schüssel mit zweigen stücken rintfleischs oder kalbfleischs in einre gelwen brüge mit wurzen (Kraut).

eine nurwe schüssel mit eime gelwen brige.

ein nurwe schindelteller mit zweien stücken gebrotens kalbfleischs oder aber swinenfleischs.

eine nurwe schüssel mit semfe oder mit sehsze (Zwiebel?) und darzuo einen zweigkese eines viertel minre«²⁾ (weniger ein Viertel, d. h. dreiviertel).

Ebenfalls aus Strassburg ist ein Rechenbuch des Küchen-

1) Schmoller a. a. O. p. 287.

2) Die Urkunde ist mitgeteilt bei Hanauer, »Études économiques sur l'Alsace ancienne et moderne«, T. II, p. 301.

meisters der Dominikaner vom Jahre 1523, welches die täglichen Auslagen für die vom Kloster beschäftigten fremden Arbeiter genau angibt. Auch hier nimmt der Arbeiter zweimal täglich, Mittags und Abends, Mahlzeiten ein, deren Hauptbestandteil an Festtagen Fisch, sonst Fleisch ist, und zwar, wenn man die ausgeworfenen Gelder mit den Fleischpreisen jener Zeit vergleicht, 6—700 Gramm pro Kopf (und Tag) ¹⁾.

Diese starke Fleischkost selbst der unteren Stände lässt sich durch das ganze Reich hin verfolgen. »*Jedweder tagwerker, er arbeite auf dem felde oder sunst* — heisst es in einer Verordnung des Erzbischofs Berthold von Henneberg für seine Güter im Rheingau — *erhält morgens eyne suppe sampt brod, zum ymbs eyne starke suppe, gut flaisch und gemüse und einen halben krausen (Krug) gemeinen weyns; abendes flaisch und brodt oder eine starke suppe und brodt.*« Ähnlich verordnet der Schenk Erasmus zu Erpach im Odenwald im Jahre 1483: »*Alle taglöner, die gedungen sind, sowie die fronleute sollen gemeynlich, als auch die knechte und megde, jeden tag erhalten zweimal Fleisch und zukost und eine halbe krause weyns, uszgenommen die Fasttage, da sollen sie Fische haben oder sunst narhafte speisen. Auch soll man eynem jeden, der in der woche geerbeit, den sunn- oder Fyertags gütlich tun nach der mesz und predig. Sie sollen haben brot und Fleisch genugsam und einen halben grossen krausen weyns; an den hochziten (hohen Feiertagen) auch bratens genugsam. Auch soll man inen mitgeben nach haus einen grossen leib brot und von fleisch sovil als zwey in einem ymbs essen können.*«

Im Wesentlichen dasselbe — vor allem die Lieferung zweier Fleischgerichte an allen Tagen, an welchen nicht Fasten geboten sind — schreiben auch die Hausordnung

¹⁾ H a n a u e r a. a. O. T. II, p. 303.

des bayerischen Grafen Joachim von Oettingen (ca. 1500) und die herzoglich sächsische Landesordnung für die Dienst- und Werkleute vor ¹⁾).

Den Fleischkonsum Nürnbergs hat Sch m o l l e r auf mindestens 150—200 Pfund pro Kopf der Bevölkerung (im Jahre) geschätzt (im Anfange des 16. Jahrhunderts), den Frankfurts a. O. sogar noch höher ²⁾. Der Fleischverbrauch Leipzigs hat noch im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts — wo bereits ziemlich allgemein ein starker Rückgang stattgefunden hatte — 156 Pfund jährlich pro Kopf der Bevölkerung betragen; während er in den verschiedenen Perioden unseres Jahrhunderts hier zwischen 114 und 128 Pfund schwankt, und in den preussischen schlachtsteuerpflichtigen Städten gar nur zwischen 64 bis 76 Pfund ³⁾ ⁴⁾.

Die höheren Klassen konnten sich einen noch exzessiveren Fleischgenuss gestatten, und thaten es auch reichlich, wie die kulturgeschichtlichen Zeugnisse erweisen. Man denke an die unzähligen Verordnungen aller deutschen Obrigkeiten gegen das Auftragen zuvieler Gerichte bei Gesellschaften, Hochzeiten, Kindtaufen und Begräbnissen! Wie berechtigt diese waren, zeigen die Fleischbudgets der Festlichkeiten, welche oftmals Zahlen von schwindelnder

1) Diese Urkunden sind bei Janssen a. a. O. p. 308 f. mitgeteilt.

2) Sch m o l l e r a. a. O. p. 290 f.

3) Otto Gerlach, »Der Fleischkonsum Leipzigs« in den »Jahrbüchern für Nationalökonomie«, Bd. 45 (1885), p. 492 ff., bes. p. 523; ferner Derselbe, Art. »Fleischkonsum und Fleischpreise« im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. III, p. 556 ff.

4) In andern Ländern scheint der Fleischkonsum nicht viel geringer gewesen zu sein. »Unter Heinrich VIII. — berichtet Roscher gestützt auf die Resultate englischer Forscher — waren Kalb-, Rind-, Hammel- und Schweinefleisch in England Nahrung der Armen« (»System der Volkswirtschaft«, Bd. I, p. 306). — In Frankreich rechnete man um 1345 am kronprinzlichen Hofe für 30 Personen jährlich allein an Schweinen 82 Stück (a. a. O. p. 311).

Höhe erreichen. So liess z. B. der reiche Bäcker Veit Gundlinger zu Augsburg bei der Hochzeit seiner Tochter (1493) angeblich folgende Quantitäten Fleischwaren auf-fahren: 20 Ochsen, 49 Zicklein, 500 Stück allerlei Feder-vieh, 30 Hirsche, 15 Auerhähne, 46 gemästete Kälber, 900 Würste, 95 Mastschweine, 1006 Gänse, 25 Pfauen u. s. w. — Und bei der Hochzeit des Edelmanns Wilhelm von Rosenberg (1578) sollen nach der Angabe des Ritters Hanns v. Schweinichen, eines der Gäste — der seine Informationen direkt aus der Küche holte — darauf gegangen sein: 113 ganze Hirsche, 24 Hirschwildbret in Teilen, 98 wilde Schweine, 19 Schweine in Teilen, 162 Rehe, 2292 Hasen, 470 Fasanen, 276 Auerhühner, 3910 Rebhühner, 22,687 Krammetsvögel, 88 westphälische Schinken, 370 Ochsen, 2687 Schöpse, 1579 Kälber, 421 Bratlämmer, 99 Spick-schweine, 300 gemästete Schweine, 577 Spanferkel, 3000 gemästete Kapaunen, 12,887 gemästete Hühner, 2500 junge Hühner, 3550 gemästete Gänse u. s. w. Ausserdem »hat man auf allen seinen Herrschaften und Dörfern die ganze Hochzeit über täglich arme Leute gespeiset; was allda auf-gegangen, konnte man nicht wissen« ¹⁾.

Wie raffiniert zudem dieser massenhafte Fleischgenuss gewesen sein muss, zeigt die Aufzählung von f ü n f z i g Arten verschiedenen Geschmacks von Schweinefleisch in H e r e s - b a c h ' s Buch »De re rustica« (16. Jahrh.) ²⁾.

C.

Eine solche althergebrachte Lebensweise konnte durch die Mahnungen der Kirche und die Dekrete der Obrigkeit nur wenig modifiziert werden, zumal durch die Jahrhunderte-lange Gewöhnung der starke Fleischgenuss auch seine p h y s i o l o g i s c h e Berechtigung hatte. Erst die

1) Berlepsch a. a. O. p. 129 ff.

2) Roscher, »Nationalökonomik des Ackerbaues«, p. 596.

Not, die Unmöglichkeit, die gewohnten Ansprüche zu befriedigen, vermochte sein Niveau herabzudrücken. Diese trat ein, sobald die Vermehrung des Viehstands nicht mehr der Bevölkerungszunahme entsprach.

Von der Zeit des Frühmittelalters an bis zum 13. Jahrhundert hatte in Deutschland ein rasches Wachstum der Bevölkerung stattgefunden; die bis dahin fortdauernde Waldkolonisation in den deutschen Stammlanden, die Hufenteilung, die rasche Ausbreitung der deutschen Bevölkerung in den neuerobernten östlichen Teilen des Reiches, der überaus starke Bevölkerungszufluss nach den Städten lassen sich nur unter dieser Voraussetzung erklären¹⁾. Von 1250 bis 1450 nimmt dann zwar die Bevölkerung wegen der zahlreichen inneren Fehden und Unruhen, der äusseren Kriege und der verheerenden Krankheiten stark ab, aber Landwirtschaft und Viehstand sind noch schlimmer mitgenommen: am Oberrhein, in Schwaben, Bayern, Mitteldeutschland, Brandenburg, — überall sind die Dörfer massenweise zerstört, die Herden zerstreut, die Bauern niedergemetzelt, weite Länderstrecken öde und leer!²⁾ Sobald seit der Mitte des 15. Jahrhunderts jene Ursachen zu wirken aufhören, lässt sich bis zum Ausbruche des dreissigjährigen Krieges wieder ein regelmässiges starkes Anwachsen der Bevölkerung konstatieren, — nach Schmoller — auf Grund der Teilung des Grundbesitzes, der Unterdrückung des Bauernstandes, der Abschliessung der Städte gegen neue Bürger, der Zünfte gegen neue Mitglieder und endlich auf Grund des Sinkens der Löhne infolge grösseren Angebots von Arbeitskräften³⁾.

1) v. Inama-Sternegg, Art. »Bevölkerung des Mittelalters« im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. II, p. 434.

2) Schmoller a. a. O. p. 299—302. Dieselbe Ansicht bei Inama-Sternegg a. a. O. p. 434.

3) Schmoller a. a. O. p. 343—352. — Auch Hegel nimmt an,

Die Viehzucht hob sich in diesem Zeitraum nicht in entsprechendem Masse. Dies erweisen verschiedene Beschlüsse oberrheinischer, württembergischer und bayerischer Stände, welche allerlei Massnahmen zur Vermehrung des Viehstandes ausdenken, der regelmässige Import mächtiger Schlachtviehherden aus Polen, Reussen und Ungarn nach Mittel- und Süddeutschland trotz der grossen Transportkosten und der überaus hohen Zölle, vor allem aber das starke Steigen der Viehpreise selber. Dieses letzte wichtigste Argument ist von Schmoller zahlenmässig bestimmt worden. Aus seinen Zusammenstellungen der thatsächlich gezahlten Preise ergibt sich der Schluss, dass seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bis zum Schlusse des 16. Jahrhunderts in den meisten Gegenden Deutschlands ein regelmässiges und anhaltendes Steigen der Viehpreise, vor allem derjenigen für Rindvieh und Schweine, stattgefunden hat, so dass gegen 1600 fast das Niveau des Preisstandes der neuesten Zeit erreicht wird. Mit den entsprechenden Preisen der vorhergehenden Epoche verglichen, sind innerhalb des angegebenen Zeitraumes von 150 Jahren die Preise für Rindvieh im grossen Durchschnitte wahrscheinlich um das Doppelte gestiegen, die für Schweine vielleicht noch höher¹⁾.

Wie schwer die Vieh- und Fleischnot überall in Deutschland drückte, ergeben die Klagen zahlreicher Ratsverordnungen unzweifelhaft. Wir führen sie später bei der Angabe der entsprechenden Massregeln der Städte an. Hier

dass seit 1450 und »namentlich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts bis zu den Zeiten des 30jährigen Krieges die Bevölkerung in Deutschland auf einen Höhepunkt gestiegen ist, welchen sie erst in den letzten Dezennien der Gegenwart wieder erreicht oder überschritten hat« (»Chroniken der deutschen Städte«, Bd. II, p. 503).

1) Schmoller a. a. O. p. 318—343. — Selbstverständlich sind bei diesen Berechnungen die Veränderungen des Geldwertes gebührend in Anrechnung gebracht.

finde nur ein Zeugnis seinen Platz, aus welchem die Notlage eines ganzen Territoriums, des Fürstentums Württemberg, spricht. In dessen erster Fleisch- und Metzgerordnung von 1554 heisst es nemlich wörtlich, es sei »viluel-
tig befunden, das in vnserm Fuerstenthumb grosser mangel
vnnd abgang des Vichs erschienen, darausz dann lenger
je mehr der gemein Vich vnd Fleischkauff in solchen auff-
schlag kommen, das weder der arm gemein Mann noch der
Reich das Fleisch nit mehr ueberkommen noch gehaben
moegen, sondern das schier vmb zwei gelt hoeher vnd
thewrer dann vor etlichen wenig Faren kauffen muessen«¹⁾.

Der nächstliegende Gedanke zur Abhilfe musste die Förderung der Viehzucht sein, um so die Masse des Urprodukts zu vermehren. Massnahmen dieser Art sind auch angeregt worden, vornehmlich natürlich da, wo man unter Viehmangel und Fleischteuerung ganz besonders litt; und das war in S ü d d e u t s c h l a n d.

Die früheste Anordnung dieser Art trifft man am Ober-
rhein. Hier lässt sich ein ganzes System von tiefeinschnei-
denden Verordnungen, bestimmt die Viehzucht aufzubringen,
schon aus dem J. 1433 konstatieren. Es schloss sich zu
einem solchen Zwecke damals die Hegauer Abteilung des
Adelsvereins vom St. Georgenschild mit sieben Reichsstädten
(darunter Konstanz, Schaffhausen, Ueberlingen, Lindau und
Radolfzell) zusammen, um folgende Bestimmungen zu er-
lassen: es sollte allerorten eine Kommission von 4—6 kun-
digen Bürgern ernannt werden, um in Uebereinstimmung
mit den zugehörigen Grundherren, Städten oder Amtleuten
die Anzahl der Schweinemütter und ihre Verteilung auf die
einzelnen Häuser zu bestimmen. Um der Gefahr der Ver-
schuldung der Bauern vorzubeugen — die also schon da-
mals infolge von Viehkauf drohte —, wurde der Ankauf von
Schweinen nur gegen bar gestattet. Um ferner die Rind-

1) R e y s c h e r, »Sammlung württembergischer Gesetze«, Bd. XII, p. 260.

viehhaltung zu fördern, ward angeordnet, dass, wo früher »*rindermeninen*« (d. h. Karren- und Pflugbespannung mit Rindvieh) üblich gewesen seien, nunmehr »*daselbst die rossmeninen gantz abzutuend und an ir statt rindermeninen fuerzunemend und zu machen*« seien. Nur, wer eine bestimmte Anzahl Rinder hielt, durfte daneben auch in engen Grenzen Pferde halten; sonst waren Pferde nur erlaubt, wo die Arbeit für das Rindvieh zu schwer war. Um nun aber das nötige Rindvieh zu bekommen, da doch »*grosser gebrech und mangel an rinderhaftigem vihe worden ist*«, wurde der Preis des Kalbfleisches gesetzlich herabgesetzt; man rechnete nemlich, dass dann der Preis der Kälber ebenfalls erheblich sank, weshalb dann »*die kelwer dester minder erkaufft noch verkauft, sonder rindervih widerumb erzogen und uffgebracht werde*«.

Diese Uebereinkunft über die Regelung der Produktion wurde auf 10 Jahre abgeschlossen, nur die Taxe für Kalbfleisch sollte bloss 5 Jahre gelten ¹⁾.

Wie wenig jedoch eine solche peinliche Kontrollierung jedes einzelnen Gehöftes und ein so tiefer Eingriff in die Wirtschaftsführung schwerfälliger und eigenwilliger Produzenten durchzuführen war, ergibt nicht nur jedes gereifere ökonomische Kalkül, sondern es erweist dies auch die Tatsache, dass die Vereinbarung nach Ablauf der 10 Jahre nie mehr erneuert worden ist.

Analogen Beschlüssen begegnen wir ein Jahrhundert später in Württemberg, Bayern und Tyrol. Speziell wird auch hier den Bauern eingeschärft: Zugochsen statt der Pferde zu verwenden. So sucht z. B. die württembergische sog. Vierte Landesordnung von 1536 die Bauern mit allen Mitteln der Ueberredungskunst zu dieser Reform ihres Be-

1) »Uebereinkunft über Viehzucht u. s. w. am Bodensee« (1433), abgedruckt in M o n e s »Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins«, Bd. VI, p. 397—403.

triebes zu veranlassen. »Dann die Rosz — heisst es — werden mit grossem kosten erhalten, vnnnd so die abgangen, entsteet dem, der sie verleürt, nit ein kleiner schad. So aber yemand ein jungen Stier oder Ochsen anspannt, den vier, fuenff oder sechs jar fuert, wuerdt dem armen mann sein arbeit geschafft und nichts dester weniger der Ochs ye lenger ye besser vnd in hoeherm werd, mag zuletzt sein bar gelt darausz bringen vnd mit halben kosten ein andern erziehen oder kauffen; da jme sonst ein alt abgetriben ros z gar nichts od wenig gelten wurd.« Der wahre Zweck der Massregel aber kommt hinterher zum Vorschein. Es soll das alles geschehen, »damit . . . mit der zeit das Rindtfleisch dester stattlicher erhalten werden moecht«¹⁾.

Allein auch hier war wie beim oberrheinischen Verbande alle Mühe umsonst; denn die erste württembergische Fleisch- und Metzgerordnung von 1554 muss konstatieren, dass »sollichs biszanher nit nach notturfft in das werck gericht«. Jetzt wird darum eine Kommission geschaffen, welche die Befolgung der Verordnung sichern soll. Ferner wird der Preis für das Kalbfleisch gesetzlich herabgesetzt und auch sonst der Verkauf von Kalbfleisch behindert, »darmit vnsern Vnterthonen vrsach gegeben werde, dester mer Koelber zu erziehen«, — also die gleiche Argumentation wie 120 Jahre zuvor. Dazu werden Kontrakte untersagt, in denen ein Ausländer, der in Württemberg eine Kuh einstellt, sich das Kalb als Kuhzins ausbedingt. Schliesslich wird streng verboten, die Weide für das Rindvieh zu schmälern²⁾.

Die zweite grosse württembergische Metzgerordnung des Jahrhunderts (von 1567) weiss keine besseren Massnahmen zur Hebung des Viehmangels zu treffen, sondern

1) »Vierte württembergische Landesordnung«, Reyscher a. a. O. Bd. XII, p. 108.

2) »Erste württembergische Metzgerordnung«, Reyscher a. a. O. Bd. XII, p. 260 ff.

begnügt sich im wesentlichen mit der Wiederholung der alten Befehle ¹⁾. Viel haben sie jedenfalls nicht geholfen; denn die ausschliessliche Neigung der Bauern war und blieb das Pferd ²⁾. Und noch die siebente allgemeine Landesordnung von 1621 muss die gleiche Klage und die gleiche Ermahnung an die Bauern wegen Abschaffung der Arbeitspferde wiederholen ³⁾.

Dass auch Bayern und Tyrol in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ähnlich vorgingen, um die Viehzucht zu heben, wird uns in Schmoller's Untersuchungen mitgeteilt ⁴⁾.

Alles in Allem war aber, wie gesagt, diese obrigkeitliche Intervention nicht geeignet, den angestrebten Zweck zu erreichen. Welches jedoch die inneren ökonomischen Gründe dafür waren, dass trotz der Höhe der Viehpreise die Viehzucht nicht intensiver wurde, lehrt die ökonomische Charakteristik jener Epoche, wie sie Schmoller in der zitierten Abhandlung über die historische Entwicklung des Fleischkonsums giebt. »Es ist — heisst es da — in der Landwirtschaft überhaupt nicht leicht, wenn die Produkte eines einzelnen Zweiges steigen, dieselben rasch in grösserer Menge auf den Markt zu bringen. Nicht bloss wegen der allgemeinen Schwerfälligkeit des Landmannes, vor allem des Bauern. Nein, auch aus tiefer liegenden Gründen. Das Agrarrecht und das herkömmliche Feldsystem hielten die Landwirtschaft in festen, nicht so leicht zu verlassenden Bahnen. Und vollends damals bei den bestehenden Reallasten, den Hofdiensten, dem Flurzwang, den Weide- und Uebertriebsrechten, bei dem kaum vorhandenen Futterbau! Wie sollte der Bauer aus diesem Netze von Hemmungen herauskommen

1) Zweite Metzgerordnung a. a. O. p. 334 f.

2) Schmoller a. a. O. p. 359.

3) Siebente württ. Landesordnung a. a. O. p. 833.

4) Schmoller a. a. O. p. 358.

und seine Wirtschaft umgestalten? Wie sollte er in seinem Elend für Verbesserungen Sinn und Geld haben? Musste man ihm doch verbieten, sein Vieh ganz abzuschaffen und sein Feld um Lohn bestellen zu lassen, was er oft that, nur um den Frohnen, dem Viehzehnten, dem Besthaupt zu entgehen. Der mangelnde Wieswachs und die schmaler werdende Weide machten ihm oft die bisherige Viehhaltung kaum möglich« ¹⁾.

Ausser dieser, von Schmoller bemerkten Eigenart der damaligen Landwirtschaft musste die Zerklüftung eines grossen Teiles von Deutschland in eine Unmasse kleiner Territorien ein rationelleres Vorgehen zur Hebung der Viehzucht in vielen Fällen gänzlich ausschliessen und die Wirksamkeit der überhaupt möglichen Massregeln auf alle Art einschränken. Schliesslich aber waren bei den immerwährenden Fehden jener Zeit oft vornehmlich die ländlichen Viehherden das Zielobjekt feindlicher Raubzüge: was Wunder, dass solcher Lohn zu intensiverer Viehzucht nicht gerade verlocken konnte!

III.

Allgemeiner Charakter der Fleisch-Teuerungs- politik.

Eine rationelle Teuerungspolitik musste zunächst darauf ausgehen, vor allem einen ausreichenden Vorrat an Rohmaterial zu beschaffen. Die Umstände aber machten, wie wir wissen, eine wesentliche Hebung der ländlichen Viehzucht fast unmöglich; und in den Städten war diese erst recht in enge Grenzen gebannt. Somit musste hier die städtische Politik in der Hauptsache nur die Aus-

¹⁾ Schmoller a. a. O. p. 361 f.

nützung des einmal gegebenen Materials zum Angelpunkt ihrer Massregeln machen. Das ganze System der letzteren konnte aber natürlich nur auf die damals herrschende zünftige Wirtschaftsform zugeschnitten werden.

Die Zunftwirtschaft hatte nun beim Ausgange des Mittelalters den Markt jedes Gewerbes einer mehr oder minder geschlossenen Gruppe von Verkäufern ausgeliefert. Auch das Fleischergewerbe war in die Hände einer zünftigen Genossenschaft gelegt, deren Mitglieder — durch korporatives Handeln bei repräsentativen, religiösen oder auch politischen Angelegenheiten, durch Sondergerichtsbarkeit für eine lange Reihe von Fällen, durch Feststellung der gemeinsamen Verhaltensnormen in gewerblichen und andern Dingen, durch regelmässige gemeinsame Geselligkeit, durch gemeinsamen Kriegsdienst, kurz, durch gemeinsame Veranstaltungen auf allen denkbaren Gebieten gewerblicher, bürgerlicher und allgemein menschlicher Bethätigung — zu einer festen Einheit zusammengeschweisst waren. Bei einer solchen Solidarität konnten die Zunftgenossen auch den Kunden gegenüber nicht in plötzlicher Szenenverwandlung als konkurrierende Gegner sich fühlen und auftreten, zumal jede übereifrige oder gar illoyale Konkurrenz nach Zunftrecht aufs Strengste geahndet wurde. Was lag da näher, als dass die Genossen über Preise, Quantität und Qualität ihrer Produkte stillschweigend ebensolche Verabredungen trafen, wie über alle andern Dinge öffentlich? Damit war das Kartell der Verkäufer gegeben, und war das konsumierende Publikum auf Gnade und Ungnade der Fleischerzunft ausgeliefert; denn wenn man bei andern Gütern sich im Notfalle auf dem Jahrmarkte für lange Zeit hinaus versorgen konnte, so war das beim Fleische aus naheliegenden Gründen nur in beschränktem Umfange möglich.

Dass diese Gelegenheit zum Missbrauch oft genug

von habsüchtigen Metzgern auch wirklich ausgenutzt wurde, ist erwiesen. Dagegen konnte sicherlich die mangelhafte ökonomische Einsicht der Zeit natürlich nicht in jedem einzelnen Falle unterscheiden, ob teure Viehpreise und andere objektive Ursachen die Fleischpreise in die Höhe getrieben hatten, oder ob eine Verletzung des »iustum pretium« durch den Ring der Verkäufer vorlag. Genug, man litt unter den hohen Fleischpreisen, man sah die Fleischer fast überall zu Wohlstand kommen ¹⁾: Grund genug, dass man die Fleischer jedesmal der Preistreiberei bezichtigte, und dass der heftige Groll des Publikums auf das Haupt der Fleischer sich entlud. Da nun die Stadtverwaltungen mit dieser Stimmung zu rechnen hatten, zumal auch die tonangebenden Klassen des Bürgertums in diese Klagen miteinstimmten, so sehen wir die Obrigkeit die ganze Skala ihrer Machtmittel aufbieten, um durch Gesetze, Statuten und Reglements die Ausübung des Fleischergewerbes bis ins kleinste Detail zu regulieren, und um das Gewerbemonopol der Fleischer, soweit es der Geist der Zeit nur irgend zuliess, zu durchlöchern oder gar zu vernichten. Und das eben ist der immanente Widerspruch jener Fleischhandelspolitik: auf der einen Seite drängt die Gesetzgebung, dem allgemeinen Geiste der Zeit gemäss, dahin, den Fleischern Monopolrechte einzuräumen und alle Vorbedingungen für ein Kartell zu schaffen, das darnach nur als

1) So bezeichnet z. B. Schmoller die Metzger in Strassburg zusammen mit den Schiffern und Krämern als die drei reichsten Zünfte (»Strassburger Tucher- und Weberzunft«, Vorrede, p. VI). — Für Freiburg i. Br. hat Mone den Reichtum der Metzger konstatiert (»Zeitschr. f. Gesch. d. Oberheins«, Bd. XV, p. 22 f.) und neuerdings wieder, mit Anführung vieler Spezialthatsachen, Gothein (»Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes«, Bd. I, p. 500). — Für Basel hat Geering eine genaue Uebersicht der Vermögensverteilung im J. 1429 geliefert; danach besitzen unter allen Handwerkerzünften die Bäckermeister durchschnittlich die grösste Wohlhabenheit, und hinter ihnen kommen gleich die Metzger (»Handel und Industrie der Stadt Basel«, p. 48).

der krönende Schlussstein der vom Staate geschaffenen Organisation erscheint, — und auf der andern Seite müht sich ebendiese öffentliche Gewalt ab, jenes Kartell zu sprengen, den Damm der Privilegien überall zu durchbrechen und seine einzelnen Stücke durch eine Flut von Verordnungen hinwegzuschwemmen!

IV.

Sicherung von Quantität und Qualität beim Verkaufe als Fundament der Teuerungspolitik.

Wollte die Behörde den Fleischhandel nicht völlig der uneingeschränkten Willkür des Verkäufers überlassen, so musste sie — selbst abgesehen von jeder Teuerungspolitik — zunächst dafür sorgen, dass das zu Markte kommende Fleisch unverdorben war, und dass alle betrügerischen Kunstgriffe beim Verkaufe ausgeschlossen wurden. Eine solche staatliche Fürsorge, welche wir auch heute noch in allen Kulturstaaten finden, musste in jenen Zeiten um so peinlicher gehandhabt werden, als die Münz- und Massverhältnisse komplizierter waren, und die damaligen thatsächlichen Zustände sowohl wie der ganze Geist des Mittelalters unbedingt dazu nötigten. Daher sehen wir, dass schon die mittelalterliche Landgemeinde, die Bauerschaft, sich die Ordnung von Mass und Gewicht angelegen sein lässt¹⁾, und bereits aus dem Sachsenspiegel wissen wir, dass der Vorsteher der sächsischen Bauerschaft, der sog. Bauermeister, unter anderem auch über falsches Mass und Gewicht und falschen Kauf richtet²⁾. »Die Aufsicht über den Verkehr mit Le-

1) Georg v. Below, »Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde«, p. 4 f.

2) Sachsenspiegel, Buch II, § 13.

bensmitteln ist natürlicherweise nur eine besondere Anwendung des Rechts der Ordnung von Mass und Gewicht, resp. der Aufsicht über falschen Kauf« (G. v. Below). Und dem entsprechend ist festgestellt, dass auch schon in den damaligen Landgemeinden die Kommunalorgane die Aufsicht über den Verkehr mit Lebensmitteln gehabt haben. Und als dann die Städte sich entwickeln, ist von Anfang an die Sorge für Mass und Gewicht, und zwar gerade auch in der Anwendung auf den Lebensmittelverkehr, eine Hauptbethätigung der städtischen Verwaltung ¹⁾.

Die Behandlung von Massregeln dieser Art gehört daher, ganz streng genommen, nicht zu unserer speziellen Aufgabe. Allein, da jene für viele der später aufzuführenden Statuten und Verordnungen die Grundlage bilden, so müssen auch sie hier betrachtet werden, wenn ein einheitliches und vollständiges Bild der städtischen Fleisch-Teuerungspolitik gewonnen werden soll.

Der ethische Grundzug der damaligen Wirtschaftsordnung ist: die Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel, — die deutsche Treue, übertragen auf das wirtschaftliche Leben. Wer eine Ware kaufte, musste darauf rechnen, dass er reell bedient wurde, — das war die Vorbedingung aller geordneten Gemeinschaft. Wer also den Glauben an die publica fides durch betrügerisches Gebahren, falsches Gewicht, dolosen oder kulposen Verkauf verdorbener oder gefälschter Produkte ins Wanken brachte, beging das irreparabile damnum gegen die Gesellschaft. Sollten Treu und Glauben wiederhergestellt werden, so mussten folgerecht derartige Delikte durch Ausstossung aus der Gesellschaft gesühnt werden. Und demgemäss heisst es in einer mittelalterlichen Rechtsmitteilung, die von Berlin nach Frankfurt erging: »*qui falsa et nequam emptione seu vendi-*

1) S. die lange Reihe von Beispielen bei Below a. a. O. p. 59 f., sowie p. 30, 33 u. 34.

cione promeruerit, sedere in sede, qui dicitur »scupstol« (d. h. Schuppe-Stol [Stuhl], Schupfe), *arbitrio consulum et iudicio eorum subjacebit*«, — die Strafe vollzog sich also in einer Form, wie sie eben jener derben Zeit eigen war, nemlich in der des sog. »Schupfens«, bei dem der Verbrecher öffentlich unter dem Jubel des Pöbels aus einer Schaukel durch kräftigen und gefährlichen Wurf auf einen Kothaufen geschleudert wurde. Aehnlich wird in vielen andern Städten, z. B. Magdeburg, Breslau, Görlitz, Ratibor, Schweidnitz u. a. m. den Verkäufern von Lebensmitteln für den Fall des »Meinkaufs« (d. h. betrügerischen Verkaufs) allgemein angedroht: *»si müssen wetten hut und hor* (Haut und Haar)«¹⁾.

Nun kam es beim Fleisch speziell natürlich ganz besonders darauf an, dass seine Qualität befriedigte, — ganz abgesehen davon, dass die pestartigen Krankheiten des Mittelalters überhaupt Vorsicht beim Genusse von Lebensmitteln zur gebieterischen Pflicht machten. Wir finden daher, dass die Städte die Güte des Fleisches durch eine Menge von Vorschriften und durch peinliche Sorge um ihre gewissenhafte Befolgung zu verbürgen trachten.

Zunächst musste alles Fleisch, das verkauft oder — wie es in den oberrheinischen Urkunden jener Zeit heisst — *»zu feiler Bank verhauen«* werden sollte, vorher einer amtlichen Fleischschau unterworfen werden. Es giebt kaum eine ausführlichere Metzgerordnung aus dem Spätmittelalter, die dieser Institution nicht Erwähnung thäte. In manchen Städten fand mehrmalige Schau statt, so z. B. in Freiburg i. Br. und in Hüfingen, wo das Vieh zunächst lebend — unmittelbar vor der Schlachtung — und dann

1) Holtze, »Das Berliner Handelsrecht im 13. und 14. Jahrhundert«, p. 88. — Vergl. auch Geering, »Handel und Industrie der Stadt Basel. Zunftwesen und Wirtschaftsgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts«, p. 61.

tot vor der Zerteilung für den Verkauf untersucht wurde ¹⁾. Ebenso wurde selbstverständlich auch dasjenige Fleisch, das Fremde innerhalb der gesetzlich zugelassenen Grenzen importierten, auch daraufhin untersucht, ob es nicht »*arc-waenik*« sei ²⁾.

Die Fleischbeschau musste, wenn man auch das eigentliche Wesen der *Trichinosis* damals nicht kannte, in erster Linie das *finnige Fleisch* aussondern. Dasselbe wurde, eben diesem damaligen Standpunkte der Hygiene gemäss, nicht für gesundheitsschädlich gehalten, sondern musste nur, weil unterwertig, an besonderer Lokalität zur Kennzeichnung für den Käufer und zu billigerem Preise feilgehalten werden. Schon in Stadtrechten aus dem 13. Jahrhundert z. B. in Augsburg (1276) und Heilbronn (1281) ³⁾ findet sich dieses Gebot, und in späteren Jahrhunderten in zahllosen Verordnungen. In Hamburg z. B. muss das finnige Fleisch in einer eigenen Bude auf einem weissen Laken (»*up deme lakene*«) verkauft werden; ebenso in Lübeck und Stade ⁴⁾; — in Wimpfen geschieht der Verkauf auf einer »*pfinnbank*« in drei Schritt Entfernung von den gewöhnlichen Fleischbänken, in Freiburg i. Br. nicht »*vnnder der metzig*«, sondern »*uff dem bach*« u. s. w. ⁵⁾. Noch strengere

1) Freiburger Metzgerstatut (15. Jahrhundert), herausgegeben von Hartfelder, Breisgauer Zeitschrift, Bd. IV, p. 463. — Stadtrecht von Hüfingen (1452), Mones Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. XV, p. 429.

2) Augsburger Stadtrecht, abgedruckt in Meyer's Stadtbuch, p. 183.

3) Augsburger Stadtrecht, a. a. O. p. 183 f. — Heilbronner Stadtrecht, Jäger's Geschichte der Stadt Heilbronn, p. 58.

4) Hamburger Metzgerstatut (1375), Hamburgische Zunftrollen, hrsg. von Rüdiger, p. 139. — Vgl. ferner Rüdiger über Lübeck und Stade a. a. O. p. 327.

5) Stadtrecht von Wimpfen (1404), Mones Zeitschrift, Bd. XV, p. 146. — Freiburger Metzgerstatut a. a. O. p. 464. Hartfelder, der Herausgeber des Statuts, glaubt, dass »*bach*« ein Schreibfehler für »*bank*« ist. Ich kann dieser Ansicht nicht zustimmen, da das finnige Fleisch recht gut auf einen Platz an oder über einem der Bäche Freiburgs verwiesen worden sein kann.

Zysticerkosis
n.
Helminthiasis
(*Taenia solium*)

o |

Fürsorge war in Ulm dafür getroffen, dass dem Bürger kein finniges Fleisch für gutes aufgenötigt wurde. Wer hier Fleisch feil hatte, »das *phünnig würde oder war*«, durfte gleichzeitig niemals anderswertiges zum Verkaufe anbieten ¹⁾.

Neben der Aussonderung des finnigen Fleisches wurde angestrebt, den Verkauf von Fleisch, dessen Genuss ungesund oder ekelhaft oder mit irgend welchen Gefahren verbunden sein konnte, überhaupt zu inhibieren oder aber mindestens es — nach dem Muster des finnigen Fleisches — als unterwertig zu behandeln.

Fleisch, das ganz verdorben war und dessen Konsum daher Schaden bringen musste, durfte gar nicht verkauft werden ²⁾. Dem entsprechend war verordnet, dass kein Fleisch zu Markte kommen durfte, welches von Vieh stammte, das irgendwelcher Krankheit oder dem Bisse eines Hundes oder Wolfes zum Opfer gefallen war ³⁾, oder von »*mulke* (Melk-) *ku, zer ve* (ausgezehrtem Vieh) *vnd eynoghich*« oder von »*kogesche* (ansteckendem), *stinkende vnd vnreyne vhe*« ⁴⁾.

2. Sunday
v. 28.

Wenn irgend möglich, sollte überhaupt schon verhindert werden, dass krankes Vieh, das derartiges Fleisch liefern musste, geschlachtet wurde. Daher z. B. das Verbot, blatternkranke oder räudige Schafe und Hämmel

1) Ulmer Metzgerstatut von 1414, im Auszuge mitgeteilt bei Jäger, »Ulms Verfassungs-, bürgerliches und kommerzielles Leben im Mittelalter« (1831), p. 627 f.

2) Z. B. Stadtrecht von Pforzheim (1491), bei Pflüger, Geschichte der Stadt Pforzheim, p. 256. — Nürnberger Ratsverordnung (1497), Baaders Nürnberger Polizeiordnungen, p. 230 f. — Ebenso z. B. schon im Stadtrecht von Augsburg (1276, Art. CXXI) und in der Handfeste von Freiburg im Uechtlande (1249, § 87) in Gaupp's Deutschen Stadtrechten, Bd. II, p. 98.

3) Handfeste von Freiburg im Uechtlande (1249), § 87, a. a. O. Bd. II, p. 98.

4) Cöllner Metzgerstatut (1331) und Berliner Ratsverordnung (1343) in Fidicin's Historisch-diplomatischen Beiträgen zur Geschichte der Stadt Berlin, Bd. I, p. 65 ff. — Aehnlich Freiburger Metzgerstatut a. a. O. p. 464.

zu schlachten ¹⁾. Um nun aber die lieben Meister nicht zu sehr zu schädigen, legen nicht selten die Städte es den Metzgern in rührender Menschenfreundlichkeit nahe, ihr krankes Vieh *ausserhalb der Stadt* zu verwerten. »*Doch so mögent sie* (sc. die Metzger) — heisst es z. B. in Strassburg im 15. Jahrhundert — *semmlliche bresthaftige schofe und hemmel lebendig wol ins lant triben und verkoufen*«; und ähnlich gebietet Nürnberg (1497), »*alles solich unfertig und tadelhafftig vihe funderlich von dannen zu thun und treiben*« ²⁾. Anderes »*bresthaftes*« Vieh darf zwar geschlachtet, aber beileibe nicht in der Stadt verkauft, sondern nur eingepökelt und exportiert werden ³⁾. Aehnlich heisst es schon im alten Bamberger Recht: »*Wolt er* (sc. der Metzger) *phinnings sweine aber einsaltzen ze bachten Fleysch* (Rauchfleisch) *aber auf den kawf, so schol er ez anders wa verkawffen und nicht hie*« ⁴⁾.

So schreibt es die obrigkeitliche Moral der »guten alten Zeit« vor, welche als echte Stammesmoral nur strengste Wahrhaftigkeit von Bürger zu Bürger der selben Stadt kennt, — aber fremden Städten oder dem Bäuerlein gegenüber einen Betrug noch ausdrücklich anrät, der von schweren Folgen für Leben und Gesundheit des betrogenen Mitmenschen sein konnte!

Der *A n k a u f* von krankem Vieh war natürlich erst recht verboten. Um nun hier möglichst präventiv einzugreifen, ward den Metzgern und ihrem Gesinde untersagt, Vieh in einem Dorfe anzukaufen, wo eine Viehseuche

1) Strassburger Ratsverordnung (15. Jahrh.), abgedruckt in Brucker's Strassburger Zunft- und Polizeiordnungen, p. 362. — Nürnberger Ratsverordnung (1497) a. a. O. p. 230.

2) Strassburger Ratsverordnung a. a. O. p. 362. — Nürnberger Ratsverordnung a. a. O. p. 231.

3) Strassburger Ratsverordnung (1435) a. a. O. p. 346.

4) Z ö p f l, Das alte Bamberger Recht, Urkundenbuch, p. 113.

herrschte ¹⁾. Ebenso wichtig war es, die Verbreitung irgend einer Seuche zu verhindern. Daher waren z. B. in Nürnberg (1497) die Besitzer von Schafherden, unter denen einige Stück als räudig oder blatternkrank erkannt waren, verpflichtet, »*die andern schoff, unndter und bey denen die rewdigen oder pletrigen schoff ganngen und erfunden wern, furderlich von der stat zu treiben, und in funff meil wegs gerings umb dise stat nit abstechen noch näher widerumb her zu treiben*« ²⁾. In Augsburg sollte schon nach Stadtrecht (1276) bei Viehsterben eine Kommission — bestehend aus zwei Bürgern und zwei Fleischern — zusammentreten, um Schaden »vom bösen Fleische« zu verhüten ³⁾. Und in Pforzheim gab es — nach der Stadtverfassung von ca. 1500 — einen eigenen »Viehschauer«, welcher alles gefallene Vieh zu besichtigen und sogleich Anzeige zu machen hatte, wenn sich etwas Verdächtiges vorgefunden. Er hatte überhaupt die Viehkrankheiten fleissig zu beobachten, die Merkmale, aus denen auf etwaige Krankheiten sicher zu schliessen, bekannt zu machen, und vor allem bei drohenden Seuchen die Massregeln zu veranlassen, welche deren Verbreitung hindern konnten ⁴⁾.

Die Vorschriften über die Beschaffenheit des feilgebotenen Fleisches betreffen aber ferner nicht bloss den Schutz gegen krankes Fleisch, sondern sollen dem Publikum direkt gute Ware sichern. Deshalb wird verordnet, dass man nur frisches Fleisch auf den Markt bringen und kein allzu junges Kalb und ebensowenig ein männliches Zuchttier schlachten dürfe, — deren Fleisch bekanntlich auch von der heutigen Hygiene als minderwertig angesehen wird. Auch hier begnügt sich das Zunftsyst

1) Strassburger Ratsverordnung (1435) a. a. O. p. 349.

2) Nürnberger Ratsv. a. a. O. p. 231.

3) Berlepsch a. a. O. Bd. V, p. 31.

4) Stadtverfassung von Pforzheim a. a. O. p. 245 f.

nicht mit der allgemeinen Anordnung, sondern regelt, wie immer und überall, alles bis in's kleinste.

Zunächst stellen die Metzgerordnungen fest, wann das Fleisch aufhört, »frisch« zu sein. Die Rolle der Hamburger Metzger (1375) bestimmt: Fleisch, das »overnachtich« sei, solle rechtzeitig vom Verkaufe zurückgezogen werden ¹⁾. Der fragliche Ausdruck der Urkunde ist nicht ganz klar; die wörtliche Uebersetzung »eine Nacht alt« ist schwerlich zulässig, weil diese Zeit gar zu kurz ist. — Deutlich genug ist dagegen eine Ratsverordnung in Osnabrück vom Jahre 1472. Was am Sonntag an Fleisch übrig bleibe, — heisst es hier — dürfe am folgenden Dienstag nicht in den Scharren verkauft werden; was am Dienstag übrig bleibe, nicht am Donnerstag; was am Donnerstag übrig bleibe, nicht am Sonntag ²⁾. Offenbar repräsentierten die genannten Tage die drei Schlachttage, an denen die Scharren mit frischem Fleische versorgt wurden; denn, wie aus vielfältigen Zeugnissen der Urkunden hervorgeht, durfte nur an bestimmten, durch Zunft- oder Ratsverordnung festgestellten Tagen geschlachtet werden.

Das Verbot, zu junges Vieh zu schlachten, wird in den verschiedenen Städten ebenfalls verschieden durchgeführt. Das Stadtrecht von Pforzheim (1491) schreibt vor, dass ein Kalb, das geschlachtet wird, mindestens 3½ Wochen alt sein muss, eine Geis mindestens 16 Tage ³⁾. In Lüneburg verbietet eine Ratsverordnung von 1586, ein Kalb zu schlachten, das weniger als vier Wochen alt ist, »in Betrachtung, dass sonst vielfältige Ungesundheit des Leibes leichtlich daraus verursacht werden kann« ⁴⁾.

1) Hamburger Metzgerstatut, »Hamburgische Zunftrollen«, p. 139.

2) Osnabrücker Ratsv., Philippi, »Osnabrückische Gildeurkunden«, p. 49.

3) Stadtrecht von Pforzheim a. a. O. p. 257.

4) Lüneburger Ratsv., Bodemann, »Lüneburgische Zunfturkunden«, p. 128. — Die gleiche Verordnung in Freiburg i. Br., Metzgerstatut a. a. O. p. 471.

Schliesslich ist aus den gleichen Gründen das Schlachten von Vieh verboten, das zu alt oder zu mager ist oder zu wenig wiegt, — »*id were*«, sagt eine Berliner Ratsverordnung (1343), »*gar tu old oder alle tu iunch oder gar tu magher, vndogeliken der naturen tu etene*«¹⁾.

Aehnlich genaue Bestimmungen finden sich dann noch bei dem Verbote, Fleisch von Böcken, Reitochsen, unverschnittenen Schweinen u. s. w. zu verkaufen. —

Die Wurstfabrikation ist von jeher der Wechselbalg der Metzgerei gewesen. Sie scheint jederzeit im Rufe gestanden zu haben, häufig wenig taugliche Fleischpräparate und manchmal ganz unverantwortliche Gemengsel zu liefern. Wenigstens zeigen die Verordnungen des Mittelalters, dass diese Ansicht auch damals weit verbreitet war. Und selbstverständlich schritt das mittelalterliche Gemeinwesen mit einem Heer von Gesetzes-Paragraphen gegen das Unwesen ein.

Einige Verordnungen einer einzigen Stadt mögen das System der Reglementation klarlegen, dessen wohlausgesonnene Maschen kein Zuwiderhandeln gegen Recht und gute Sitte sollten durchgehen lassen. Da wird im Freiburger Metzgerstatut aus dem 15. Jahrhundert angeordnet: zu keiner Wurst darf finniges Blut verwendet werden oder Lunge und Leber von finzigem Schwein; ebensowenig alter Speck, damit die Würste nicht »*schmurtzeln*« (schlechten Geruch bekommen); bevor Rindseingeweide gebraucht werden, müssen von der Schaukommission Leber und Lungen als gesund und nicht »*eydtrecht*« (mit Eiter behaftet) oder »*gel*« (gelb, d. h. in Fäulnis übergegangen) bezeichnet werden; schliesslich dürfen die Würste kein »*mengsalit*« (Gemengsel sc. von schlechten Bestandteilen) darstellen²⁾.

Noch grösser als in Freiburg scheint in Strassburg das

1) Berliner Ratsv., abgedruckt in *Fidicin* a. a. O. Bd. I, p. 65 ff.

2) Freiburger Metzgerstatut (15. Jahrhundert) a. a. O. p. 467 ff.

Misstrauen gegen die »Wurster« gewesen zu sein; hier wird nemlich angeordnet, dass die Würste auf den Fleischbänken vor den Leuten gemacht werden, und nicht in den Häusern ¹⁾.

Stellten die Metzger, wie das mancher Orten der Fall war, fertige Speisen her, so wurden auch diese der Reglementierung unterworfen. — »*Spisslin*« (Speisen) — verordnet der Rat zu Freiburg i. Br. im 15. Jahrhundert — sollen immer 6 Monate voll haben und von guter und gesunder Leber gemacht werden. Hier handelte es sich also um Portionen »Leberle«, die von Vieh genommen werden müssen, das über 6 Monate alt ist ²⁾. Aehnliche Verordnungen betreffen dann die Zubereitung von Braten durch die Metzger. —

Endlich muss an dieser Stelle noch des von Juden geschlachteten Fleisches Erwähnung geschehen, welches nach weitverbreiteten Vorurteilen des Mittelalters den Christen Gefahr bringen konnte. »*Ne Christiani* — hatte eine Breslauer Synode im Jahre 1266 und ein Wiener Provinzial-Konzil 1267 gewarnt — *carnes venales seu alia cibaria a Judeis emant, ne forte per hoc Judei christianos, quos hostes reputent, fraudulentam machinationem venenent*« ³⁾.

Man kann sich überdies leicht denken, dass die Metzgerzünfte für solche dem jüdischen Fleische feindselige Vorurteile Stimmung machten. Da nemlich die jüdischen Schächter alles Fleisch, das sich als rituell nicht zulässig herausgestellt hatte, und ebenso gewisse Teile des Viehes überhaupt nicht brauchen konnten, so wurde all' dieses Fleisch *à tout prix* an christliche Konsumenten verkauft. Das Urkundenmaterial jeder Stadt, in der eine grössere Zahl von Juden lebte, enthält daher auch eine Menge von Zeug-

1) Strassburger Ratsv. (ohne Jahreszahl) a. a. O. p. 345.

2) Freiburger Metzgerstatut a. a. O. p. 470.

3) Stobbe, »Die Juden in Deutschland während des Mittelalters« (1866) p. 271 f.

nissen über die steten Feindseligkeiten zwischen Metzgern und Schächtern.

Wir sehen daher auch, dass viele Städte spezielle Verordnungen über das von Juden geschlachtete Fleisch erlassen. In Nürnberg verbietet eine Verordnung — ungewiss, ob aus dem 13. oder 14. Jahrhundert — derartiges Fleisch unter irgend welchen Bedingungen auf den Fleischbänken zu verkaufen ¹⁾. In Ulm wurde dieses Fleisch gleich dem — finigen behandelt ²⁾; in Osnabrück wird es auf einer besonderen Bank bei dem Juden-Standbild (? »*dar de joden belde by stat*«) verkauft ³⁾. Anders urteilt in diesem Punkte Frankfurt am Main, wo eine Ratsverordnung 1433 verordnet: »*was sich trieff* (also für die Juden unbrauchbar) *erfinde, das mogen die metzler* (Metzger) *under iren schirnen* (Scharren) *verkeuffen als bisz her*« ⁴⁾. —

X
= build
0
X

Erinnert man sich dessen, was Eingangs dieses Abschnittes über die Bedeutung gesagt wurde, welche das Mittelalter gerade der Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel beimass, — so begreift man, dass folgerecht Zuwiderhandelnde mit den strengsten Bussen unnachsichtlich belegt werden mussten. Neben den allgemeinen Strafbestimmungen für Betrug beim Kaufe und Verkaufe, wie solche oben angeführt sind, werden nun für betrügerische Manipulationen im Metzgereibetriebe noch besondere Strafen vorgesehen. So verhängen recht viele Verordnungen den Verlust der Gewerbeberechtigung auf lange Zeit über Jeden, der sein Fleisch der amtlichen Schau entzieht oder minderwertiges Fleisch verkauft, ohne hiervon den Käufer zu verständigen. Und wir besitzen Beweise, dass diese Gesetzesparagraphen nicht tote Buchstaben geblieben sind.

0

1) Nürnberger Ratsv. a. a. O. p. 324.

2) Ulmer Metzgerstatut (1414) a. a. O. p. 628.

3) Osnabrücker Ratsv. (ca. 1336) a. a. O. p. 4.

4) Frankfurter Ratsv., K r i e g k, »Frankfurts Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter«, p. 560.

Schon das Augsburger Stadtrecht (1276) bestraft Jeden, der finniges Fleisch für schönes verkauft, mit Verweisung aus der Stadt auf einen Monat und, nach erfolgter Rückkunft des Delinquenten, mit dem Verbot des Viehschlachtens für einen weiteren Monat¹⁾. Ferner lässt sich vom Jahre
x 1325 aus Bamberg ein Fall konstatieren, wo gegen einen Metzger, Namens Hermann Präm, wegen eines ähnlichen Vergehens die ganze Schärfe des Gesetzes zur Anwendung gebracht wurde. »Anno dom. m.^oCCC.^oXXV — heisst es in der Urkunde — *von sent walpurg tag vber zwei iar* (von St. Walpurgistag bis über zwei Jahr) *sol Herman Praem, der fleischlachter, von der stat sein zwo meil von hinnen sein* (aus Stadt und Umkreis von zwei Meilen verbannt sein), *vmb daz er ein schelmig* (verseucht) *ku slug vn daz fleisch veil het*«²⁾. Aehnliche Urkunden sind z. B. aus Colmar und Winterthur erhalten³⁾.

x In Stendal stand sogar — laut Fleischerstatut von 1335 — Verlust von Bürgerschaft und Gewerbeberechtigung für immer auf Einkauf von notorisch schlechtem Vieh⁴⁾; in Baden-Baden verlor ebenfalls der Metzger sein Handwerk, der das Vieh vor dem Schlachten der amtlichen Fleischschau zu präsentieren unterlassen hatte⁵⁾.

Interessant ist das Studium der von Nürnberg (1447) festgesetzten Bussen für das Hineintreiben von räudigen oder blatternkranken Schafen in die Stadt nebst Bannmeile,

1) Augsburger Stadtrecht, nach Mitteilung in Berlepsch a. a. O. p. 37.

x 2) Nach dem alten Bamberger Recht a. a. O., Urkundenbuch p. 153, Nr. LXXIII, mitgeteilt bei Berlepsch a. a. O. p. 85.

x 3) Vergl. Hanauer a. a. O. T. II, p. 177 (Ein Metzger in Colmar verliert 1390 die Gewerbeberechtigung und wird auf 5 Jahre aus der Stadt verbannt). — Ferner Berlepsch a. a. O. p. 83 (Ein Metzger in Winterthur verliert 1491 aus demselben Grunde die Gewerbeberechtigung).

x 4) Stendaler Metzgerstatut, abgedruckt in Riedel's »Codex diplomaticus Brandenburgensis« (1838 ff.), Reihe A, Bd. XV, p. 94.

5) Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes Bd. I, p. 513.

oder für Kaufen oder Schlachten dieser Tiere. Sind es Leute der »*fursten oder herren*«, so dürfen sie sich auf drei Jahre innerhalb Stadt und Bannmeile nicht blicken lassen; Bürger werden auf drei Jahre aus der Stadt nebst fünf Meilen Umgebung verbannt; Knechte, die sich an jenem Frevel beteiligt haben, trifft charakteristischer Weise die härteste Strafe, obwohl vermutlich gerade sie den Vorteil nicht gehabt, sondern nur empfangene Befehle ausgeführt haben, nemlich: vier Wochen Einsperrung in den Turm, eine Stunde Pranger-Stehen und fünf Jahre Verbannung aus der Stadt nebst fünf Meilen Umgebung¹⁾.

Die Schaukommission, welche über die Durchführung zu wachen hatte, war nicht überall auf die gleiche Weise zusammengesetzt, wie sich bei dem Mosaik von mittelalterlichen Stadtverfassungen denken lässt. Nur scheint überall in ihr mindestens ein Teil der Mitglieder der Metzgerzunft entnommen worden zu sein. Ein allgemeines Bild von der Organisation dieser Behörde mag eine entsprechende Strassburger Ratsverordnung von 1435 geben. x
Darnach wurde hier vom Rate eine Kommission von fünf Schauern erwählt, und zwar drei aus der Zahl der Ratsherren, der Einundzwanziger und der Schöffen, der Rest aus der Metzgerzunft. Diese 5 Männer, welche für ihre Mühewaltung besoldet wurden, wurden dann alle Jahre vor dem Rate vereidet, »*das sie alle tage teglich, zum mynsten ein mol oder zweier oder so dick (oft) das not sy, durch die beden metzigen und das schinthus gangent und lugent und warnement und hütent über alle vorgeschrieben dinge, das die gehalten und vollezogen werdent, und mit namen das vihe besehend, so man das alhar bringet zu koufe oder uss den öwen (Auen, Wiesen) und stellen, das man slahen wil und uf das schinthus füret; und wann es geslagen wurt,*

1) Nürnberger Ratsv. a. a. O. p. 230 ff.

söllent sie das fleisch ouch besehen, das es gesund und gereht sy, was zu banck und zu kouf gehöret»¹⁾. Können mehrere Mitglieder der Kommission nicht kommen, so haben die Uebrigbleibenden allein die nötigen Funktionen zu erfüllen. Bei Uneinigkeit müssen jedoch die Fehlenden hinzugerufen werden, und die Entscheidung liegt alsdann bei der Majorität. In ihrem schwierigen Berufe muss die Behörde nun von den Gewerbtreibenden selber unterstützt werden. Die Metzgergehilfen, welche Schweine brühen, werden alle Jahre darauf vereidet, dass sie der Kommission anzeigen, wenn ihnen ein Schwein sich als fininig erweist. Ebenso schwören des Handwerks Meister, Geschworene, Zolleinnehmer und Zwischenhändler, allen Reglements nicht bloss selber nachkommen, sondern alle Zuwiderhandelnde auch der Kommission denunzieren zu wollen²⁾. — —

* * *

Zu diesem ganzen System der Garantie der Qualität musste dann ferner die Fürsorge dafür hinzukommen, dass der Käufer auch wirklich die begehrte Quantität bekam. Daher suchten die Stadtobrigkeiten durchzusetzen, dass beim Verkaufe — abgesehen nur von Eingeweiden, Kopf, Füßen u. dgl. — Gewicht gebraucht, und ehrlich zugewogen wurde. Das kostete allerdings in manchen Städten schwere Kämpfe, weil hier die Fleischer überhaupt nicht nach Gewicht verkaufen wollten. Und es sind sogar Fälle zu konstatieren, in denen es den Fleischern in der That gelungen ist, mindestens für lange Zeit, jener Verpflichtung ledig zu werden.

Da die Fleischer reich waren und nicht selten zu den vornehmen Ständen zählten³⁾, wird man in diesen Fällen viel-

1) Strassburger Ratsv. a. a. O. p. 352 f.

2) A. a. O. p. 350 ff.

3) Vergl. Gothein a. a. O. p. 500 ff. und Georg Adler, Art.

leicht annehmen können, dass sie mit der Stadtobrigkeit enge Fühlung hatten; möglicherweise auch bei dieser Instanz oder eventuell der höheren, der landesherrlichen Gewalt, durch Bestechungen ein geneigtes Ohr für ihre egoistischen Wünsche sich zu sichern wussten.

Immerhin finden wir schon im Augsburger Stadtrecht (1276) das Gebot, das Fleisch nach dem Gewicht zu verkaufen¹⁾. Ebenso in Stettin 1312. Jede Woche sollten hier zwei vom Rate eingesetzte Schauherren zusammen mit den Aelterleuten der Zunft die Gewichte prüfen; ausserdem war zum Nutzen der Bürger ein vereideter Ratsdiener in der Nähe der Fleischscharren aufgestellt, bei dem sie das gekaufte Fleisch nachwägen lassen konnten²⁾.

In Freiburg i. B. stellte im 15. Jahrhundert ein vom Rate erlassenes Metzgerstatut das Prinzip auf, es solle *»yedermann geschehen, das billich sye, vnnd in dem allem erberlich (ehrbar) vnnd redlich wegen, dann ein rat will ein sonnder vffsehen daruff habenn lanssen* (vermutlich in der Urkunde verschrieben statt *laussen* = lassen), *vnnd welchen man straffbar finden wirt, on alle gnad straffen*«³⁾. In Nürnberg hatte eine Ratsverordnung schon im 13. oder 14. Jahrhundert — genau lässt sich ihr Alter nicht feststellen — bestimmt, dass Fleisch nur nach Gewicht verkauft werden dürfe und dass ausschliesslich obrigkeitlich geaichte Wagen und Gewichte benutzt werden dürften. Wer sich hiergegen vergieng, sollte sofort auf ein Jahr die Gewerbe-

»Fleischergewerbe« im *»Handwörterbuch der Staatswissenschaften«*, Bd. III, p. 546.

1) Augsburger Stadtrecht, Art. CXXI, a. a. O. p. 200. — Die gleiche Verordnung z. B. im Stadtrecht von Wimpfen (1404), Mones *»Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins«*, Bd. XV, p. 151.

2) Stettiner Fleischerstatut (1312, revidiert 1551), im Auszuge mitgeteilt bei Bl ü m c k e, *»Die Handwerkszünfte im mittelalterlichen Stettin«* in den *»Baltischen Studien«*, Jahrg. XXXIV, p. 211 f.

3) Freiburger Metzgerstatut a. a. O. p. 473 f.

berechtigung verlieren ¹⁾. Spätere Verordnungen, aus dem 15. Jahrhundert, zeigen aber eine Abschwächung der Strafe auf eine Geldbusse von 5 Pfund neuen Hellern. Ferner nehmen sie vom Verkaufe nach Gewicht die Eingeweide sowie ganze Bäuche aus ²⁾. Wieder eine spätere Ratsverordnung — datiert von 1497 — zeigt jedoch, dass die Metzger in den fraglichen Punkten viele Betrügereien verübt haben müssen, denn sie klagt, dass etliche Fleischer beim Auswägen des Fleisches »*vil behenndigkeit, vortails und geverlichait* (Hinterlist) *geprauchen, dadurch der gemeinde vil abganngs und nachteils entstannden ist*«. Um dies abzustellen, wird eine amtliche Revision der Fleisch-Wagen der einzelnen Metzger durch die Marktmeister angeordnet. Das hier beliebte Strafsystem ist charakteristisch für jene Zeit, wenn auch uns, nach den obigen Mitteilungen, nicht mehr ganz neu: der Meister, der schlechte Wagen benutzt, zahlt 5 Pfund neuer Heller; aber die Knechte, die selber doch keinen Vorteil haben, werden umso härter gestraft. Man höre: »*hette dann soliche geuerlichait ir eins knecht oder gewalt* (Beauftragter) *verhandelt, der sol darzu eine halbe hore im pranner steen, unnd zwei jar drey meil von diser stat sein, alles on genade*« ³⁾.

In manchen andern Städten scheint das Prinzip des gerechten Zuwägens in der Praxis auf noch grösseren Widerstand gestossen zu sein. In Zittau konnten sich die Fleischer noch 1582 weigern, eine ordentliche Fleischwage anzunehmen, und vielmehr beanspruchen, nach der Hand zu verkaufen. Und thatsächlich zögerte der Rat; erst als die Fleischer »noch mutwilliger« wurden und die Fleischpreise höher schraubten, wurde die Wage eingeführt ⁴⁾.

1) Nürnberger Ratsv. a. a. O. p. 199.

2) A. a. O. p. 225.

3) A. a. O. p. 237.

4) Nach Pescheks Geschichte von Zittau, Bd. II, p. 57, zitiert bei Berlepsch a. a. O. p. 57

In Lüneburg wurde erst 1496 ein schwächlicher Vorstoss von seiten des Rates gegen den in Rede stehenden Missbrauch gemacht. Da wird nemlich in einem Ratsdekret gesagt: bisher hätten die Fleischer nach »Stücken Fleisches« verkauft; von nun an sollten sie auf Begeh auch nach Pfunden Fleisch verkaufen ¹⁾. Also keine unbedingte Nötigung! — Im Laufe des 16. Jahrhunderts ging der Rat nach und nach immer entschiedener vor. Aber selbst 1581 hatte er sein Ziel noch nicht völlig erreicht. Es ist nämlich aus diesem Jahr eine Gegenvorstellung der Metzgerzunft auf eine Ratsordnung, welche den Fleischverkauf nach Pfunden anbefahl, erhalten. In diesem »Fegenbericht« erklärt das würdige »knakenhouwerampt«, es könne sich nicht bestimmt verpflichten, der Verordnung nachzukommen, und gibt dann im Einzelnen als Gründe an: Kalb-, Schaf- und Lammfleisch würden ja auch in Hamburg und Lübeck nicht nach Pfunden verkauft; bei Schaf- und Lammfleisch sei dies noch dazu wegen der unterschiedenen Jahreszeiten (sic!) nicht ratsam; und was das Schweinefleisch anlange, so »hebben datsulvige unse veder ok ya ungespundet vorkoft« ²⁾.

Dass der Rat sich durch die Wucht dieser Gründe von seinem Entschlusse nicht abbringen liess, ist ihm schwerlich zu verübeln, und so finden wir 1586 ein neues Ratsdekret, welches den Verkauf allen Fleisches nach Gewicht streng einschärft und dem »Baurmeister« die Aufsicht darüber überträgt, dass »im Gewicht kein Vorteil gesucht«, auch anbefiehlt, dass »alle Monat die Gewicht durch ihn aufgezogen und probieret werden sollen« ³⁾.

1) Lüneburger Ratsv. a. a. O. p. 124.

2) »Fegenbericht des knakenhouweramptes up der politie reformation der sonnavend vor oculi afgelesen, ore ampt belangende«, abgedruckt bei Bodemann a. a. O. p. 125 f.

3) Bodemann a. a. O. p. 128.

Auch von Danzig wissen wir, dass sich der Rat im 15. Jahrhundert fortwährend gegen das angemassete Recht der Fleischer auf stückweisen Verkauf von Fleisch (statt nach Gewicht) zu wenden hat. Die Obrigkeit sucht hiergegen »teils durch unbedingte Verbote, teils wenigstens durch Beschränkung des Missbrauchs einzuschreiten, — wahrscheinlich mit ebenso geringem Erfolge wie im 16. und 17. Jahrhundert, wo die mächtige Zunft ihren Willen öfters durch Einstellung des Gewerbes oder mit Hilfe ihrer Gönner am Polnischen Hofe durchzusetzen wusste« ¹⁾.

All' das sind Thatsachen, die allerdings einiges Misstrauen gegen die ehrsame Metzgerzunft erregen müssen! Solches scheint bei der Bürgerschaft auch genügend vorhanden gewesen zu sein; denn es finden sich noch weiter vielfältig Vorschriften, um U e b e r v o r t e i l u n g und B e t r u g durch die Verkäufer zu verhüten.

Deshalb wird vor allem streng verboten, dass beim Verkaufe einer Fleischsorte oder eines Fleischpräparats die Qualität falsch angegeben wird. So schärft z. B. der Rat von Freiburg i. Br. nicht bloss allgemein ein, hier die Wahrheit zu sagen, sondern verbietet noch speziell, Schafffleisch für Spinnwiderfleisch (*spinwider* = während der Saugzeit verschnittener Widder) zu verkaufen oder das Fleisch eines »*hagen*« (Zuchtstieres) für das eines verschnittenen Viehs, oder Blutwürste von Schweinen für die von andern Tieren u. s. w. ²⁾. Und um die Kontrolle darüber zu erleichtern, finden wir manchmal das Verbot ausgesprochen, zweierlei Fleischsorten auf einer Bank feil zu halten ³⁾.

1) H i r s c h, »Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte unter der Herrschaft des deutschen Ordens«, p. 310.

2) Freiburger Metzgerstatuten (15. Jahrhundert), a. a. O. p. 473—489, passim.

3) Z. B. Strassburger Ratsverordnung (1435), a. a. O. p. 349.

Weiterhin wird verboten, um dem Käufer die gewünschte Fleischspezies und das richtige Gewicht zu sichern, zweierlei Arten Fleisch gemischt zu verkaufen, oder speziell Mengen weissen Fleisches unter mageres zu mischen und andererseits beim Verkauf von Fleisch Lunge, Leber, Füsse, Köpfe, Gekröse, Borsten, Kalbsdrüsen (*»rickel«*), Schmer oder Würste beizulegen und als Fleisch in Anrechnung zu bringen ¹⁾. Ein Vergehen gegen die letztere Bestimmung scheint direkt als ein Verbrechen gegen richtiges Gewicht angesehen worden zu sein, wie die darauf gesetzten schweren Strafen zeigen. So verfügt der Strassburger Rat 1435: Solches *»sol man ouch halten für missewegen«*, und entsprechend steht ausser einer Geldbusse die (zeitweise) Verbannung aus der Stadt darauf ²⁾. Und der Rat zu Freiburg i. Br. macht im 15. Jahrhundert bekannt: sobald ihm von nun an Metzger denunziert würden, die Jemandem die *»tausen«* und die Zähne zum Fleisch zuwögen, so würde man sie *»an irer liben straffen«* (an ihrem Leibe strafen) ³⁾.

Die minutiöse Sorgfalt der Zunftreglements zeigt sich hier ganz besonders in der vielfachen Variation desselben Themas: im vorliegenden Falle, indem sie den Betrug unter allen möglichen Verkleidungen zu fassen suchen und eine Unzahl von einzelnen strafbaren Handlungen statuieren. So erschöpft die erwähnte Freiburger Verordnung die Materie nach allen Richtungen. Es kam z. B. vor, dass Halbtteile von Vieh verkauft wurden, oder dass mehrere Bürger, die gemeinsam ein Stück Vieh eingekauft hatten, es durch den Metzger schlachten und in gleiche Teile zerlegen liessen. Sogleich war der Rat mit einer Verordnung bei der Hand: die Metzger sollten alle Rinder, Kühe, Kälber, Schafe und

1) Freiburger Ratsverordnung (15. Jahrh.), a. a. O. p. 464 f. — Strassburger Ratsverordn. (1435) a. a. O. p. 350.

2) Strassburger Ratsverordn. a. a. O. p. 350 und 351.

3) Freiburger Ratsverordn. a. a. O. p. 472.

Schweine »*vff das glichest*« durch das Rückgrat dem Mark nach spalten, so dass je ein Teil dem andern gleich sei ¹⁾. — Ferner verfügt der Rat: da die vorhin erwähnten Verbote betreffend die unterwertigen Beilagen zum Fleisch doch manchmal unbeachtet gelassen würden, so solle man von nun an dem Rind die Haut (»*haupt*«) unter den Augen, die Zähne und die Mäuler (»*mulre*«) abschlagen und die Rinder »*embrustenn*« (entbrusten, d. h. also wohl die Eingeweide entfernen) und ihnen die Gurgel (»*gurgula*«) und den Schlund (»*die weisen*«) ausnehmen ²⁾. — Und da wiederum beim Gekröse mancher Käufer nicht genau die Quantität ermessen konnte, schrieb der Freiburger Rat vor: kein Metzger dürfe ein halbes Gekröse für ein ganzes verkaufen ³⁾; und so fort.

Schliesslich werden noch mannigfache Verfügungen erlassen, um andere übliche Betrügereien über die Qualität oder sonstige Manipulationen der Metzger, die dem Fleische ein schöneres Ansehen zu geben bezwecken, als es von Hause aus hat, zu verhindern.

X Schon das Stadtrecht von Iglau (1250) schreibt deshalb vor: »*quicunque carnes ad forum duxerit aut portauerit, eiusdem carnis cutem secum recipiat*« ⁴⁾. Offenbar soll das Mitbringen der Haut auf den Fleischmarkt zur Feststellung der Qualität des Fleisches dienen.

Im Stettiner Metzgerstatut von 1312 (und ebenso von 1551) heisst es sogar ausdrücklich: die Knochenhauer sollten zu besserer Kontrolle an den Rümpfen die Schwänze lassen, damit sie nicht Kuh- für Ochsenfleisch, noch Bock-, Owen- (Schaf-), Ram- (Widder-) Fleisch für Hammelfleisch verkaufen könnten ⁵⁾. Das Augsburger Stadtrecht seiner-

1) A. a. O. (15. Jahrh.) p. 470.

2) A. a. O. (15. Jahrh.) p. 463.

3) A. a. O. (15. Jahrh.) p. 467.

X 4) Vgl. Stieda, »Entstehung des Zunftwesens«, p. 95.

5) Stettiner Metzgerstatut, nach dem Auszuge bei Blümcke a. a. O. p. 211.

seits (1276) verbietet den Metzgern, Stroh in den Bauch $\times$ eines geschlachteten Tieres zu stecken oder das Fleisch aufzublasen u. dgl. m. ¹⁾. Strassburg verbietet durch Ratsverordnung von 1435, das Hammelfleisch zu wässern ²⁾. Aehnlich verbietet Nürnberg 1497, Kalbs- oder anderes »gelung« (Lunge nebst edleren Eingeweiden) durch Wasser oder andere Mittel aufzublasen oder anzuschwellen, »*dadurch das selb gelung und die bletter (Blasen) daran dester kawffküner (verkäuflicher), scheinlicher und grosser angesehen werden, sunder die unauffgeblasen und in aller der massen, wie die mitsamt irer zugehorung aus dem thier genomen werden, beleiben lassen*« ³⁾.

Als merkwürdiger Gegensatz zu dieser peinlichen gesetzgeberischen Sorgfalt, welche es dem Metzger bei strenger Strafe zur Pflicht macht, alle Kunden, Reich und Arm, gleich gut zu bedienen, und als charakteristisch für jene Zeit muss hier noch konstatiert werden, wie auf der anderen Seite der wohlweise Rat in naiver Unschuld Verordnungen trifft, welche den Grundsatz implizieren: für den Armen, der nicht bezahle, sei die schlechteste Speise gerade gut genug. So wird z. B. nicht selten dekretiert: wegen Krankheit konfisziertes Fleisch sei ins Spital zu schicken ⁴⁾.

V.

Zünftige Abschliessung und obrigkeitliche Reaktion.

Von hohem Einflusse auf die Fleischpreise ist immer: die Zahl der Fleischer an einem Orte, da diese in gewis-

$\times$ 1) Stadtrecht von Augsburg a. a. O. Art. CXXI, p. 200.

2) Strassburger Ratsverordn. a. a. O. p. 349.

3) Nürnberger Ratsverordn. a. a. O. p. 228 f.

4) Z. B. Strassburger Ratsverordn. (1435) a. a. O. p. 349.

sem Sinne den Grad der Abhängigkeit der Kunden von den Verkäufern und umgekehrt der Metzger von den Konsumenten bestimmt. Dies hatten auch die zünftigen Fleischer recht wohl begriffen, und deshalb war seit dem Spät-Mittelalter ihr Bestreben darauf gerichtet, den Eintritt in die Zunft möglichst zu erschweren, — während andererseits eine klarsehende Stadtobrigkeit aus denselben Gründen zu einer entgegengesetzten Politik hätte kommen müssen. Indessen darf hier nicht übersehen werden, dass der ganze Geist der Zeit — des entartenden Zunft-Zeitalters seit Ende des 15. Jahrhunderts — den Bestrebungen der Fleischerzünfte parallel ging, indem das Prinzip der Abschliessung der Zünfte schliesslich im wesentlichen auf der ganzen Linie obsiegte. Daher war es eigentlich nur die natürliche Konsequenz jenes Zeitgeistes, wenn auch im Fleischergewerbe dieser Prozess sich abspielte. Nur der besondern, oben geschilderten Situation — dem Fleischmangel und der Möglichkeit, den Preis gerade dieser Ware auf eine enorme Höhe emporzuschnellen — ist es zuzuschreiben, dass hier trotzdem oft Ausnahmen konstituiert wurden. Die nachfolgenden Beispiele mögen den allgemeinen historischen Verlauf skizzieren ¹⁾.

1) Man muss sich gegenwärtig halten, dass in vielen Städten des Mittelalters das Fleischergewerbe in seinen einzelnen Betriebszweigen von verschiedenen Zünften ausgeübt wurde. In den meisten Fällen finden wir die
 X Verkäufer von gekochtem Fleisch als sog. »Garbrater« streng geschieden von den Fleischern. So heisst es, um ein Beispiel von vielen anzuführen, im Statut der Fleischer von Wernigerode (1408): *»Ok en schal nemant, de in dussem werke is, garbradren amecht oven eder gar vlesch ut dem huse sellen. We dat dede, de breke dat hogeste wedde . . . Unde dat hogeste wedde is dyt: dem mestere I schilling und den gewerken jowelken VI penninge.«* (Zunftstatuten, mitgeteilt bei Meister, »die ältesten gewerblichen Verbände der Stadt Wernigerode«, p. 18 f.). In andern Städten kamen oft
 X noch besondere Schlächter dazu, sei es, dass diese ausschliesslich alles Schlachten besorgten, sei es, dass die Knochenhauer selber das Amt des Schlachtens nur bei ihrem eigenen Vieh versehen durften. Im einzelnen lauten die Bestimmungen in jeder Stadt anders und variieren selbst in derselben Stadt im Verlaufe grösserer Zeiträume. Zur Verdeutlichung seien die

Das Interesse der Fleischer erforderte es also, möglichst wenig Zunftgenossen, d. i. Konkurrenten, zu haben. Sie erreichten dies in manchen Orten dadurch, dass es ihnen früher oder später gelang, den Eintritt in die Zunft ausserordentlich zu erschweren. Man knüpfte die Mitgliedschaft noch an besondere, nicht leicht erfüllbare Vorbedingungen, abgesehen von jenen allgemeinen Bedingungen, die bei den Zünften aller Branchen regelmässig wiederkehren, — wie gute Herkunft, guter Leumund, gute technische Kenntnisse in dem betreffenden Gewerbe, Eintrittsgeld, Eintrittsschmauss — oder die wenigstens sehr häufig vorkommen, wie z. B. der Besitz eines kleinen Betriebskapitals ¹⁾. So verlangte z. B. die Fleischerzunft in Berlin (1311), dass jeder Schlächter einen Fleisch-Scharren besitze (oder richtiger: das Recht auf den Besitz eines Scharrens, da die einzelnen Scharren alle Vierteljahr

verschiedenen, zum fraglichen Gewerbe gehörigen Zünfte der Stadt Hamburg kurz skizziert. Hier gibt es laut den »Hamburgischen Zunftrollen«:

1) »*knokenhower*«, Knochenhauer, d. h. Fleischverkäufer. Sie haben mit dem eigentlichen Schlachten nichts zu thun, sondern nur mit dem Einkauf des Viehs und dem Detailverkauf des Fleisches; (*»houwen«* bedeutet hier: »einzeln verkaufen«, wie *snyden*, *sliten*, *entweihouwen*.) 2) »*küter*«, d. h. Schlächter, die der gleichen Zunft angehören. Sie besorgen im Dienste der Knochenhauer das Schlachten, kaufen ausserdem ihnen die Eingeweide des Viehes ab und verarbeiten sie zu Würsten. Es ist wahrscheinlich, dass die reicheren Fleischer erst im Laufe der Zeit ihre ärmere Genossen in diese untergeordnete Stellung brachten. 3) »*garbrader*«, Garbrater, welche meistens zugleich mit diesem Berufe die Heringswascherei treiben. Sie bilden eine eigene Zunft. Sie dürfen weder schlachten, noch rohes Fleisch verkaufen, noch in fremden Häusern kochen. Sie verkaufen nur die in ihrem eigenen Hause oder ihren Buden bereiteten Speisen an Ort und Stelle oder »über die Strasse« in die Häuser. 4) »*koeke*«, Köche. Sie bilden ebenfalls eine eigene Zunft. Sie treiben das Gewerbe des Hauschlachtens und des Kochens in den Häusern der Bürger. Für unsere Abhandlung handelt es sich also hauptsächlich um die »Knochenhauer« als die Fleischverkäufer.

1) Vgl. Georg Adler, Art. »Fleischergewerbe« im »Handwörterbuch der Staatwissenschaften«, Bd. III, p. 547.

durch Auslosung gewechselt wurden) ¹⁾. Ähnlich lautete ein Statut in Frankfurt a. O. (1308) ²⁾. In Freiburg i. Br. muss jeder, der Metzger werden will, sein eigenes Haus haben (1466) ³⁾. Dadurch waren natürlich ärmere Leute vom Eintritt in die Zunft so gut wie ausgeschlossen.

In andern Städten wieder erschwerte man gerade Fremden den Eintritt, vermutlich um die Fleischbänke in den Händen einer festgeschlossenen städtischen Klique zu halten, deren Auftreten nach aussen ebenso streng solidarisch wie unskrupulös war. So verordnet z. B. das Statut der Danziger Fleischer — deren lebhaften und von Erfolg gekrönten Widerstand gegen richtiges Gewicht wir bereits kennen gelernt haben —, dass kein Meister seine Bank an einen (Gewerks-) Fremden verkaufen dürfe, wenn er sie nicht zuvor dreimal in der Morgensprache ausgebaut; dem Verkaufsakte selber müssten dann zwei Meister beiwohnen; endlich dürfe der Fremde eine Bank nur um bares Geld und nicht für eine Rente an sich bringen ⁴⁾.

Das Ideal der Fleischer war und blieb natürlich: die Geschlossenheit der Zunft. Und es gab Stadtverwaltungen genug, welche — bis auf weiteres — sich auch zu diesem Zugeständnis bequemen. So wird z. B. in Frankfurt a. O. (1308) die Metzgerzunft mit 52 Mitgliedern für geschlossen erklärt ⁵⁾, in Beeskow (1348) mit 22 ⁶⁾, in Strehlen (1292) mit 34 ⁷⁾, in Stettin (wann?) mit 14 (neben 14 speziellen Schlächtern und Garbratern) ⁸⁾, in Stendal

1) Fidicin, »Historisch-diplomatische Beiträge etc.«, Bd. I, p. 64.

2) Riedel a. a. O. Abt. I, Bd. 23, p. 9.

3) Freiburger Metzgerstatut a. a. O. p. 482.

4) Hirsch a. a. O. p. 311.

5) Frankfurter Metzgerstatut, Riedel a. a. O. Abt. I, Bd. 23, p. 9.

6) Beeskower Fleischerstatut, Riedel a. a. O. Abt. I, Bd. 20, p. 349.

Der Rat verpflichtet sich, »nimer keyne (sc. Scharren) innewendic noch vzwendic der stat in diseme gerichte czu buwen«.

7) Stieda a. a. O. p. 43, nach dem Stadtrecht von Strehlen.

8) Blümcke a. a. O. p. 117 f.

(1335) mit der — uns unbekannten — Zahl der gerade damals vorhandenen Mitglieder plus 2. Ueber diese in Stendal erfolgte Schliessung der Zunft sind wir genauer unterrichtet. Die Fleischscharren hatten bis dahin dem Rate gehört, der dafür pro Scharren einen Zins von 3 Schillingen pro Quartal bekam. Jetzt kauften die Fleischer dem Rat die Scharren ab, jeden für 9 Vierdunge, verpflichteten sich aber trotzdem, den gleichen Zins nach wie vor an den Rat zu entrichten. Das ist natürlich nur durch Gewährung von Gegenkonzessionen an die Fleischer zu erklären. Diese Gegenleistungen bestanden nun: einmal in der Verleihung der Zunftrechte, die damals erst an die Stendaler Fleischer stattfand, und dann in der Verpflichtung des Rats, zu den derzeitigen Fleischbänken höchstens noch zwei neue aufzuführen ¹⁾ ²⁾.

Hervorzuheben ist, dass diese Fälle, in denen die Geschlossenheit von Zünften gesetzlich anerkannt wurde, — alle Fälle, die ich urkundlich habe konstatieren können — vielleicht mit einer einzigen Ausnahme sämtlich in einer Zeit vorkamen, in der kein Mangel an Fleisch sich bemerklich machte. Diese ~~einzig mögliche~~ Ausnahme ist Stettin. Laut Blümcke's Abhandlung über die Stettiner Zünfte findet sich die Angabe, dass die Zunft der

1) Stendaler Fleischerstatut, Riedel a. a. O. Abt. I, Bd. 15, p. 93.

2) Mit diesen Zahlen darf die Beschränkung der Lübecker Knochenhauer-Zunft auf 50 Mitglieder nicht zusammengestellt werden. Denn hier spielten politische Erwägungen mit. 1384 war nämlich ein Aufstand der Lübecker Zünfte vom Rate niedergeschlagen worden und in Konsequenz des »vae victis«! war den Beteiligten ein wesentlicher Teil ihrer Vorrechte genommen worden. Die Knochenhauer speziell, die sich am Aufruhr hervorragend beteiligt hatten, wurden u. a. damit gestraft, dass sie das Recht verloren, aus eigener Machtvollkommenheit Genossen in ihr Amt aufzunehmen. Das war von nun an ausschliesslich Sache des Rates, der auch die Zahl der Mitglieder auf fünfzig (neben 16 Schlächtern und 12 Garbratern) festsetzte, — vermutlich weil diese Zahl für die Bedürfnisse des Publikums ausreichte, und eine grössere dem Rate nicht erwünscht erschien.

Knochenhauer mit 14 Mitgliedern geschlossen sei, im Statut von 1555. Dieses stellt aber nur eine revidierte Ausgabe eines alten, aus dem J. 1312 stammenden Statuts dar. Es ist demnach nicht zu ersehen, aus welchem der beiden Jahre die fragliche Bestimmung herrührt. Gegen das Jahr 1555 scheint mir aber die eigene Mitteilung Blümcke's (an anderer Stelle) zu sprechen, wo er berichtet, wie 1540 auf obrigkeitlichen Befehl 9 Gesellen auf einmal zu Meistern ernannt wurden. Sonst hätte es ja vorher eine Zeitlang nur 5 Knochenhauer in Stettin gegeben! Eine solche Annahme ist aber nach allem, was wir von der Zahl der Fleischer in den deutschen Städten früherer Jahrhunderte wissen, unhaltbar ¹⁾).

1) Ich gebe hier die lehrreichen Zahlen, die ich habe feststellen können. Es gab also Fleischer:

- in Strehlen (1292): 34 (s. Stieda a. a. O. p. 43);
- in Wernigerode-Altstadt (14. Jahrh.): 8 (s. Meister a. a. O. p. 33).
(Es gab noch Wernigerode-Neustadt);
- in Frankfurt a. O. (1308): 52 (s. Riedel a. a. O. Abt. A, Bd. 23, p. 9);
- in Beeskow (1348): 22 (s. Riedel a. a. O. Abt. A, Bd. 20, p. 349);
- × in Nürnberg (1363): 71 (s. Hegel, »Chroniken der deutschen Städte«: Bd. II, p. 508);
- in Hamburg (1376): 57 (s. Bücher a. a. O. p. 109);
- in Lübeck (1385): 50, dazu 16 eig. Schlächter und 12 Garbrater (s. Wehrmann a. a. O. p. 7, 63 u. 139);
- × in Frankfurt a. M. (1387): 64 (als vermutliche Ziffer angegeben von Bücher a. a. O. p. 103);
- in Berlin (1397): 46, dazu 3 Wurstmacher (s. Fidicina a. a. O. Bd. I, p. 24);
- × in Worms (1398): 25 (s. »Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrh.«, Bd. XV, p. 286);
- × in Freiburg i. Br. (15. Jahrh.): 53 (s. »Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrh.«, Bd. XV, p. 23);
- × in Basel (1451): 109 (s. Schönberg, »Finanzverhältnisse der Stadt Basel«, p. 300);
- in Danzig-Rechtsstadt (1452): 79 (s. Hirsch a. a. O. p. 308). (Es gab noch Danzig-Altstadt und Jungstadt);
- in Lüneburg (1496): 30 (s. Bodemann a. a. O. p. 123);
- × in Ulm (Ende des 15. Jahrh.): 49 (s. Jäger a. a. O. p. 627);
- in Stettin (1555): 14 (?), dazu 14 Schlächter und Garbrater (s. Blümcke a. a. O. p. 117 f.).

Endlich aber würde es auch gar nichts für die Koinzidenz zwischen Fleischmangel und zünftiger Abschliessung beweisen, wenn gerade Stettin eine Abschliessung der Fleischerzunft noch im 16. Jahrhundert konstituiert hätte. Denn in P o m m e r n hat auch damals kein Fleischmangel bestanden; im Gegenteil, gerade Pommern exportierte noch massenhaft Vieh nach Mitteldeutschland, und die Vermittlung des Viehexports wurde, neben andern Städten, speziell auch von Stettin besorgt. Unsere ganze Argumentation über Fleischmangel will also ausdrücklich für den reichlich mit Vieh und Fleisch ausgestatteten Nordosten Deutschlands keine Geltung haben. Es ist mithin die Behauptung gerechtfertigt, dass die völlige Abschliessung der Zünfte urkundlich ausschliesslich in den »fetten« Jahren, wo man keinen Mangel an Fleisch hatte, zu konstatieren ist. —

In jenen Fällen, in denen diese Abschliessung nicht möglich oder noch nicht ausreichend erschien, erhöhten die Fleischer wenigstens nach Möglichkeit das Eintrittsgeld, — dem Zuge der Zeit entsprechend.

So hatte z. B. in Stettin das Eintrittsgeld in die Zunft ursprünglich nur 6 Mark betragen. Aus einem Ratsdekret von 1511 aber erfahren wir, dass den Knochenhauern damals gestattet wurde, 50 Mark nebst $\frac{1}{2}$ Gulden Schreiber-geld zu nehmen¹⁾. Also eine Steigerung auf mehr als das Achtfache. Das ist aber noch gar nichts gegen das Verhalten der Metzgerzunft in Basel, welche das Eintrittsgeld auf mehr als das Vierzigfache erhöhte²⁾.

Daneben wurden natürlich noch alle möglichen andern Mittel angewandt, um die Habilitation eines neuen Meisters

1) Blümcke a. a. O. p. 156.

2) Natürlich darf man die gleichzeitig mitwirkende Geldentwertung nicht unbeachtet lassen. Indessen kann diese gegenüber den angegebenen Steigerungssätzen nur ein Faktor von geringer Bedeutung sein.

zu verhindern, der nicht als Sohn oder Schwiegersohn eines Meisters oder Mann einer Meisterswitwe »in die Zunft hineingeboren war« (wie sich manche Zunftrollen selber naiv ausdrücken). Die Zunft weigerte sich unter den mannigfachsten Ausflüchten, einen neuen Konkurrenten zu acceptieren. Aber hier im Fleischergewerbe fand sich doch öfters der Rat oder der Stadtherr veranlasst, diesen Missbräuchen entgegenzutreten. Wir finden die ganze Skala von Massregeln — von der schüchternen Zurückweisung angemasseter Monopolrechte bis fast zur völligen Freigabe des Metzgergewerks — vertreten.

Mit einer solchen »milden« Energie schritt z. B. der Rat von Basel ein, wo, wie schon erwähnt, die Metzger das ursprüngliche Eintrittsgeld (zur Zunft) von 10 Schillingen binnen knapp anderthalb Jahrhunderten (von 1248 bis 1391) auf die — für mittelalterliche Verhältnisse unglaublich hohe — Summe von $402\frac{1}{2}$ Schillingen gesteigert und zudem durch eine demütigende Mutzeit die Vermehrung der Meisterstellen so gut wie ausgeschlossen hatten. (Charakteristisch ist übrigens, dass dagegen die Gebühren für Meistersöhne, die zünftig werden wollten, nicht entfernt gleichmässig gewachsen waren: von 3 Schillingen auf die mässige Höhe von $32\frac{3}{4}$ Schillingen.) Die Reaktion des Rates gegen diese anmassende Willkür bestand darin, dass zunächst die demütigenden Nebenbedingungen beseitigt wurden; 1441 ging er dann auch gegen die hohen Eintrittsgelder vor, indem er festsetzte: dass der Maximalbetrag $93\frac{1}{2}$ Schillinge für den Fremden und $11\frac{1}{2}$ Schillinge nebst einem Viertel Wein für den Meistersohn nicht überschreiten dürfe ¹⁾.

Weiter schon gingen jene Städte, welche die Abschliesung der Fleischerzünfte damit beantworteten, dass sie ausserhalb derselben Freimeisterstellen kreierten. Dies geschah

1) Geering a. a. O. p. 64—67.

z. B. in Hamburg ¹⁾ und in Stettin. Von der letzteren Stadt wissen wir ausdrücklich, dass die Ernennung von Freimeistern fast allein auf die Zünfte beschränkt worden ist, welchen die Ernährung der Bürgerschaft zunächst oblag: auf die der Knochenhauer und Bäcker. Und zwar war es hier weniger der Rat, der offenbar selber in engen Beziehungen zur reichen und angesehenen Fleischerkorporation stand, als die landesherrliche Gewalt, die ihren Arm in den Dienst der ausgleichenden Gerechtigkeit stellte. Seit Anfang des 16. Jahrhunderts werden Freimeister in immer wachsender Zahl von den pommerschen Herzögen ernannt. Nur zum kleineren Teile handelt es sich hier um ehemalige Angestellte des herzoglichen Hauses, für welche auf diese Weise gesorgt wird; zum grösseren Teile sind es eingewanderte Meister oder Gesellen, denen das Amt in Stettin nicht zugänglich war. Ihre rechtliche Stellung beruhte — gleichgiltig, ob die Ernennung vom Rat oder vom Herzog ausgegangen war — auf besonderen Konzessionen, die immer für den einzelnen Fall erteilt wurden und einen ad hoc bestimmten, besonderen Inhalt hatten: also Konzession für eine bestimmte Zahl von Jahren oder auf Lebenszeit, unter Umständen mit dem ausdrücklich erteilten Rechte der Vererbung auf Sohn oder Schwiegersohn. In der Ausübung des Handwerks hatten sie sich streng an die vom Rat oder vom Herzog erlassenen Ordnungen zu halten, sich auch der gesetzlichen Beaufsichtigung durch die städtischen Brot-, Fleisch-Inspektoren u. s. w. gleich allen andern Meistern zu fügen. Die schwere Beschränkung des Gewerbebetriebs der Freimeister bestand darin, dass die Konzession nur für den Inhaber galt, und dass es ihm daher untersagt war, mit fremder Hilfe, ab-

1) »Hamburgische Zunftrollen«, p. 319.

gesehen von Frau und Kind, zu arbeiten. Er durfte also weder Gesellen noch Lehrlinge annehmen und musste sich zuweilen sogar in der Zahl seiner Arbeitsprodukte und in der Art ihres Verkaufs gewissen Einschränkungen unterwerfen¹⁾. Nicht selten ist es sogar vorgekommen, dass die Zahl dieser Freimeister so stieg, dass sie sich schliesslich mit obrigkeitlicher Genehmigung auch zu einer besonderen Zunft zusammenschliessen durften und nunmehr mit den üblichen Zunftgerechtsamen ausgestattet wurden. Dies war z. B. der Gang der Dinge in Hamburg und Stettin²⁾.

Manchmal endlich greifen die Obrigkeiten noch tiefer in die zünftige Autonomie ein, indem sie die Aufnahme von Gesellen in die Zunft, welche von der zünftigen Klique aus Eigennutz versagt wird, durch obrigkeitlichen Erlass erzwingen. Mitunter kam es hier fast zur Reform einer Zunft, indem einer Reihe von Gesellen, denen nach einander ein Bein gestellt worden war, auf einmal durch Intervention der höheren Instanz der Eintritt in die Zunft ermöglicht wird: also sozusagen ein Meisterschub geschieht. Wir können aus der hier betrachteten Zeit mehrere solcher Fälle konstatieren. Am klarsten liegt der Fall in Stettin, wo der Herzog Barnim XI. 1540 durch Dekret anordnet, dass die Knochenhauer sofort 9 Gesellen zugleich, die wegen der Chikane der Zunft die Mitgliedschaft nicht hatten erreichen können und sich deshalb beschwerdeführend an den Herzog gewandt hatten, in ihr Amt aufzunehmen hätten³⁾. So sehr hier auf der einen Seite einfachen Uebergriffen der Zunft gesteuert werden sollte, so sehr wird sicherlich auch die Erwägung mitgewirkt haben, dass gerade bei einem wichtigen Lebensmittelgewerbe eine Abschliessung der Zunft zu einer öffentlichen

x 1) Vergl. Bl ü m c k e a. a. O. S. 119 f.

2) »Hamburgische Zunftrollen« a. a. O. und Bl ü m c k e a. a. O.

3) Bl ü m c k e a. a. O. p 119 f.

Kalamität werden konnte. Noch deutlicher tritt dies Moment bei der »Reformation« des Knochenhaueramtes in Lüneburg (1496) hervor. Hier gab es bisher 21 Fleischermeister. Nunmehr fand ein »Meisterschub« statt: 9 Gesellen, unter ihnen allerdings 4 Meistersöhne, werden an einem Tage durch Ratsdekret zu Meistern befördert. Hier wirkte, wie die entsprechenden Umstände es ergeben, die Tendenz mit, die Fleischversorgung der Stadt durch Vermehrung der Geschäfte zu verbessern und die Preise durch Schaffung grösserer Konkurrenz zu verbilligen ¹⁾.

Am weitesten war schon vorher Strassburg gegangen, dessen Rat 1435 verordnete, dass um 2 Pfund Pfennige jeder Bürger, der das Handwerk verstände, Mitglied der Metzgerzunft werden könne, *»und mögent ouch die, die also zu inen (sc. den Zunftmitgliedern) komment, als wol fleisch howen als sie, und sollent ouch dieselben alle ir reht haben an dem schinthus und sust und die gebot halten, die ouch die andern metziger haltent, als in user statt buch stot«* ²⁾.

VI.

Einschränkung des Gewerbemonopols der Fleischer durch die Märkte.

Das Gewerbemonopol der Fleischer ist zu gewissen Zeiten im Jahr — zur Zeit der Jahrmärkte — eo ipso durchbrochen gewesen; hier durfte ja in der Regel jeder, der wollte, — gegen Entrichtung verschiedener Abgaben — Waren jeder

1) »Lüneburgische Zunftrollen« a. a. O. p. 123.

2) »Strassburger Zunftordnungen« p. 346 f.

Art feilbieten ¹⁾. Zum Ueberfluss finden sich in Fleischerstatuten urkundliche Belege dafür, dass gerade auch in diesem Berufe zur genannten Zeit freie Konkurrenz bestanden habe. So in Stendal, wo es in der Rolle der Fleischer ausdrücklich heisst: »*Sed in foris annualibus carnes quilibet vendere potest et in pascha* ²⁾).

D Bald ging aber die Obrigkeit, unter dem Drucke des marktbeherrschenden und preisverteuernden Kartells der Fleischermeister, sehr häufig — selbst schon in den Zeiten vor dem allgemeinen Fleischmangel — dazu über, speziell freie Fleischmärkte, zu schaffen. Dies geschah z. B. 1374 in Schweidnitz, wo die Herzogin Agnes von Schlesien gestattet, »*der stat Sweidnicz zu fromen, nucze vnd besserunge der ganczin gemeinden, das man do selbinst yn der stat sol vnd mag haben eynen ewigen freien fleischmarkt eynis tagis yn yczlicher wochen, vornemelich am sonnabunde den ganczin tag*«. Und als Grund der neuen Institution giebt die Herzogin an: »*armut, kummir und manchirley gebrechen, den unsere armen leute gemeinlich vnser stat Sweidnicz von fleischkouffis wegen lange czeit bis doher swerlich geliden vnd geduldit haben*« ³⁾.

Die spezielle Regulative für den freien Fleischmarkt enthielt die folgenden Bestimmungen: es darf dahin kein ungesundes Fleisch gebracht werden; die Zunftmeister müssen ihr Fleisch an einem besonderen Orte verkaufen; weder dürfen sie die Fremden im Verkauf hindern oder sonstwie belästigen, noch umgekehrt; endlich muss alles Fleisch, das auf diesen Markt gebracht wird, noch selbigen Tages verkauft werden: es darf weder weggeführt, noch

1) Vergl. K a r l R a t h g e n, »Die Entstehung der Märkte in Deutschland« (1881.)

2) Stendaler Fleischerstatut im Cod. Dipl. Brand. Abt. A, Bd. 15, p. 94.

3) Privileg der Herzogin Agnes von Schlesien im »Codex Diplomaticus Silesiae«, Bd. VIII (hrsg. von K o r n), p. 72.

ingelegt, noch den Fleischern in der Stadt verkauft werden ¹⁾. Die letztere Bestimmung ist interessant. Sie zeigt, dass die Verkäufer gezwungen werden sollten, das einmal herbeigeschaffte Fleisch zu verkaufen und daher — billig, à tout prix. Freilich werden auf der andern Seite gerade recht Viele davon abgehalten worden sein, unter einer solchen Bedingung den Markt mit grosser Zufuhr zu versehen.

Von Breslau ist uns aus einer nur wenig spätern Zeit ebenfalls ein Freimarktsprivileg erhalten. Es ist vom König Wenzel im J. 1387 verliehen. Auf den Markt, der am Sonnabend abgehalten wird, darf jedermann mit »*allerley fleische*« kommen und dasselbe ohne Hindernisse verkaufen ²⁾. Doch wird die Berechtigung zum Besuche bald darauf, nemlich schon im J. 1395, von demselben König dahin eingeschränkt, dass nur »*yederman in der stat zu Bresslow, vor der stat vnd vff ein meyle von dannen verrer oder nehener allerley viehe slahen und das zu demselben freyen fleissmarkte furen vnd doselbst vorkauffen solle vnd moge*« ³⁾.

Andere Beschränkungen des freien Fleischmarktes lernen wir in Danzig kennen. Hier einigen sich die drei Städte (d. h. die Altstadt, die Jungstadt und die Rechtsstadt) im J. 1449 dahin, dass auf dem freien Fleischmarkte (vom Sonnabend) zwar jeder geschlachtetes Vieh frisch oder geräuchert verkaufen dürfe, — aber nur ganz oder in Hälften zerschnitten. Also gerade der einträgliche Detail-Fleischverkauf ist den Konkurrenten der Fleischer entzogen ⁴⁾, — wieder ein Zeichen des bereits konstatierten mächtigen Einflusses der Fleischer in Danzig.

Unter Umständen kam es sogar zur Einführung von

1) Cod. Dipl. Siles. Bd. VIII, p. 73.

2) A. a. O. p. 83.

3) A. a. O. p. 97.

4) Hirsch, »Danzigs Handels- etc. Geschichte«, p. 310.

0
X
zwei freien Fleischmärkten wöchentlich. So in Augsburg. Das dortige »Stadtbuch« verzeichnet aus dem J. 1439 einen Ratsbeschluss, der — nach Konstatierung der Thatsachen, dass die Bevölkerung sich vermehrt habe, die Fleischzufuhr aber nicht entsprechend gewachsen und somit Fleischmangel und Fleischteuerung entstanden sei, und dass dieser unerträgliche Zustand schon eine Reihe von Jahren dauere — zur Abhilfe wöchentlich zwei freie Fleischmärkte (jeden Dienstag und Sonnabend) einrichtet. Jedem Bürger und Fremden wird das Recht zugesichert, Fleisch jeder Gattung schlachten und feil haben zu dürfen, ohne von den Metzgern oder sonstwem darin gehindert werden zu dürfen. Hiermit war es dem Rat offenbar bitter ernst; denn, wer gegen dieses Dekret verstösst oder dagegen intriguiert, *»den oder dieselben sol und wil ain raut straffe herttiklich an leib, an leben, an eere und an gut«* ¹⁾. — Alles in allem ein wichtiges Symptom sowohl der Fleischteuerung wie des energischen Willens der Stadtobrigkeit, das Uebel zu beseitigen.

Die Bedeutung des freien Fleischmarktes für die Fleischpreise lässt sich durch Analogieschluss klar machen, — durch einen historischen Beleg für die Bedeutung des freien Brotmarktes, wie ihn eine sehr lehrreiche Urkunde der Stadt Leipzig vom J. 1381 bietet. Hier hatten die Bäcker wider der Stadt Willen Verabredungen getroffen (*»sy hatten sich widir dy statt myt iren sunderlichen geseetzen obir gesaczt«*), dem Anschein nach ausser anderem ein Kartell zur Erhöhung der Preise geschlossen. Der Rat antwortet mit Errichtung eines freien Brotmarktes. Damit muss den Bäckern grosser geschäftlicher Schaden erwachsen sein. Denn alsbald kriechen sie zu Kreuz, geloben Gehorsam gegen die Stadt und Abstellung aller Verabredungen. *»Dy becker — heisst es in der Ratsurkunde — gemeynlich beyde, rich unde arm, habin gewilkoret unde gelobit an aydis stat, das*

1) »Das Stadtbuch von Augsburg«, hrsg. von Meyer, p. 263.

sy keyne gesece sullen noch wollin habin kegin der stat willen . . . Vnde sullen al ire sachin haldin nach der Stat rate vnde redelich brot backen.» Dafür stellt auch der Rat seinerseits den freien Brotmarkt ab, — aber bei erneuertem Ungehorsam haben die Bäcker eine hohe Geldbusse verwirkt, und der freie Brotmarkt soll dann vom Rate wieder hergestellt werden (*»wenne das von oen nicht gehaltin wert, so sullen sy czen marg der stat voruallen syn vnde man sal oen eyenen vryen margt widir haldin«* ¹⁾).

VII.

Fleischverkauf durch Nicht-Metzger.

Im Prinzipie hatte die Fleischerzunft natürlich das Monopol des Fleischverkaufs; so enthält schon die älteste uns überlieferte Fleischerzunft-Rolle, diejenige zu Basel vom J. 1248 die Bestimmung: »Niemandem, der nicht von ihrem Handwerk ist, soll es gestattet sein, ihrer Verabredung zuwider, was zu ihrem Berufe gehört, zu kaufen und wieder zu verkaufen« ²⁾. Es lassen sich diesem Beispiele zahlreiche andere anreihen. Hier seien nur Worms und Stendal aufgeführt, in denen dieses Verbot klipp und klar aufgestellt wird. In Worms sagt das Metzgerweistum von 1398: Keiner dürfe in der Stadt Fleisch verkaufen, *»er einhabe es dan ussgetragen (verabredet) myt unserm hern dem dumprobste und myt den metzelere meistere«* ³⁾. Und in Stendal heisst es in dem Gründungsprivileg der dortigen Fleischerzunft

1) Leipziger Ratsverordn. »Urkundenbuch der Stadt Leipzig«, hrsg. von v. Posern-Klett (»Codex Diplomaticus Saxoniae regiae«, Bd. VIII), p. 47 f.

2) Baseler Fleischerstatut, abgedruckt bei Berlepsch a. a. O. p. 17 f. (aus Ochs, »Geschichte der Stadt und Landschaft Basel«, Bd. I, p. 318).

3) Weistum der Wormser Metzger, Mone's »Zeitschrift« Bd. XV, p. 286 f.

von 1335: »*Preterea nulli licitum est in nostra ciuitate carnes vendere aut mactare, nisi macellum habuerit nosterque ciuis fuerit et carnificum opus habuerit et fraternitatem eorundem*«¹⁾).

Indes hat schon Lamprecht mit Recht die Vorstellung bekämpft, als ob im Mittelalter die sozialen Berufe kastenartig abgeschlossen gewesen seien. Speziell hat er konstatiert, wie häufig Personen neben ihrem Hauptberufe noch Nebenbeschäftigungen nachgegangen sind²⁾. Dies musste dann den Intentionen der Obrigkeit am wenigsten da zuwider sein, wo es sich darum handelte, den Kreis der Verkäufer notwendiger Lebensmittel zu vergrößern. Hier musste der Rat aus Gründen der Teuerungs politik eine Durchlöcherung des Zunftmonopols nicht ungern sehen. Wir machen daher auch die Beobachtung, dass in fast allen deutschen Städten die Bäcker die Schweinezucht und daher auch den Fleischverkauf als Nebenberuf treiben; ich habe das u. a. urkundlich konstatiert in: Basel, Freiburg, Strassburg, Colmar, Landau, Ulm, Esslingen, Augsburg, Nürnberg, Bamberg, Saalfeld, Leipzig, Beeskow, Glatz u. s. w.³⁾. Der Grund lag wohl vor allem darin, dass sich die Abfälle gerade dieses Gewerbes für die Aufzucht von Schweinen ganz vorzüglich verwerten liessen, und dass auch die übrigen nötigen Requisiten der Schweinezucht (z. B. Stall und Weide) in der mittelalterlichen Stadt bequem und billig zu beschaffen waren^{4) 5)}.

1) Stendaler Fleischerstatut, R i e d e l's Cod. Dipl. Brandenb. Abt. A, Bd. XV, p. 93.

2) Lamprecht, »Zur Sozialstatistik der deutschen Stadt im Mittelalter« im »Archiv für soziale Gesetzgebung«, Bd. I, p. 497 f.

3) Dass die Bäcker Schweine hielten, scheint schon in der Römerzeit Sitte gewesen zu sein. Vgl. Plautus:

»*Tum pistorum scrophipasci qui alunt furfuri sues,
Quarum odore praeterire pistrinum nemo potest*«.

4) »Die Schweinehaltung bei den Bäckern — sagt Gothein (»Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes«, p. 506) — ist ganz allgemeiner Brauch. Schon im Baseler Bäckerweistum gibt der *magister panificum* seinem Vor-

Dieser Usus war natürlich sehr wichtig für die Fleischversorgung, da ja dadurch die Zahl der Verkäufer und der auf den Markt gebrachten Fleischquantitäten wuchs. In manchen Städten kamen dazu noch andere Gewerbtreibende, die sich in besonderem Masse an der Schweinezucht beteiligten, so in Saalfeld die Schuhmacher ¹⁾, in Obernay (Elsass) die Müller ²⁾, ebenso in Ulm ³⁾. Endlich wissen wir aus dem oben Gesagten, dass die Bürger der deutschen Städte in jenen Zeiten allgemein sich mit Schweine-, unter Umständen auch Schaf- und Rindviehzucht abgaben. Hier natürlich in den meisten Fällen nur für den eigenen Bedarf. Aber in einer Anzahl von Fällen nahmen sich auch die Bürger das Recht, zum Verkauf des Fleisches ihrer Aufzucht zu schreiten. Ueberdies wird das Schlachten von Vieh von seiten der Bürger manchmal noch durch Steuervergünstigungen oder Gewährung anderer Vorteile unterstützt. Alles dies zusammengenommen musste natürlich in dem Kampfe gegen die Fleischsteuerung nicht unerheblich ins Gewicht

gesetzt, dem *vicedominus*, jährlich zwei Schweine; im Strassburger Stadtrecht wird die Zahl der Bäckerschweine im Sommer auf 8, im Winter auf 12 festgestellt«.

5) In Freiburg i. Br. nahm man als die Regel an, dass der (Feil-) Bäcker (im Gegensatze zu dem Hausbäcker) allein von den Abfällen seines Gewerbes eine Herde von 15 Schweinen halten könne. Gothein a. a. O. p. 506. — Sehr gross muss auch die Schweinezucht in Ulm gewesen sein. Wir lesen nämlich in Jäger's Werk über Ulm (p. 622): Laut Statut vom Jahre 1388 war »das Schweinehalten den Bäckern völlig freigegeben. Sie trieben den auswärtigen Handel mit geätzten Schweinen so sehr ins Grosse, dass es am Ende in der Stadt selbst an schweinenem Fleisch und Schmalz fehlte, so dass der Rat ihnen gebieten musste, die Hälfte ihrer in der Stadt geätzten Schweine an eingesessene Bürger zu verkaufen (1400); 1410 wurde den Bäckern geboten, nicht mehr als 24 Schweine jährlich in zwei oder drei Jahreszeiten zu äzen«.

1) Berlepsch a. a. O. p. 54.

2) Hanauer a. a. O. T. II, p. 177, nach dem Stadtbuche von Obernay.

3) Jäger, Ulm a. a. O. p. 622.

fallen. Und es ist ohne weiteres klar, wie auf der andern Seite die Metzger öfters gegen diese Konkurrenz durch nicht-zünftige Bürger protestieren wie z. B. in Glatz (1354)¹⁾ und in Ulm (1423)²⁾, und manchmal, wie es scheint, nicht bloss in Worten. Auf letzteres deutet einmal die Art der angedrohten Busse und die gewählte Form des Gesetzestextes; so, wenn es z. B. im Wiener Stadtrecht (1340) heisst: »*swer daz* (sc. den Fleischverkauf durch andere) *weren wolde, nem da von jeman icht schaden an leib oder an gut, der daz vleisch in die stat fueret, daz man daz mag bewern* (beweisen), *daz daz chome von der vleischakker rat oder von irm geschephe, daz sullen si puezzen unserm richtter mit leib vnd mit gut als der rat von der stat setzet*«³⁾. Noch deutlicher geht der »thätliche« Widerstand der Metzger aus einer Strassburger Urkunde vom J. 1412 hervor, der zufolge die Bäcker beantragen, man möge ihnen besondere Bänke zum Fleischverkauf einräumen, weil sie sich nicht getrauen könnten, »*mit fride by den metzigern uf iren bencken zu blibende*«; und der Rat kommt dieser Bitte, trotz des Protestes der Metzger, nach, weil auch er sich davon überzeugt hielt, »*das es nit fridlichen möhte beston, soltent die brotbecker by den metzigern under iren bencken houwen*«⁴⁾.

Natürlich konnten die Proteste der Metzger gegen das Schlachten der Bürger im allgemeinen und der Bäcker im besonderen um so weniger Erhörung bei den Stadtoberkeiten finden, je mehr mit der Zeit der Fleischmangel sich fühlbar machte. Ja, wir finden im 15. und 16. Jahrhundert sogar mehrfach das Bestreben, die Rechte dieser Konkurrenten gegenüber der Zunft zu erweitern.

1) Cod. Dipl. Sil. Bd. VIII, p. 43.

2) Jäger a. a. O. p. 629.

3) Berlepsch a. a. O. p. 47.

4) »Strassburger Zunft- etc. Verordnungen«, p. 106 f.

Die einschlägigen Reglements im einzelnen sind die folgenden:

Ganz allgemein war es jedem Bürger gestattet, für den Gebrauch in der eigenen Wirtschaft so viel zu schlachten oder schlachten zu lassen, als ihm beliebte. Dies Recht wird nirgends angefochten. In manchen Städten, z. B. in Augsburg laut Stadtrecht (1276) sind sogar die Metzger von altersher verpflichtet, den Bürgern auf Verlangen das Vieh im Hause zu schlachten¹⁾. Wie aber war es, wenn mehrere Bürger zusammen Vieh kauften, und es dann unter sich teilten? War das nicht eine Umgehung des Verkaufsmonopols der Zunft? Die Fleischer behaupteten das auch oft genug, — aber, soweit sich urkundlich nachweisen lässt, trugen die Stadtobrigkeiten dem nur insoweit Rechnung, als sie beim gemeinsamen Viehkaufe nicht mehr als eine bestimmte Zahl von Teilnehmern zu liessen. So ist es z. B. Statut von Striegau, dass zwei bis vier Bürger je ein Rind und zwei Bürger je ein Schwein, Kalb oder Schöps zusammen kaufen, schlachten und unter sich teilen dürfen; nur ist es ihnen verboten, davon an andere zu verkaufen. Zu Kirmess ist indes auch die Beschränkung der Zahl der Teilnehmer aufgehoben²⁾. In Lüneburg wird erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts eine ähnliche Bestimmung eingeführt. Es ist nemlich aus dem J. 1581 ein Protest der Fleischerzunft zu Lüneburg gegen ein Ratsdekret erhalten, das allen Einwohnern gestattete, selbviert Ochsen und Schafe jederzeit mit einander zu kaufen und zu teilen. Solches — heisst es in dem Proteste der Fleischer — könne nicht »Recht« sein; sie hätten doch ihre Bude mit 100 Mark Lübisches erkaufte und betrieben ihr Geschäft als des Rates »Lehnware«, und dazumal sei solche

1) Stadtrecht von Augsburg a. a. O. Art. CXXI, p. 200.

2) Striegauer Fleischerstatut, Cod. dipl. Sil. Bd. VIII, p. 38.

Freiheit niemandem verstattet gewesen. Der Protest scheint nur teilweisen Erfolg gehabt zu haben, da eine Fleischerordnung von 1586 die Zeit, innerhalb deren derartige Kompagnie-Käufe der Einwohner stattfinden durften, nur ein wenig einschränkte ¹⁾).

Dieses Schlachten der Bürger für den eigenen Bedarf wurde in manchen Städten sogar begünstigt, indem ihnen ausdrücklich Steuerbefreiung zugestanden wurde. So z. B. in Pforzheim (1491) und Baden-Baden (1507). Hier musste jeder Metzger von je 5 Pfd. geschlachteten Fleisches (von Rindern, Ochsen, Kühen, Kälbern und Schweinen), die er verkaufte, eine Verbrauchssteuer von einem Pfennig (als »*ungelt*«) geben; dieselbe Steuer lastete auf den privaten Haushaltungen, doch hatte jeder Einwohner die ersten beiden (in den Häusern) geschlachteten Schweine in jedem Jahre steuerfrei ²⁾. Noch weiter ging Lüneburg, wo die Bürger (1586) ohne Zahlung von Abgaben befugt waren, »*so oft es eines jedern häuszliche nothdurft erfordert, ein schaaf vor sich zu schlachten oder auch mit seinen nachbarn zu theilen*«. Kauften vier Bürger zusammen einen Ochsen, so musste derjenige, welcher den Ochsen schlachten wollte, beim »*Zieseknecht*« einen »*Freyzettul*« gegen zwei Pfennige lösen ³⁾.

In einer Reihe von Städten ist dann weiter den Bürgern der Verkauf von Fleisch gestattet (natürlich unter der Voraussetzung, dass das Fleisch von im Hause aufgezogenem Vieh stamme). So in Augsburg ⁴⁾, in Saalfeld, in Esslingen ⁵⁾,

1) Lüneburger Fleischerurkunden bei Bodemann a. a. O. p. 125 ff.

2) Gothein, Wirtschaftsgeschichte u. s. w. Bd. I, p. 509. — Stadtordnung von Pforzheim bei Pflüger a. a. O. p. 224 f. — Stadtordnung von Baden in der »Zeitschr. f. G. d. Oberrheins«, Bd. 4, p. 300.

3) Lüneburger Fleischerordnung a. a. O. p. 127 f.

4) Augsburger Stadtrecht a. a. O. p. 200.

5) Berlepsch a. a. O. Bd. V, p. 54.

in Strassburg ¹⁾ und in Nürnberg ²⁾. Der Verkauf selber unterlag aber oft noch Beschränkungen. In Striegau z. B. darf der Bürger (1352) speziell nur gesalzenes Schweinefleisch verkaufen »*dy woche in sime huse, wenne her wil, vngelhindirt*« ³⁾. Der Verkauf von Räucherfleisch in grossen Quantitäten ist auch in Frankfurt am Main jedermann gestattet. Jedermann — heisst es im Rechte der Metzgerzunft von 1355 — darf kaufen und verkaufen »*eynen zyntener durzfleyssches adir zwene adir dry adir hunder . . . also das er sie nicht uz snydet adir uz wyget also meczeler dun*« ⁴⁾. Ähnlich heisst es in Wernigerode (1408): »*Ok mach jowelk borger, mydewoner unde gast hir vorkopen unde sellen droge vlesch in schulderen unde in schinken unde an worsten unde an gantzen syden unde vlesch by sinteneren (eichenen) wichten, alse eyn jowelk dat hir veyle bringhet*« ⁵⁾. In Danzig-(Altstadt) dürfen die Bürger (15. Jahrhundert) ganze Seiten Fleisch, Tonnen Fleisch (ebenso Wildpret, Enten, Gänse und Hühner) verkaufen ⁶⁾. In Worms dürfen die Bürger (1398) nur in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten Fleisch feil halten, sind hier aber völlig ungehindert ⁷⁾. In Beeskow wieder war dem Bürger (1348) nur erlaubt, Schweinefleisch zu verkaufen (in grossen Stücken, über einen Schilling wert), wenn ihm vorher ein Schwein erstickt war ⁸⁾. In den Bezirken des Oberrheins schliesslich, wo im 16. Jahrhundert eine arge Fleischteuerung herrschte, war seit 1555 allen

1) Strassburger Zunftordnungen p. 348.

2) Nürnberger Polizeiordnungen p. 200.

3) Striegauer Fleischerstatut a. a. O. p. 36.

4) Fleischerstatut von Frankfurt a. M. im »Codex Diplomaticus Moenofrancofurtanus« hsg. von Bö h m e r, Bd. I, p. 638.

5) Fleischerstatut von Wernigerode bei Meister a. a. O. p. 19.

6) Hirsch a. a. O. p. 309.

7) Weistum der Metzgerzunft zu Worms, mitgeteilt in der Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins, Bd. XV, p. 286 f.

8) Beeskower Fleischerstatut, Riedel, Cod. Dipl. Brand., Abt. A, Bd. 20, p. 348.

Einwohnern erlaubt, ihr Fleisch en détail zu verkaufen, wenn die Fleischer keinen passenden Preis boten ¹⁾.

Wie gut das Mittelalter begriff, dass der Kauf von Fleisch bei den Bürgern günstiger für den Konsumenten sei als bei den zünftigen Fleischern, zeigen die folgenden beiden Beispiele. In Glatz ist im 14. Jahrhundert der Fleischverkauf der Bürger aufs äusserste eingeschränkt; aber: Rittern und Knechten im Dienste des kaiserlichen Stadthauptmanns darf jeder Bürger Schweineseiten ad libitum in der Stadt verkaufen ²⁾. Und ähnlich ist in Danzig-(Altstadt) im 15. Jahrhundert alles, was sich auf die Versorgung der Ordensburg bezieht, vom Gewerbemonopol der Fleischer eximiert ³⁾. Diese Ausnahmen konnten nur die Absicht haben, diese Leute in der Fleischversorgung zu bevorzugen, indem man sie möglichst unabhängig von der Zunft stellte.

Auf welche Weise geschah nun der Verkauf durch die nicht-zünftigen Elemente? Einige Beispiele haben wir vorhin kennen gelernt: in Strassburg waren den Bäckern eigene Fleischbänke eingeräumt, in Striegau verkauften die Bürger in ihren eigenen Häusern. In andern Städten sind wieder andere Arten vorgesehen. In Augsburg verkauft — laut Stadtrecht (1276) — der Metzger das Fleisch vom Hauschlachte ⁴⁾. Ebenso in Esslingen (1371), wo obrigkeitlich eine Taxe für diese Dienste der Fleischer festgestellt war ⁵⁾. Ebenso in Strassburg (1435) ⁶⁾.

In Nürnberg (13. oder 14. Jahrhundert) muss der Bürger,

1) Hanauer a. a. O. T. II. p. 177.

2) Verordnung des Hauptmanns von Glatz (1354), Cod. dipl. Sil., Bd. VIII, p. 43.

3) Hirsch a. a. O. p. 309.

4) Stadtrecht von Augsburg a. a. O. CXXI, p. 200.

5) Ordnung der Fleischbänke in Esslingen, mitgeteilt bei Berlepsch a. a. O. p. 54.

6) Strassburger Metzgerordnung a. a. O. p. 348.

der selber Fleisch verkaufen will, eine eigene Bank auf dem Fleischmarkt haben ¹⁾. In Obernay (Elsass) endlich gab es ein spezielles Fleischgeschäft zum Detailverkauf des von Nicht-Fleischern gelieferten Fleisches. Dieses Geschäft war zuerst »an der schuoster stuob«, dann seit 1460 im »grem-husel« (Kramhause?) etabliert. Der Pächter dieser Bank erhielt von dem Lieferanten des Fleisches die nötigen Lebensmittel (soll wohl heissen: Unterhaltskosten für den Tag des Verkaufs) und eine Kommissionsgebühr von 5 Prozent für das verkaufte Fleisch. Er zahlte seinerseits der Stadt eine Pacht von 5 Schillingen pro Vierteljahr ²⁾.

Eine besondere Art von Konkurrenz wurde in manchen Städten den Fleischern durch nicht-zünftige Metzger ausserhalb der Städte gemacht. Die deutsche Stadt hat ja im Mittelalter in der Regel an dem Prinzip des Zunftzwanges festgehalten und es nur ungern durch Einsetzung von Freischlächtern durchbrochen. Sogar der ländliche Gewerbebetrieb findet sich oftmals von altersher zu Gunsten der Städte beschränkt. Vor allem wird die Bannmeile als Absatzgebiet ausschliesslich für die Zunft in Anspruch genommen, indem dort die Niederlassung von Gewerbetreibenden verboten wird und ebenso der Verkauf durch nicht-zünftige Handwerker. Man vergleiche die Verordnung von Trachenberg an der Bartsch (1253), »ut nulla taberna infra miliare a civitate ponatur seu fabri vel. . . . venditores carnum ibidem in districtu ponantur«. Leobschütz befiehlt (1270): »ut infra miliare circa Lobsiz nullus audeat . . . aliquod manuale officium exercere« ³⁾. In Mainz wird (1432) die Bannmeile einfach ganz ebenso wie das Stadtgebiet behandelt; niemand, der nicht zünftig ist, darf

1) Nürnberger Polizeiordnung a. a. O. p. 200.

2) Nach dem Stadtbuch von Obernay mitgeteilt von Hanauer a. a. O. T. II, p. 177.

3) Stieda, »Zur Entstehung des deutschen Zunftwesens«, p. 109. — Aehnlich in Striegau (1352). S. Cod. Dipl. Sil. Bd. VIII, p. 38.

dort Fleisch en détail verkaufen, aller Verkauf, auch für das Bedürfnis der Bannmeile, findet ausschliesslich statt, »*under den zweyen scharren, oben oder nydden, als sie von alter her gewest sin unde noch hute zu tage sin*«¹⁾.

Es scheint indessen nicht in allen Städten so gehalten worden zu sein; denn es siedelten sich auf dem Lande unmittelbar an der Bannmeile Schlächter an, denen aus irgend einem Grunde die Mitgliedschaft zur städtischen Zunft nicht zugänglich war, und versorgten die Stadt regelmässig an gewissen Markttagen mit Fleisch. So konnte es dahin kommen, dass die Stadt sich auf diese Marktzufuhr durch nicht-zünftige Elemente genau ebenso verliess, wie auf jene durch die Zunftgenossen und aus Gründen der Teuerungspolizei jene vor diesen schützte und sogar ihre Rechte erweiterte. Interessant ist es, diese Entwicklung in Leipzig zu verfolgen, wo das Gewerbe der Landfleischer zu ganz besonderer Blüte gelangt zu sein scheint.

Dort fanden in der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts Jahre hindurch Streitigkeiten zwischen den zünftigen Fleischern und den »*lantfleisschauwern, die man lesterer nennet*« statt (»*lesterer*« kommt vermutlich von *lestern* = zerreißen; es handelt sich wohl um einen — wahrscheinlich vom Konkurrenzneide der Fleischerersonnenen — Spitznamen der Landfleischer, der anzeigen soll, dass diese die geschlachteten Tiere nicht nach dem zünftigen Brauche zu zerlegen im stande sind. Denn der Landfleischer, der zur Meisterprüfung nicht zugelassen worden, hat ja nicht wie der städtische das amtliche Testat, dass er »*beyl unde messer zcu seinem hantwerge furen kan*«, um mit einem Leipziger Fleischerstatut zu reden²⁾). Der Rat

1) Mainzer Fleischerstatut, abgedruckt in den »Quartalblättern des historischen Vereins für das Grossherzogtum Hessen«, Jahrgang 1882, p. 21.

2) Leipziger Fleischerstatut (1466), Urkundenbuch der Stadt Leipzig, Cod. Dipl. Sax. reg. Abt. 2, Bd. VIII, p. 334.

suchte nun diese Zwistigkeiten beizulegen, indem er (1462) die Befugnisse der »lesterer« klar und bestimmt festsetzte. Zu diesem Zwecke liess er sich das bisherige Gewohnheitsrecht der *lesterer* durch die zünftigen Fleischer aufzeichnen, übernahm aber deren Satzungen nicht ohne weiteres, sondern bestätigte alle bisherigen Rechte der *lesterer* und verfügte ausserdem eine Reihe von Abänderungen, welche — und das ist charakteristisch — sämtlich eine Erweiterung der Rechte der *lesterer* bedeuteten. Die *lesterer* durften bisher an zwei Markttagen wöchentlich, und während des Jahrmarkts alle Tage, Vieh schlachten und Fleisch verkaufen. Der Rat fügt die Bestimmung hinzu: »*wanne esz geschege, das ein grosz heilig tag vff einen marckt tag gefyll, das man keinen marckt vnde kauff den tag haben kan noch sal, noch satczungen der kerchen, so mogen die lesterer desz tages zcuuor hirinne offfinbar fleisch feile haben*«. Vieh haben die *lesterer* zuvor in der Stadt nicht kaufen dürfen, aber dem Rate »*duncket sollichs nicht billich noch nuczlich, sunder vehln (vielen) andern vnde darczu der gemeyne mehr schedelich sin*«. Deshalb wird den *lesterern* jetzt gestattet, Vieh auch in Leipzig zu kaufen, doch müssen sie dessen Fleisch auch in Leipzig auf den Markt bringen. Ferner wurde eine Abgabe, welche die Fleischer den *lesterern* abforderten — fünfzehn Groschen, die angeblich jeder zahlen musste, der Würste, »*gense*« u. dgl. an einer bestimmten Stelle, »*vor dem Loche*« genannt, feil hielt — vom Rate aufgehoben, obwohl die schlaun Metzger in ihrer Eingabe die Summe als zu einem religiösen Zwecke — »*zcu irin kertzen*« — erhoben darstellten. Auch noch andere Beschränkungen des Gewerbebetriebs der *lesterer* fielen: so das Verbot des Verkaufs von Kopf, Geschling und anderem »*kleinott*« (»*cley-nat, also sie esz nennen, also worste, kaldunen* [Eingeweide], *kalbeszheubte, lammeszheubte vnde dess glichin*«, wie es in

einer Urkunde von 1442 heisst ¹⁾ und das chikanöse Verbot, halbe Köpfe und Klauen ohne daranhängendes Fleisch im Werte von mindestens einem halben Groschen zu verkaufen. Immerhin blieben noch genug Beschränkungen übrig. Einmal dürfen die *lesterer* von Walpurgis bis Michaelis nicht länger handeln als bis »*der seiger zcwellffe sletth*«. Dann dürfen sie Rind-, Schweine- und Bockfleisch nur in grösseren Stücken verkaufen, jedes mindestens einen halben Groschen wert; nur Schweinebraten »*mogen sie zcu stechen vnde zcuteilen noch irim willen ane wandel* (ohne Busse).« Kalb- und Schöpsenfleisch dürfen sie nur in Vierteln verkaufen, Lammsschlegel nur in ganzen Stücken; doch wird letzteres Gebot jetzt vom Rate gefällig dahin interpretiert, dass »*wenne zcwene einen lamszbuch gekauft haben, den mogen on* (ihnen) *die lesterer zcuryssen* (zerreissen, d. h. teilen) *vnde zcuteilen ane wandel*«. Selbstverständlich ist das Gebot, nur Fleisch von gesundem und gutem Vieh zum Verkaufe zu stellen. Sonst wird das Fleisch konfisziert und ins Spital gesandt. Die zünftigen Fleischer, in deren Händen die Fleischbeschau lag, hatten hier eine furchtbare Waffe gegen die ihnen unbequemen Konkurrenten; und vermutlich wird es diesen wenig genützt haben, dass der Rat den Fleischern warnend zurief: »*domit* (sc. mit der Konfiskation) *sollen doch die fleischhauwer nicht sere ilen, ap ein lesterer eine gute entschuldigung hette*« ²⁾.

Die Fleischerzunft beruhigte sich bei dieser Ratsentscheidung nicht. Sie reichte zwei Jahre später, 1464, eine mit höchstem Raffinement abgefasste Eingabe beim Rate gegen die Konkurrenz der *lesterer* ein. Eingangs derselben wird hervorgehoben, dass die Bauern, welche *lesterer* heissen, nie das Handwerk gelernt haben und daher auch gar nicht das Vieh ordentlich schlachten können »*vnde — jetzt kommt*

1) »Urkundenbuch der Stadt Leipzig«, p. 161

2) Leipziger Fleischerstatut, Urk.-B. d. St. Leipzig, p. 277—79.

eine köstliche Kundgebung zünftlerischer Profitwut unter der Maske christlicher Nächstenliebe — *sich doch ouch nicht daruff verstehen, ap (ob) is tuechtig adir vntuechtig, beynbruechig adir wolffbeysig sey adir nicht, . . . — denne groze sorge darbey ist, also uwer (euer) ersame weiszheit vnde eyn yderman wol mercken kan, das manch mensche mochte essen, das her des todis mueste syn*«. Indes will die ehrsame Metzgerzunft auf diesen Punkt nicht genauer eingehen, weil es dem Rat »*verdriszlich were czu lesen vnd ouch nicht not ist*«. Und so glauben die Meister die »ehrsamen, weisen, lieben Herren« vom Rate bitten zu können, den *lesterern* wie allen Auswärtigen und solchen, die das Handwerk nicht gelernt, den Fleischverkauf in Leipzig zu verbieten. Sonst — fahren die Fleischer fort — müssten sie verderben, weil sie wegen der *lesterer* auf dem Lande nur noch sehr schwer und teuer Vieh zu kaufen bekämen; und auch die Gemeinde würde schlimm dabei fahren, weil, wer teuer kaufe, auch teuer verkaufen müsse. Sie dürften überdies schon deshalb auf Begünstigung hoffen, weil die Fremden nach geschehenem Markte hinausziehen, während die zünftigen Fleischer »*gut vnd boesze alleczit gedencken hynne czu leiden*«. Schliesslich erklären sie sich zufrieden, wenn einmal nur ein Versuch gemacht würde, der Zunft allein die Fleischversorgung der Stadt zu überlassen.

Diesmal war die Petition der Zunft von Erfolg gekrönt. Der Rat beschliesst bis auf weiteres, alle Nichtzünftigen vom Fleischverkaufe in Leipzig auszuschliessen. Bewährt sich die Massregel, so soll sie weiter in Kraft bleiben; wo nicht, soll sie zurückgezogen werden, und dann »*sollin die fleischhower solliche bethe nymmer mehir an den rath gelangen lassen*«¹⁾. So wird thatsächlich der Versuch gemacht, ohne *lesterer* auszukommen. Aber er muss sehr

1) »Urkundenbuch der Stadt Leipzig«, p. 300 — 302.

zu Ungunsten der Zunft ausgefallen sein; denn aus einer uns erhaltenen Urkunde vom J. 1466 ist ersichtlich, dass schon binnen zwei Jahren die Rückberufung der *lesterer* stattgefunden hatte ¹⁾. Wahrlich, eine für den monopolistischen Zunftgeist und die städtische Teuerungspolitik höchst bezeichnende Episode!

VIII.

Massregeln über Vieh-Export und Vieh- und Fleisch-Import.

Bei der Fleischnot im Mittelalter lag es nahe, darauf zu halten, dass wenigstens das Vieh, welches einmal in der Stadt war, nicht wieder herausgelassen wurde. Entsprechende Bestimmungen finden sich thatsächlich reichlich in süddeutschen Städten.

Ursprünglich — schon vor aller Fleischnot — hatte es geheissen: das Vieh, das auf die Gemeinweide gegangen, dürfe nicht nach auswärts verkauft werden. So schon in Bamberg im 14. Jahrhundert ²⁾, in Ulm 1414, wo zum Export-Verbote genügte, dass Schafe und Hämmel 14 Tage auf die Gemeinweide gegangen waren ³⁾; und ähnlich in Baden-Baden ⁴⁾ ⁵⁾. Weiter geht schon die Ulmer

1) A. a. O. p. 338.

2) Berlepsch a. a. O. p. 29.

3) Jäger a. a. O. p. 628.

4) Gothein a. a. O. 513.

5) Wenn G. v. Below's Theorie, dass die Stadtgemeinde aus der Dorfgemeinde sich entwickelt hat (s. »Entstehung der deutschen Stadtgemeinde«), zutrifft, so knüpft auch in diesem Punkte jene an diese an: denn schon in der Dorfgemeinde »ist jede Ausfuhr von irgend einem Produkt, das direkt oder indirekt von der Allmende stammt, dem Einzelnen untersagt. . . Auf die gemeine Weide beliebig Vieh zu treiben, kann nur Rechtsens sein, wenn jeder für sich, nicht für Fremde, sein Vieh mäset«. (Schmoller in seinem »Jahrbuch«, Bd. VIII, 1884, p. 17 f.).

Metzgerordnung von 1423, der zufolge B ä c k e r die von ihnen gemästeten Schweine erst dann nach auswärts verkaufen dürfen, wenn die Metzger dem Bürgermeister bewiesen haben, dass Fleisch genug für die Stadt vorhanden sei ¹⁾. Den Leipziger Bäckern wird 1393 entsprechend anbefohlen: »*Ouch sal eyn iczlich becker nicht mer swin haldin, denn czwelfe, vnd wenn er dy gemest, so sal er dy swin unsz gnedigen herrn adir den burgern in der stadt vorkouffin vnd audirs nymande, vnd sal auch der nicht wegtriben*« ²⁾. In Freiburg i. B. war schon vorher 1332 — im allerersten Statut der Metzgerordnung — verboten worden, Vieh fortzutreiben, »*das har triftig ist*« ³⁾.

Bald begnügte man sich hiemit nicht, sondern ging soweit, den Export alles überhaupt einmal in das Stadtgebiet hineingetriebenen Viehes zu verbieten. So heisst es in Freiburg im Br. im J. 1332 und wird im Laufe der folgenden Jahrhunderte wiederholt eingeschärft: alles Vieh, das von den Metzgern hereingebracht wird oder, wenn von Fremden hereingetrieben, acht Tage in der Stadt bleibt, muss auch am Ort vermetzget werden ⁴⁾. In Strassburg — nicht nur in der Stadt, sondern auch im Bistum — dürfen (1435) Alle — Metzger, Bürger und Andere —, die Vieh kaufen und auf Merschatz ziehen, dasselbe nur in Strassburg zur Wage »verhauen« oder einem verkaufen, der dies zu thun verspricht. Eine Ausnahme macht nur »bresthaftes« Vieh, das nicht ins städtische Schlachthaus kommen, sondern nur nach aus-

1) J ä g e r a. a. O. p. 630.

2) Verordnung der Markgrafen von Meissen, »Urkundenbuch der Stadt Leipzig«, Cod. Dipl. Sax. reg. Bd. VIII, p. 61 f.

3) Freiburger Metzgerordnung, ungedruckte Urkunde (Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, Nr. 8). — Das Verbot später öfters wiederholt. S. z. B. das von Hartfelder abgedruckte Freiburger Metzgerstatut a. a. O. Bd. IV, p. 462.

4) Freiburger Metzgerordnung von 1332 und die Hartfelder'schen Statuten vom 15. Jahrhundert a. a. O. p. 462 und 467.

wärts verkauft werden darf ¹⁾. In Nürnberg gebietet sogar schon im 14. Jahrhundert der Rat: Kein Vieh darf nach aussen verkauft werden, das innerhalb der Stadt gemästet ist; ebensowenig Vieh, das innerhalb zehn Meilen im Umkreise der Stadt gekauft ist, noch Vieh, das zwar ausserhalb dieses Rayons gekauft, aber einmal in denselben hineingetrieben worden ist. Nur krankes Vieh macht wieder die übliche Ausnahme ²⁾.

Der Verhinderung des Exports musste eine Begünstigung des Imports entsprechen. Allerdings: Frisches geschlachtetes Fleisch durfte — ausser zum Freimarkt — nicht in die Stadt importiert werden, da sonst das Gewerbsprivileg der Zunft fast wertlos geworden wäre ³⁾. Dagegen durfte im Süden und Westen Deutschlands der Einwohner seinen Hausbedarf an Fleisch vermutlich von aussen her beziehen, vorausgesetzt, dass der fremde Metzger das Fleisch nicht selber hereinbrachte; dies war z. B. der Zustand in Frankfurt am Main (1423) ⁴⁾.

In einer Reihe von Städten haben die Fremden indessen, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, sogar das Recht zum Import. So dürfen in Goslar die Fremden Fleisch bis Mittags verkaufen ⁵⁾. In Lübeck (1385) können die Gäste Lammfleisch zwischen Ostern und Pfingsten, gutes Rind- und Schaffleisch von St. Lambertstag bis St. Katharinentag (17. September bis 25. November) verkaufen; doch dürfen sie das Rind nur in Vierteln verkaufen und das Schaf in »*buken*« oder beides auch in grösseren Stücken.

1) Strassburger Ratsverordnung a. a. O. p. 347.

2) Nürnberger Polizeiordnungen a. a. O. p. 232.

3) Striegauer Fleischerstatut (1352), Cod. Dipl. Sil. Bd. VIII, p. 37. — Verordnung in Glatz (1364), ebenda, p. 43. — Lüneburger Ratsverordnung (1586) a. a. O. p. 128.

4) K r i e g k, »Frankf. Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter« p. 379.

5) Goslarer Statut (ca. 1300), mitgeteilt bei S t i e d a, »Entstehung des Zunftwesens«, p. 69.

Aber — abgesehen von einer kleinen Abgabe der Gäste an die Stadt — ist der Import noch durch die Bestimmung erschwert, dass die Gäste unverkauftes Fleisch nicht am nächsten Tage wieder zum Verkauf stellen dürfen ¹⁾. In Worms (1348) darf zwischen Ostern und Pfingsten Jedermann Fleisch von Lämmern, Kälbern und Ziegen feilhalten; doch muss auch hier Jeder, der hereinfährt und Fleisch verkauft, eine kleine Abgabe an den Dompropst zahlen (nämlich den zweitbesten Vorderschenkel eines Lammes oder einer Gais: »*den besten lammesbuch oder geissenbuch ane eynen*«) ²⁾. In Augsburg wiederum darf, laut Stadtrecht, von Herbst bis Fastnacht ein Fleischverkauf durch fremde Metzger, unter bestimmten Einschränkungen, erfolgen ³⁾.

Die Gründe, weshalb gerade in den angegebenen Zeiten ein Import gestattet war, sind vermutlich diese. In der Herbstzeit pflegten im Mittelalter die Leute massenhaft Fleisch zu räuchern für den Konsum im Winter; und entsprechend heisst es ausdrücklich im Augsburger Stadtrecht an der citierten Stelle: »*swenne der herbst chvmt, daz die lute ir hus berihten suln mit fleische*«. Die Zeit von Ostern bis Pfingsten wiederum war die Zeit, in der damals wegen der zahlreichen freudigen Festtage recht viel Fleisch gegessen wurde. Deshalb sollte durch möglichst starken Import in dieser Zeit der Fleischpreis möglichst erniedrigt werden, und auf alle Fälle hinreichende Quantitäten vorhanden sein.

Freilich hatte die Metzgerzunft gerade diesem Import gegenüber eine scharfe Waffe in der aus sanitätspolizeilichen Gründen geübten Fleischschau. Da an dieser immer auch mehrere einheimische Meister teilnahmen, so war hier leicht eine Handhabe zu Chikanen und zur eventuellen Beschlag-

1) Lübecker Fleischerstatut, Lübeckische Zunftrollen a. a. O. p. 261.

2) Weistum der Metzgerzunft zu Worms, M o n e ' s »Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins«, Bd. XV, p. 286 f.

3) Augsburger Stadtrecht a. a. O. Art. CXX, § 1, p. 198.

nahme des für »*arcwaenik*« erklärten Fleisches gegeben. Ganz besonders auffällig ist die ausdrückliche Versicherung der Frankfurter Metzgerzunft, in deren Händen ausschliesslich die Inspektion über die Brauchbarkeit importierten Fleisches ruht, dass die Zunft hier nicht ihren eigenen Nutzen, sondern nur das Wohl der Gemeinde im Auge habe. »*Auch sal — heisst es im Frankfurter Metzgerstatut (1355) — kein gast kein dur ryntfleysschs noch kein dur hemelflysschs sal veyle han, um daz wir nicht enwizzen, ob ez schelmys sij adir nicht; wan wizset, libin herren und libin frunde (sc. Ratsherren und Schöffen der Stadt), daz wir ez nicht endun umb unsern nutz, wen wir besorgen eynes gemeynen landes not da mydde von des vorgeanten fleyssches wegen*«¹⁾. —

Der Import von Vieh scheint — abgesehen von den üblichen Zöllen — nirgendwo irgendwelchen Schwierigkeiten begegnet zu sein; wenigstens habe ich keinerlei Spuren von solchen entdecken können. Wohl aber findet im 16. Jahrhundert ein regelmässiger massenhafter Import von Vieh, namentlich aus Ungarn, Polen und Dänemark — nach Süddeutschland ausserdem speziell auch noch aus Böhmen und der Schweiz — statt, und stellenweise lässt sich sogar eine direkte obrigkeitliche Begünstigung konstatieren. Schmol-ler hat in seiner bereits angeführten Abhandlung über die historische Entwicklung des Fleischkonsums in Deutschland dafür Belege gesammelt.

So wurde in Nürnberg im 16. Jahrhundert ein sog. »Mastochsen-Bezahlungs-Amt« eingerichtet d. h. eine öffentliche Kasse, welche den Fleischern Vorschüsse zum Kaufe von Vieh machte. Die württembergische Metzgerordnung von 1554 machte den Metzgern des Landes allerorten zur

1) Metzgerstatut von Frankfurt a. M., B ö h m e r, Cod. Dipl. Moenofrancofurtanus, Bd. I, p. 638.

Pflicht, zur Beratung darüber zusammenzutreten, wie Vieh in das Herzogtum gebracht werden könne ¹⁾.

Der thatsächlich stattfindende Import von Vieh war ausserordentlich gross, trotz der hohen Transportkosten, der aus fiskalischen Rücksichten oft recht hohen (Aus- und Einfuhr-) Zölle und der politischen Störungen. So kostete der Transport von Ochsen aus Russland (mir scheint allerdings »Reussen« gemeint zu sein) bis ins Kurfürstentum Sachsen bei 615 Stück Vieh pro Paar 5—6 Gulden (die Ochsen selber wurden das Paar zu 10—16 Gulden eingekauft; also bedeuteten die Transportkosten einen Aufschlag von fast 50 Prozent!). Die Zufuhr eines Ochsen von Polen bis Freiburg i. Br. kostete (mit den Zöllen) 1534 durchschnittlich über dritthalb heutige Thaler ²⁾. Die bayrischen Kreisstände klagen 1533: jedes Paar Ochsen verursache jetzt von Ofen bis Wien um 6 Gulden mehr Unkosten als vier Jahre zuvor. Und was die politischen Störungen betrifft, so wissen wir, dass Tausende von Ochsen oft wochenlang an der österreichisch-ungarischen Grenze liegen bleiben mussten ³⁾. Wenn nun trotz alledem ein so bedeutender Import stattgefunden hat, so ersieht man hieraus am deutlichsten die überaus hohen Fleischpreise und den Fleischmangel jener Zeit. Ueber diesen Import selber können wir, nach Schmollers Untersuchungen, die folgenden Angaben machen. Es fand — zur Zeit des Kurfürsten August von Sachsen — ein fast ununterbrochenes Zuströmen von Schlachtviehherden aus Polen und seinen Nachbarländern durch Sachsen und Brandenburg in das westliche und südliche Deutschland statt. Der grösste Viehmarkt in Mitteldeutsch-

1) S c h m o l l e r, »Die historische Entwicklung des Fleischkonsums in Deutschland« in der Tübinger »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft«, Bd. 27 (Jahrg. 1871), p. 358.

2) S c h m o l l e r a. a. O. p. 331 und 332.

3) S c h m o l l e r a. a. O. p. 361.

land war während des 16. Jahrhunderts der jährlich dreimal in Buttstedt stattfindende Markt. Neben den Käufern und Verkäufern aus Thüringen und den umliegenden Ländern, aus Franken und der Rheingegend kamen Viehhändler aus Polen, Pommern und Brandenburg mit ungeheuren Herden von Ochsen, so dass oft 16-, auch 20 000 Stück zu Markte getrieben wurden. Ausser dem Rindvieh kamen aber auch Schafe und Schweine in grosser Menge zum Verkauf ¹⁾. — Speziell die Versorgung von Sachsen mit Schweinen beruhte wesentlich auf Zufuhr. So liess auch der kurfürstliche Hof die mageren Schweine in Herden bis über 1000 Stück aus Böhmen, Polen und Schlesien kommen, verkaufte sie dann nach der Eich- oder Buchmast als Ecker-schweine oder liess sie auf den Amtsmühlen für die Hofhaltung mästen ²⁾.

Andere Daten, die das Resultat der Schmoller'schen Untersuchungen bestätigen, hat Roscher gesammelt. Er giebt die Zahl der Ochsen, die jährlich aus Ungarn nach Deutschland getrieben wurden, auf 80 000 an ³⁾.

IX.

Massregeln über Viehkauf und Viehhandel.

Die Frage, inwieweit im Mittelalter die Metzger selber zugleich Viehhändler gewesen sind, hat noch keine allseitig ausreichende Beantwortung gefunden. Doch ist für Danzig von Theodor Hirsch ein besonderer Stand der Viehhändler festgestellt worden. Dieser Stand wird durch die sog. »Geiseler« repräsentiert, welche Schlachtvieh auf dem

1) Schmoller a. a. O. p. 360.

2) Schmoller a. a. O. p. 333.

3) Roscher, »Nationalökonomik des Ackerbaues«, Kap. »Viehzucht«, p. 596.

Lande zum Zweck des Wiederverkaufs — wie ich vermuten muss, vornehmlich an die Bürger Danzigs — einkauften. Ihr Gewerbebetrieb wurde natürlich von den Fleischern scheel angesehen ¹⁾. Neuerdings hat dann Gothein für Freiburg i. Br. und für Baden-Baden festgestellt, dass grade die städtischen Metzger sich vorzugsweise auch mit Viehhandel beschäftigt haben ²⁾. Da die oberrheinischen Städte — führt Gothein aus — auf erhebliche Zufuhren von Lebensmitteln angewiesen waren, hatte der Viehhandel für sie die grösste Bedeutung und wurde auch faktisch entschieden begünstigt; die Zollsätze, denen das Vieh unterlag — auch die Transitzölle —, waren mässig, und dem freien Viehhandel wurde überhaupt bis ins 14. Jahrhundert hinein kaum etwas in den Weg gelegt ³⁾.

Auch die erste Freiburger Metzgerordnung vom Jahre 1332, welche von den Kommunalorganen ohne Zuziehung der Zunft aufgestellt wurde, verfügte nur einige geringe Einschränkungen des Viehhandels durch Erschwerung der Ausfuhr. Gleich der erste Artikel verbot nemlich, wie schon oben angeführt, die Ausfuhr von Vieh, »*das har triftig ist*« und der zweite bestimmte: »*zwas ouch froemder lute vihes har tribant vnd das aht tage hie hebbet, das sol ouch dannan hin hie beliben*« ⁴⁾.

Ueber eine besondere Art des Viehhandels der Freiburger Metzger gibt ein Ratsdekret vom Jahr 1347 Aufschluss. Sie hatten einen Teil desjenigen Viehes, welches für den Handel bestimmt war, »in den Thälern oder auf dem Walde, also im Gebirge verstellt, und hielten Gemeinschaft mit den Bauern. Der Rat bestimmte 1347, dass der

1) Hirsch, »Handels- und Gewerbsgeschichte Danzigs«, p. 309.

2) Gothein: »Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes«, Bd. I, p. 476 und 513.

3) Gothein a. a. O. p. 476.

4) Freiburger Ratsv., ungedruckte Urkunde im Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, No. 8.

Metzger ohne Einwilligung und Vorwissen seines Mitgemeinders das Vieh verkaufen dürfe, den Gewinn aber gleich teilen müsse« ¹⁾).

Im selben Jahre (1347) wird zum erstenmale vom Freiburger Rat der Betriebsumfang der einzelnen Unternehmung (in der Branche des Viehhandels) eingeschränkt »*durch vnser stette zu Friburg notdurft vnd nutz*«: kein Metzger oder sonst ein Unterthan der Stadt darf mehr als dreissig Joch Wiesen kaufen oder pachten, auch nicht mehr Heu oder Futter auf irgend eine Weise an sich bringen, als auf dreissig Joch wächst. Die Einschränkung war keine grosse, zumal sie weder die Viehverstellung, noch die Viehzucht auf der Allmende traf ²⁾. Und 1361 wurde diese Einschränkung sogar noch dahin modifiziert, dass sie nur für einen Umkreis von zwei Meilen um die Stadt gelte ³⁾.

Dieser Zustand bestand im Wesentlichen bis zum Anfange des 16. Jahrhunderts; nur scheint sich immer mehr der Viehhandel vom eigentlichen Metzgergewerbe losgelöst zu haben. Damals suchte die rücksichtslos zugreifende Teuerungspolitik des oberrheinischen Bundes diesem Viehhandel den Garaus zu machen, indem sie streng und wiederholt jeden Ankauf von Vieh zum Zweck des Wiederverkaufs verbot; ausschliesslich der Bürgersmann, der selber das Vieh in seiner Wirtschaft brauchen wollte, oder der Fleischer, der es »*zu feylem banck verhawen*« wollte, sollten Vieh kaufen dürfen.

Weiterhin führte die drückende Fleischnot in diesen oberrheinischen Bezirken selbst zum Bruche mit dem allgemeinen Wirtschaftsprinzipie jener Zeit, welches zugunsten der einzelnen Kleingewerbtreibenden den

1) Gothein a. a. O. Bd. I, p. 477.

2) Freiburger Ratsv., ungedruckte Urkunde im Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, No. 16.

3) Gothein a. a. O. p. 477.

Grossbetrieb durch Kompagniegeschäft teils verpönte, teils mindestens sehr einschränkte. So gestattete z. B. in der Stadt Baden die neue Ordnung von 1518 den Metzgern, sich für den Einkauf von Vieh untereinander oder mit stillen Gesellschaftern zu assoziieren, mit dem Bemerken: man hoffe auf diese Weise eine gute Fleischversorgung der Stadt herbeizuführen: »*Ob auch eim oder mer Mezgern*« — heisst es wörtlich — *gelieben wollt, mit eim guten Fründt, Bürger oder Inwoner zu Baden, so des Handwerks nit were, Gemeinschaft zu haben, das soll, damit der Gemein zu Baden mit gutem Fleisch desto stattlicher Fürsorgung beschehe, keinem Mezger verboten sein*«¹⁾. Bezeichnend ist, dass dieses Kompagniegeschäft nur für den Einkauf galt; »hätte man es auch auf den Verkauf ausgedehnt, so würde man gefürchtet haben, den Metzgern eine zu grosse Macht über das Publikum einzuräumen²⁾.

Auf der andern Seite sollen monopolistische Bestrebungen einzelner Metzger beim Vieheinkaufe nicht geduldet werden. Und so finden wir, ebenfalls am Oberrhein, nämlich in Strassburg, die Bestimmung (1435), dass ein Metzger, der einen Viehkauf gemacht hat, seine Gewerbsgenossen auf Verlangen bis zur Hälfte daran beteiligen muss³⁾. In Esslingen kommt der gleiche Grundgedanke in der Vorschrift zum Ausdruck, dass, wenn ein grosser Viehtransport in die Stadt käme, der gesamten Zunft Anzeige davon gemacht und zunächst ein gemeinschaftlicher Kauf versucht werden sollte⁴⁾.

Bei den Viehkäufen der Fleischer hatte sich im Mittelalter — wie ja auch später in der Neuzeit — der Uebelstand herausgestellt, dass die Fleischer den Fremden, denen

1) Abgedruckt bei Gothein a. a. O. Bd. I, p. 512.

2) A. a. O. p. 513.

3) Strassburger Ratsverordnung a. a. O. p. 346.

4) Berlepsch a. a. O. p. 27.

0 sie Vieh abgekauft hatten, die Kaufsumme nicht rechtzeitig bezahlten. Die Eintreibung der Summen stiess in jenen Zeiten auf Schwierigkeiten, und hatte schliesslich die Folge, dass fremde Viehhändler seltener kamen. Um diesen notwendigen Import zu schützen, wird für den Viehkauf eine besondere vermittelnde Instanz geschaffen, welche gegen Metzger, die in solchen Zahlungen säumig sind, eine schleunige Execution ermöglichen soll. Ganz besonders klar geht dieser Hergang und die daran anknüpfende Argumentation aus einer Nürnberger Ratsordnung vom Jahre 1497 hervor. Hier heisst es: verschiedene auswärtige Viehhändler hätten dem Rate geklagt, dass die Nürnberger Fleischer das Vieh »zu gesetzten fristen nicht betzalt, sonnder von inen geuerlicher weise domit verzogen, auffgehalten, und zu vil mühe, cost und scheden pracht werden, das dann nit allein gemeinem hantwerck ein poess gerüchte, sonnder auch gemeiner stat einichen solichen schaden bringet, das deshalb destminder vihes zu der stat getrieben wirdet«. Um solchem Uebelstande in Zukunft vorzubeugen, verfügt der Rat: Gäste, die in die Stadt Vieh zum Verkaufe bringen, sollen es durch Vermittlung der vereideten Makler (»unterkeuffel«) verhandeln. Auf Begehren der Parteien sind vom Makler die Kaufbedingungen schriftlich aufzuzeichnen. Und wenn nachher Streit zwischen den Parteien entsteht oder die Kaufbedingungen nicht innegehalten werden, so soll gemäss den Angaben des Maklers vom Rate dem Gast zu seinem Rechte »mit furderlicher unverzogner hilff und execution verholffen werden« ¹⁾. Eine ähnliche Einrichtung wird 1518 in Baden getroffen ²⁾. — In andern Städten geht man noch energischer vor. So wird in Lübeck der Fleischer oder Bürger, der einem Fremden das abgekaufte Vieh nicht rechtzeitig bezahlt hat,

1) Nürnberger Ratsverordnung, Nürnberger Polizeiornungen. p. 238 f.

2) Gothein a. a. O. Bd. I, p. 513.

vom Rate aufgefordert, seine Schuld zu tilgen. Bleibt auch das fruchtlos, so wird der säumige Schuldner auf ein Jahr von seinem Gewerbe ausgeschlossen und ausserdem natürlich zur Bezahlung angehalten ¹⁾. Ebenso scharf endlich lauteten die Bestimmungen zu Freiburg i. Br., wo die Fleischteuerung sich mit am härtesten bemerklich machte und wo man daher vom Viehimport sehr abhängig war. Klagte hier ein Gast aus dem angegebenen Grunde, so musste der Metzger den Gewerbebetrieb solange einstellen, bis der Gläubiger befriedigt oder mit seiner Klage abgewiesen war ²⁾. —

War man so bestrebt, den Import zu fördern und zu sichern, so suchte man natürlich, gemäss den allgemeinen Prinzipien der Fleischteuerungspolitik, auch dahin zu wirken, dass alles Vieh, das in die Stadt importiert wurde, auf den Viehmarkt kam, damit sich auch der einfache Bürgersmann zu zivilem Preise mit Vieh versorgen könnte, und nicht bloss der Metzger und der Reiche, — ganz abgesehen davon, dass es eine Grundtendenz jener Zeit war, Kauf und Verkauf möglichst zu zentralisieren. Deshalb war der Vorkauf, hier wie stets bei Lebensmitteln und vielen andern marktgängigen Waren, verboten. Dadurch konnte man hoffen, zu verhindern, dass die betreffenden Waren von den gewerbmässigen Händlern aufgekauft und ihre Preise in die Höhe getrieben würden. Verordnungen dieser Art, die sich speziell auf das Fleisch beziehen, sind selbstverständlich schon früh nachweisbar. Ich zitiere als Beispiel die bezügliche Stelle aus den Breslauer »*constituciones carnificum*« vom Jahre 1300, die eine interessante Kennzeichnung gibt. »*Vorkofeler non debent emere porcos, vaccas, boues, oues, capras et alia animalia qualiacunque in uno loco et statim vendere immediate in alio loco iuxta*«. Ebensowenig sollen die »*Vorkofeler*«

1) Lübecker Fleischerstatut (1385), Lübeckische Zunftrollen, p. 266.

2) Freiburger Fleischerstatut (15. Jahrh.) a. a. O. Bd. IV, p. 484.

vor die Stadt laufen, um dort Vieh einzukaufen ¹⁾). Das Verbot des Vorkaufs, so allgemein es sich auch findet, hat doch nicht überall die gleiche strenge Fassung. Z. B. heisst es in Danzig: Kein Fleischer oder sein Knecht darf Vieh binnen einer Meile kaufen, »*das des marcktes begeret*« ²⁾). In Hamburg hiess es schon strenger: Kein Fleischer darf fettes Vieh, das nach Hamburg getrieben wird, auf dem Wege kaufen; ebensowenig darf er, um fettes Vieh zu kaufen, über die Ringmauer hinausgehen; und Vieh, das zu Schiff importiert wird, darf ebenfalls nur »*binnen deme bome*« (worunter wohl ein Schlagbaum zu verstehen ist), erstanden werden ³⁾). In Nürnberg hiess es kurz und bündig: Niemand, Fleischer, Bürger, Gast oder Jude darf Vieh innerhalb der Stadt oder ausserhalb derselben (d. h. wohl in den Grenzen der Bannmeile) kaufen, — ausser auf dem Viehmarkt ⁴⁾). Eine noch weiter greifende Auslegung fand der Vorkaufsparagraph in Lübeck, wo dem Fleischer der Kauf von Vieh verboten war: auf der Weide (»*dryft*«) zwischen Flensburg, Schleswig, Eckernförde und Kiel, — ausser auf dem »*rechten market*«; ebenso zwischen Plön, Neustadt, Neumünster, Oldenburg »*vnde bynnen landes, dar rechte markede sind*«; endlich auf der Weide zu Itzehoe, Meldorf und in Friesland (»*in den Vrezen*«). Aller Viehhandel sollte eben ausschliesslich auf die Orte mit Marktrecht konzentriert werden. Charakteristisch ist wieder die Strafe: zehn Mark Silbers — eine sehr hohe Summe — muss der Fleischermeister geben, der beim Vorkauf betroffen wird; der Knecht verfällt in eine Busse von drei Mark und wird zudem auf ein Jahr aus dem Gewerk gewiesen. Diese Urkunde

1) Breslauer Fleischerstatut, Cod. Dipl. Sil., Bd. VIII, p. 109.

2) Danziger Fleischerstatut (15. Jahrh.), abgedruckt als Beilage IV bei Hirsch a. a. O. p. 336.

3) Hamburger Fleischerstatut (1375), Hamburgische Zunftrollen, p. 139.

4) Nürnberger Ratsverordnung, (14. Jahrhundert und 1497), Nürnberger Polizeiordnungen, p. 201 und p. 235.

ist übrigens auch deshalb noch von Bedeutung, weil sie uns zeigt, wie tief ins Land hinein Viehhandel getrieben wurde, um Lübeck mit Fleisch zu versorgen¹⁾.

Ueber das Vorkaufsverbot hinaus scheute aber das gewerbepolizeiliche System jener Zeit auch nicht direkte Zurücksetzungen der gewerbsmäßigen Schlächter, um dem Bürgertum den Fleischgenuss möglichst billig zu sichern. Denn wir finden, dass in manchen Städten den Metzgern in gewissen Zeiten sogar jeder Viehkauf untersagt wird, es sei denn zum sofortigen Schlachten und Verkauf in der Fleischbank, damit das grosse Publikum ungehindert von ihrer Konkurrenz sich mit Vieh versorgen konnte. Solche Städte sind z. B. Freiburg i. Br., Freiburg in Uechtlande und Riga. In Freiburg i. Br. galt schon laut Stiftungsbrief von 1120 das Statut: »*ante festum beati Martini XIV noctes et post festum XIV noctes nullus carnifex bovem aut porcum emere teneatur [= praesumat], nisi in macello (Fleischbank) secare voluerit ad vendendum. Quod si transgreditur, jus civitatis infregit*«²⁾. Diese Bestimmung wird im Rechte der gleichen Stadt von 1275 wiederholt und ist, ihrem wesentlichen Inhalte nach, dann auch in die Handfeste von Freiburg im Uechtlande von 1249 übergegangen, nur dass hier das Verbot des Viehkaufs für die Metzger auf acht Tage vor und nach Martini beschränkt und ausserdem ausdrücklich hinzugesetzt ist: »*donec burgenses ad suum opus emerint*«³⁾. Eine ähnliche Bestimmung finden wir in Riga, wo das Schlachtvieh nur auf dem Markte verkauft werden durfte, dem Fleischer aber der Einkauf drei Wochen vor und nach

1) Lübecker Fleischerstatut (1385), Lübeckische Zunftrollen, p. 261 f.

2) Stiftungsbrief von Freiburg in Br. (1120), Art. 40, abgedruckt in den »Deutschen Stadtrechten des Mittelalters«, hrsg. von Gengler, Bd. II, p. 25.

3) Vgl. Stieda, »Entstehung des Zunftwesens«, p. 92.

Michaeli untersagt war, bis sich die Bürger versorgt hätten¹⁾.

Dass gerade für die angegebene Zeit solche Massregeln vorgesehen waren, dafür hat Stieda die folgende Hypothese aufgestellt. »Offenbar — sagt er — war in dieser Zeit eine grössere Auswahl von eingeführtem Vieh (vielleicht fand ein Viehmarkt statt), und man wollte durch die vorstehende Anordnung hindern, dass bei starken Ankäufen seitens der Metzger der Preis zu sehr in die Höhe getrieben würde«²⁾. In der That musste um Michaeli herum — wie auch heute noch — der grösste Viehumsatz stattfinden, denn Wiese, Feld und Wald hören auf, billiges Futter und bequeme Unterkunft zu geben, und es muss daher der Bauer alles Vieh, für das er nicht genug Winterfutter und ausreichende Ställe besitzt, abstossen; insbesondere auch einen grossen Teil des Nachwuchses, des Jungviehs. Andererseits herrscht um diese Zeit auch die grösste Nachfrage, weil hier der vorsichtige Hausvater seinen Winterbedarf zu decken sucht und die Vorratskammer mit frischem Pökelfleisch und Räucherfleisch, mit Schinken und allerlei Wurst füllt. Wenn man nun noch bedenkt, dass der Fleischkonsum im Mittelalter ausserordentlich stark war — wie oben dargelegt worden —, so ist es ganz natürlich, dass eine vorsorgliche Stadtobrigkeit, die beim Viehkauf dem Bürger ein Vorrecht vor dem Metzger geben wollte, gerade um Martini herum ihm besondere Vorteile zu sichern bestrebt sein musste. —

Eine fernere Zurücksetzung der Metzger beim Vieheinkaufe bestand in mancher Stadt darin, dass man ihnen auf den Viehmärkten erst, nachdem die Bürger ihren Einkauf beendet hatten, Zutritt verstattete.

1) Konstantin Mettig, »zur Geschichte der Riga'schen Gewerbe im 13. und 14. Jahrhundert«, p. 22.

2) Stieda a. a. O. p. 92.

So lautet z. B. eine Ratsverordnung zu Freiberg in Sachsen:
»Ist, daz vihe zu dem marcte kumit veile, iz sin oxsen oder
swin, da sullen die burger ee (früher) kaufen, den (als) die
vleischower (Fleischer), zu rechte. Wenn die marctzit ver-
geht, oder waz man abetribet uon dem marcte, so mugen
di vleischower kaufen ane uare (ohne böse Absicht)«¹⁾. —

Andere Bestimmungen zugunsten des Publikums ord-
neten an, dass der Fleischer den Bürger auf dem
Viehmarkte nicht überbieten dürfe, ja sogar,
dass er, wenn er selbst Vieh eingehandelt hatte, es, so-
lange es den Markt noch nicht verlassen, jedem beliebigen
Bürger auf sein Verlangen zum Einkaufspreis abtreten
müsse. Diese Bestimmungen kommen in dem mittelalter-
lichen Rechtssprichwort zum bezeichnenden Ausdruck,
welches bündig erklärt: »Wenn der Bürger kauft, soll der
Fleischhacker weitergehen«²⁾. So bestimmte schon das
Augsburger Stadtrecht (1276): Wenn der Herbst kommt,
wo die Bürger ihr Haus mit Fleisch versorgen wollen, da
darf der Bürger auf dem Viehmarkt, wo er Rinder oder
Schweine kaufen will, nicht durch einen Fleischer gestört
werden. Und wenn der Fleischer bereits Rind oder Schwein
gekauft hat, muss er es, solange es noch auf dem Markte
ist, um den Kaufpreis jedem Bürger, der es haben will, ab-
lassen. Und zwar gilt diese Ordnung für Rinder von Micha-
eli bis Weihnachten, für Schweine von Michaeli bis Fast-
nacht³⁾. Derselbe Brauch galt in Freiburg im Uechtlande
und in Schleswig⁴⁾.

Mit einigen Abänderungen finden sich endlich derartige

1) Aus dem Statutenbuch von Freiberg in Sachsen (ca. 1294) mitgeteilt
bei Berlepsch a. a. O. p. 26.

2) Holtze a. a. O. p. 94.

3) Augsburger Stadtrecht, Art. CXXI, a. a. O. p. 199.

4) Stieda a. a. O. p. 93.

Bestimmungen u. a. in Hamburg, Lübeck und Stettin ¹⁾. Doch ist hier der Metzger berechtigt, ein kleines, gesetzlich tarifiertes Abstandsgeld vom Bürger, der ihm seinen Kauf wegnimmt, zu verlangen. Andererseits gilt dieses Recht an den drei genannten Orten nicht bloss für beschränkte Zeit, sondern das ganze Jahr hindurch. —

Von allen diesen Massregeln auf dem Gebiete der Viehhandels-Politik ist natürlich die einschneidendste das bereits oben angegebene Verbot, Vieh zum Zwecke des Wiederverkaufs überhaupt zu kaufen, welches wir im Keime bereits in einer Nürnberger Ratsverordnung von 1497 finden. Da heisst es nemlich: Kein Fleischer darf Vieh innerhalb der Stadt und fünf Meilen Umkreis einem Bürger oder Gast verkaufen, der das Vieh nach auswärts bringen oder hier wieder verkaufen oder selbst nur zum Verkaufe schlachten will ²⁾.

X.

Regelung des Fleischverkaufs der Metzger.

Alle Zunftordnung sollte ökonomisch in der Hauptsache Zweierlei erfüllen: einmal dem Konsumenten gute und preiswerte Ware sichern und ferner dem Handwerk seinen »goldenen Boden«. Es sollten also nicht Einzelne durch Gründung genossenschaftlicher Grossunternehmungen die Existenz kleinerer Betriebe an der Wurzel angreifen. Zudem glaubte man damit in jener Zeit — und mit Recht — auch den K o n s u m e n t e n zu dienen. Bei der Abschliessung der einzelnen Städte gegen die Aussenwelt würde der Betrieb eines Ge-

1) Hamburger Fleischerstatut (1375), Hamburger Zunftrollen, p. 140. — Lübecker Fleischerstatut (1355), Lübecker Zunftrollen, p. 261. — Ueber die Stettiner Fleischerinnungen (1312—1551) s. B l ü m c k e a. a. O. p. 216.

2) Nürnberger Ratsv., Nürnberger Polizeiordnungen, p. 238.

werbes durch einige wenige Grossunternehmer in der That immer die Gefahr monopolistischer Ausbeutung des Publikums gehabt haben. An dieses Prinzip hielt man sich zunächst auch bei Regelung des Fleischergewerbes gebunden, und auf Grund desselben darf jeder Fleischer bloss einen Laden haben ¹⁾, wird in der Regel das Kompagniegeschäft, zumal zu mehr als zweien, verboten, wird manchmal geradezu ein Schlachtmaximum ausgesprochen und endlich das Fleischergewerbe gern in eine Reihe getrennter Arbeitsgebiete zerlegt. Nicht nur in dem Sinne, dass z. B. — wie in Hamburg konstatiert — zwischen Fleischverkäufern, ihren Schlächtern, den Schlächtern in den Häusern der Bürger und den Verkäufern von gekochtem Fleische unterschieden wird; sondern noch weiter dürfen in verschiedenen Städten die einzelnen Metzger nur einzelne Arten von Vieh schlachten. Hat z. B. in Ulm ein Fleischer zu Anfang des Jahres angemeldet, dass er Schweinemetzgerei treiben wolle, so darf er das ganze Jahr hindurch nicht den »Klein«-Metzgern Konkurrenz machen, welche bloss Kälber, Lämmer, Schafe und Ziegen schlachten ²⁾. In Esslingen ist es ebenfalls einem Meister versagt, in einer gegebenen Zeit mehr als eine Art Fleisch zu verkaufen ³⁾. In Strassburg wieder ist es im 15. Jahrhundert zwar jedem Fleischer, der Rindvieh schlachtet, gestattet, daneben auch Kleinvieh zu metzgen,

1) G. Adler, Art. »Fleischergewerbe« im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. IV, p. 549. — Aus dem Wortlaute der Urkunden geht hervor, dass selbst die geringste scheinbare Ausnahme nur sehr widerwillig zugestanden wird. So heisst es z. B. in einer Nürnberger Ratsverordnung von 1497: *»Ein yeder flaischhacker soll nit mer haben dann ein pannck, und auch nyemant einich pannck umb gelt annders hinlassen, bey der puss funff pfund neuer haller. Wol mag ein flaischhacker noch ein halbe pannck zu notturfft seins fleischs lennger gebrauchen, doch das er auff derselben halben pannck kein fleisch nit auffhauen noch hinweg solle, bey obgemelter puss.«* Nürnbg. Polizeiordn. p. 224.

2) G. Adler a. a. O.

3) Berlepsch a. O. p. 45.

aber mit der Einschränkung, dass er jede Woche immer nur *e i n e* Gattung von Kleinvieh zur Schlachtbank führen dürfe, »*umb das* — wie es in der Ratsverordnung heisst — *sich einer by dem andern dester bass ernerren möge*«. Damit aber möglichst viel Rindfleisch da sei, haben die Kleinmetzger andererseits das Recht, neben ihrem eigentlichen Arbeitszweige auch Rindvieh zu schlachten ¹⁾. —

Interessant ist es, zu verfolgen, wie auch für den Fleischverkauf in ähnlichem Umfange, wie wir es schon für den Vieh einkauf kennen gelernt haben, das Prinzip des Verbotes des genossenschaftlichen Gewerbebetriebes Stück für Stück geopfert wird, bis man an manchen Orten sogar dazu schreitet, das Kompagniegeschäft direkt zu empfehlen. Demgemäss finden wir, dass das Augsburger Stadtrecht (1276) das Kompagniegeschäft noch sehr einschränkt. Nie dürfen dort unter den Fleischern mehr als zwei ein Rind oder ein Ferkel zusammen kaufen; diese beiden sollen dann das Fleisch auch auf *e i n e r* Bank verkaufen ²⁾. Ähnliche Beschränkungen treffen wir in anderen Städten, so z. B. in Saalfeld (im 13. Jahrhundert) und in Wien (im 14. Jahrhundert), wo jede Gesellschaft von mehr als zwei Metzgern unerbittlich verboten blieb ³⁾. Auch viel später noch finden wir z. B. in der Stadt Baden (1518), wo das Kompagniegeschäft für den Viehkauf gestattet war, es doch für den Verkauf von Fleisch untersagt ⁴⁾. In Osnabrück, wo es ursprünglich gestattet war, machte man schlechte Erfahrungen damit. Eine Ratsverordnung von 1472 schildert die Entwicklung eingehend. Viele Klagen — heisst es hier — seien über die Fleischerzunft entstanden, weil sie nicht genügend Fleisch lieferte. Je zwei oder drei

1) Strassburger Ratsv., Strassb. Polizeiordnungen, p. 364.

2) Augsburger Stadtrecht, Art. CXXI, p. 199.

3) Berlepsch a. a. O. Bd. V, p. 44 f.

4) Gothein a. a. O. Bd. I, p. 513.

Metzger hatten sich zu gemeinsamem Schlachten zusammengethan, so zwar, dass das Publikum nicht so guten Kauf als nötig in den Scharren machen konnte. Dies führte zur Intervention des Rats. Alles Kompagniegeschäft ward von nun an verboten; der einzelne Fleischer durfte schlachten, soviel er wollte. Auf jede Assoziation zweier Gildebrüder stand der sofortige Verlust der Gewerbeberechtigung auf ein Jahr ¹⁾.

Dagegen finden wir an anderen Orten unter dem Zwange der Verhältnisse die Assoziation erlaubt und empfohlen. Beispiele dafür sind Stendal, Strassburg und Freiburg. In Stendal wird nemlich 1450 der gemeinsame Kauf und Verkauf von Fleisch von Ostern bis Michaeli gestattet, wenn das Rind nicht billiger ist als eine Stendalsche Mark ²⁾. Die genannte Periode ist die des vorzugsweisen Genusses von frischem Fleische und der Versorgung mit Fleisch zum Einsalzen und Räuchern für den Konsum im Winter; und deshalb sollte um diese Zeit möglichst viel fettes Vieh herangeschafft werden. In Strassburg verordnet der Rat 1435 *»umb willen, das dester me rintfleisch verhowen und die mennige (Menge) dester bessern kouf finden möge«*: die Kleinmetzger, die nicht genügend viel Wiesen zur Rindviehzucht haben und daher Rindvieh durch Kauf erwerben müssen, dürfen für diesen Zweck, sich zu zweien zusammenthun ³⁾. — In Freiburg i. Br. war das Kompagniegeschäft ebenfalls gestattet; 1532, also zur Zeit der grossen oberrheinischen Fleischteuerung, gab es daher unter 25 Fleischereibetrieben 10 Kompagniegeschäfte, unter ihnen mehrere mit drei Besitzern. Daneben gingen hier

1) Osnabrücker Ratsverordnung, Osnabrücker Gildeurkunden, p. 48 f.

2) Stendaler Fleischerstatut, Codex Diplomaticus Brandenburgensis, Abteilung A, Band XV, p. 274.

3) Strassburger Ratsv., Strassburger Zunftordnungen, p. 364.

auch sonstige Assoziationsgeschäfte. 1482 hatte zwar ein Beschluss der Meister den Kompagnons verboten, mit andern als miteinander zu metzgen ¹⁾, — aber der Rat behielt sich vor, dieses Statut im Falle von Fleischmangel zu suspendieren. Endlich ward später auch dem reicheren Metzger erlaubt, vorübergehend Gemeinschaft mit einem ärmeren Genossen zu halten und ihm durch Vorschüsse die Vergrößerung seines Betriebs zu ermöglichen ²⁾. —

Als dem Geiste der Zunftordnung entgegen war endlich wieder andererseits verboten, dass ein Fleischer beim andern sich mit Fleisch zum Wiederverkaufe versorgte. Andernfalls wäre ja Aufkäuferi mit allen ihren Folgen möglich gewesen. Und so ordnet z. B. das Fleischerstatut von Wernigerode (1408) an: »*Ok en scal (soll) dusser werken neyn den andern vlesch affkopen twischen den schernen (Scharren) edder in den husen, dat he wedder vorkoppen wille*« ³⁾. Die gleichen Verordnungen finden sich u. A. in Lübeck (1385) ⁴⁾ und in Strassburg (1435) ⁵⁾. —

Eine andere Möglichkeit, Fleisch von geschlachtetem Vieh zurückzuhalten, wurde durch die Beschränkung des Einsalzens von Fleisch abgeschnitten. Jeder Metzger — befiehlt z. B. der Rat von Strassburg 1435 — darf nur soviel Fleisch einsalzen, als er nebst Familie und Gesinde für den häuslichen Konsum braucht; ausgenommen ist bloss Schweinefleisch und ferner solches Fleisch, das im Sommer auf der Fleischbank übrig bleibt ⁶⁾. Andere Beschränkungen, die zumal die Verwendung besonders guter Fleischstücke zum Einsalzen verbieten, finden

1) Freiburger Fleischerstatut, a. a. O. Bd. IV, p. 486.

2) Gothein a. a. O. Bd. I, p. 502.

3) Fleischerstatut von Wernigerode bei Meister a. a. O. p. 31.

4) Lübecker Fleischerstatut, Lübeckische Zunftrollen, p. 261.

5) Strassburger Ratsv., Strassb. Zunftordnungen, p. 346.

6) A. a. O.

sich in Nürnberg (1479)¹⁾ und in Freiburg i. Br. (15. Jahrhundert)²⁾. —

Die Rücksicht auf die Fleischversorgung bewirkte ferner, dass man gerade im Metzgergewerbe den Umfang der Produktion nicht beschränkte, wie es doch die zünftige Gewerbeordnung sonst so gern that. Schon die Wiener Metzgerordnung von 1350 erlaubte jedem Fleischer zu schlachten *»ochsen vnd schwein vnd schaff, wie vil er wil vnd vil er des vollenden vnd erczeugen mag«*³⁾. In Ulm bestimmten zwar die Metzger 1414 durch Zunftstatut, dass, wer am Samstag schlachtete und Fleisch zum Verkaufe aushieng, bis nächsten Donnerstag kein Vieh mehr schlachten durfte. Aber bald erhob sich die Klage, dass es den Leuten an Fleisch fehle, weil die Metzger sich gegenseitig im Schlachten beschränkten, bloss damit keinem von ihnen Fleisch unverkauft liegen bleibe. Jetzt schritt der Rat ein, hob jenes Statut auf und erklärte: jeder Metzger dürfe soviel schlachten, als er sich getraue zu verschleissen⁴⁾. 10

Auch in Freiburg i. Br. darf jeder Metzger schlachten, *»wie vil er will vnnd wie manigerley er wil«* (15. Jahrhundert). In Strassburg ist die Quantität ebenfalls unbeschränkt⁵⁾ und in Osnabrück gleichfalls⁶⁾. In Nürnberg, wo in einer Reihe von Gewerben die Zahl der Gesellen sehr beschränkt war, gehört das Fleischergewerbe zu den privilegierten Gewerben, die — laut Statut — *»kneht haben muegen, als vil si ir beduerffen zu ir notorft«* (1363)⁷⁾.

Ueber die negative Anordnung hinaus schritt man dann zu dem positiven Gebote: die Fleischbänke sollten

1) Nürnberger Ratsv. a. a. O.

2) Freiburger Metzgerstatut a. a. O.

3) Berlepsch a. a. O. p. 45.

4) Jäger, Ulm im Mittelalter, p. 628.

5) Strassburger Ratsv., Str. Zunftordnungen, p. 362.

6) Osnabrücker Ratsv., Osn. Gildeurkunden, p. 48 f.

7) Hegel, »Chroniken der deutschen Städte«, Bd. II, p. 510.

von ihren Inhabern mit ausreichenden Mengen von Ware versehen werden. Schon im ältesten, uns überlieferten Fleischerstatut, demjenigen von Basel (1248), müssen sich die Metzger verpflichten, auf den gemeinen Fleischbänken Fleisch »in genugsamer Menge« zu verkaufen ¹⁾. Stendal macht den Zunftvorstand dafür verantwortlich, dass jederzeit hinlänglich frisches und geräuchertes Fleisch in der Stadt vorhanden sei (1335) ²⁾, und ähnlich sorgt Frankfurt a. O. dafür, »*das keyn gebreche an flesche yn der stat si*« ³⁾. Andere Statuten dieser Art sind uns aus Nürnberg (14. Jahrhundert) ⁴⁾ und Lüneburg (1581) ⁵⁾ bekannt. — In andern Städten wird die Verpflichtung reichlichen Vorrats speziell für die grossen Samstags-Fleischmärkte ausgesprochen, z. B. in Hüfingen (1452) ⁶⁾ und Baden (1518) ⁷⁾. Wieder andere Städte fassen reichliche Versorgung der Fleischbänke für die F e s t t a g e ins Auge. So Speyer ⁸⁾, Pforzheim (1491) ⁹⁾, Alstedt (1565), Rudolstadt und Blankenburg (ca. 1594) ¹⁰⁾. —

In manchen Städten findet sich direkt ein gesetzliches Minimum für jeden Schlächter: z. B. in Strassburg (im 15. Jahrhundert), wo vorgeschrieben war: jeder Kleinmetzger, der Rindfleisch feil halte, müsse von Ostern bis St. Jakobstag alle Woche wenigstens ein ganzes oder zwei halbe Rinder auf seiner Bank teilen und feil halten ¹¹⁾. Am weitesten

1) Baseler Fleischerstatut, abgedruckt bei Berlepsch a. a. O. p. 18.

2) Stendaler Fleischerstatut, Cod. Dipl. Brand. Abt. A. Bd. XV. p. 34.

3) Holtze a. a. O. p. 83.

4) Nürnberger Ratsv., N. Polizeiordn., p. 198.

5) »*Fegenbericht des knakenhouweramptes*«, Lüneburger Zunfturk. p. 125.

6) Stadtordnung von Hüfingen, Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins, Bd. XV. p. 429.

7) Gothein a. a. O. Bd. I, p. 512.

8) Ratsv. v. Speyer (14. Jahrh.), »*Urkunden zur Gesch. d. Stadt Speyer*«, hrsg. von Hilgard, p. 483.

9) Stadtordnung von Pforzheim, Pflüger a. a. O. p. 257.

10) Berlepsch a. a. O. p. 46.

11) Strassburger Ratsv., Str. Zunftordnungen, p. 364.

aber ging die Reglementierung in Hof (1447), wo zwei aus dem Handwerk gewählte Schaumeister jeden Donnerstag bestimmten, was für den Samstagsmarkt geschlachtet werden sollte. Gebrach es trotzdem an Fleisch, so konnten sie einem Jeden, der Vieh auf der Weide hatte, gebieten, dasselbe hereinzutreiben und zu schlachten¹⁾.

Nur ganz ausnahmsweise lässt sich ein Maximum für das Schlachten konstatieren. Ich habe dafür nur zwei Belege finden und glaube auch, die Erklärung für diese Ausnahmen liefern zu können. Der eine Ort mit Schlachtmaximum ist Danzig. Hier darf kein Fleischer wöchentlich mehr als 12 »*lydden*« (Gliedmassen) schlachten, und zwar wurden dieser »*lydden*« auf einen Ochsen 4, auf ein Schwein 2 und auf ein Kalb, zwei Schöpsen oder drei Lämmer je 1 gerechnet²⁾. Ein solches Maximum in Danzig anzutreffen, kann nicht wundernehmen. War dies doch diejenige Stadt, in der die Obrigkeit relativ am wenigsten in Sachen der Fleischteuerung gegen die Zunft vorgieng oder, wohl richtiger, vorgehen konnte. Die Danziger Fleischerzunft hatte ihre Gönner am polnischen Hofe, und dieser enthob die Metzger sogar der Verpflichtung, nach dem Gewicht zu verkaufen, wie es der Rat der Stadt gewollt hatte. Was Wunder also, wenn die Metzgerzunft Statuten ganz nach Belieben machte? Und in der Zunft musste selbstverständlich die Majorität der Mitglieder massgebend sein, und so konnte nur das alte zünftlerische Prinzip der Zurückdrängung der Grossbetriebe zum Ausdruck gelangen, — ohne weitere Berücksichtigung des städtischen Interesses an der Fleischversorgung. Diese »Ausnahme« gehört also zu jenen, welche gerade die Regel beweisen.

Die zweite Stadt mit Schlachtmaximum ist Freiburg i. Br. durch eine um die Mitte des 16. Jahrhunderts erlassene

1) Berlepsch, a. a. O. Bd. V, p. 45 f.

2) Hirsch, Danzigs Handelsgesch., p. 311.

110 //
000
Verordnung. Sie lautete: »So zwei Gemeiner bei einander sind, haben sie Macht, alle Tage ein Rind zu metzgen oder aber alle Tage 4 Kälber; dazu am Samstag 8 oder 12 Hämmel und in der Woche alle Tage 8 Hämmel oder aber alle Tage eine Sau und am Samstag 2«. Für den Einzelmetzger betrug das Maximum etwas mehr als die Hälfte hiervon. Aber die genauere Betrachtung des Inhalts dieser Verordnung zeigt, dass dieser Fall nur nominell, nicht faktisch als »Ausnahme« betrachtet werden kann. Denn, wie Gothein zu diesen Maximalsätzen treffend bemerkt, »diese Zahlen zeigen Grossbetriebe an, die selbst in unsern Tagen beträchtlich scheinen« ¹⁾. Zudem war der Zunftvorstand sogar noch zu Dispensen berechtigt, sobald sich Fleischmangel bemerklich machte. —

XI.

Fleischtaxen.

0
0
Den Schlussring in der Kette der betrachteten Massregeln bildete die Einführung der Fleischtaxe. Wie eine solche Taxierung ganz dem Geiste der Zeit entsprach, und wie der von der Obrigkeit nach bestimmten Grundsätzen festgestellte Preis damals als der unbestritten wahre und gerechte angesehen wurde, ist in der Einleitung dargelegt. Diese gesetzlichen Fleischtarife sollten übrigens nicht Fix-, sondern nur Maximalpreise festlegen. Denn sie besagen immer nur: das Pfund Fleisch solle »*nit höher*« als für so und soviel Denare verkauft werden. Faktisch aber bezeichnen die Taxen in der Mehrzahl der Fälle wohl den wirklich gezahlten Normalpreis, in andern Fällen dagegen den Mindestpreis. Das letztere bezeugen wenigstens die Klagen

1) Gothein a. a. O. Bd. I, p. 502.

zahlreicher Ratsverfügungen, dass die Metzger die Gesetze nicht streng befolgten, vielmehr zu ihrem Nutzen davon abwichen und dieselben umgingen, indem sie die Kunden gleichzeitig zum Ankauf der untaxierten Eingeweide zwängen u. drgl. m. Von einer Klage der Metzger andererseits, dass die effektiv gezahlten Preise sich unter der Taxe hielten, ist nirgends etwas zu bemerken, wiewohl die Quellen eine nicht unbedeutliche Reihe von anderen Klagepunkten der Metzger gegen den städtischen Rat, sowie überhaupt von Eingaben und Desideraten enthalten. Wohl aber lassen sich zuweilen Kundgebungen der Metzgerzunft gegen die angebliche Benachteiligung durch zu niedrige obrigkeitliche Taxen konstatieren. —

Die ältesten uns überlieferten Fleischtaxen stammen aus dem dreizehnten Jahrhundert. Es ist wichtig, festzustellen, wie unbestimmt diese ältesten Anordnungen sind. Keine klaren Bestimmungen, zu welchem Preise ein Pfund von einer bestimmten Qualität abzugeben ist, sondern ein ganz allgemeiner Rahmen für die Preise, wodurch dem Belieben des Metzgers ein weiter Spielraum gelassen und die Kontrolle fast zur Unmöglichkeit gemacht ist.

So lautet die älteste Taxe, die auf uns gekommen ist, — sie ist in der »Handfeste von Freiburg im Uechtlande« (1249) enthalten —: »*carnifex in bove ad macellum sex denarios debet lucrari, in vacca sex, in porco quattuor, in castrone (Schöps) duos, in capra duos, et hoc ita si ipse carnes ad macellum vendiderit*«¹⁾. Hier ist also bloss der Gewinn des Metzgers am ganzen Vieh — offenbar unter Zugrundelegung des Einkaufspreises — festgestellt, während für die einzelnen Teile — Fleisch, Knochen, Eingeweide, Kopf, Füße u. s. w. — keinerlei Vorschriften gemacht worden sind. Ähnlich lautet die Taxe, welche in dem Stadtrodel von Murten (13. Jahr-

1) »Handfeste von Freiburg im Uechtlande«, Art. 91, Ausgabe der »deutschen Stadtrechte« von Gaupp, Bd. II, p. 98.

hundert) enthalten ist; nur sind die erlaubten Gewinne doppelt so hoch. Wichtig ist hier die Stelle, welche die Art der Kontrolle behandelt, weil darin offensichtlich deren ganze Mangelhaftigkeit zutage tritt. Es heisst da nemlich: *»si suspectus fuerit, se (sc. carnificem) plus lucrasset, tenetur se purgare proprio juramento vel tres solidos emendare«*¹⁾. Also der Eid des Angeschuldigten als einziges Mittel der Kontrolle! Interessant ist auch das Augsburger Stadtrecht (1276). Dieses kennt für gewöhnliche Zeiten überhaupt keine Preistaxe. Aber wenn die Fleischer Rind- oder Schweinefleisch nicht um einen Preis geben wollen, *»als den burggrafen unde die burger redelich duhte«*, so sollen durch zwei Probe-Einkäufe von Vieh durch eine Kommission, bestehend aus dem Burggrafen und zwei Bürgern, untersucht werden, ob die Fleischpreise nicht zu hoch seien. Und dem entsprechend sollen diese dann herabgemindert werden. Also nach mittelalterlichen Begriffen nur eine matte Art obrigkeitlicher Intervention²⁾.

Erst in den folgenden Jahrhunderten gewinnt die Politik der amtlichen Taxen eine schärfere Bestimmtheit, und weitet sich schliesslich zu einem genau präzierten und alle Verkaufsmöglichkeiten ins Auge fassenden System aus. Es wird nunmehr das Fleisch regelmässig nach Pfunden taxiert — natürlich für jede Viehgattung besonders —; oft werden bestimmte Fleischteile sowie allgemein Fleisch von gut gemästetem Vieh durch eine höhere Taxe ausgezeichnet; manchmal werden auch Würste und andere Fleischwaren, ferner Eingeweide u. dgl. obrigkeitlich taxiert, und zwar in der Regel nach besonderem Modus. Schlechteres Fleisch, z. B. finniges, soweit es überhaupt noch verkauft werden darf, muss allemal zu niedrigerem Preise als gesundes feilgeboten werden. Indessen sind solch genaue,

1) »Stadtrodel von Murten«, Art. 24, a. a. O. p. 156.

2) Augsburger Stadtrecht, Art. CXX, Ausg. v. Meyer p. 199.

alle Details berücksichtigende und regelnde Fleischtaxen im 14. Jahrhundert noch ausserordentlich selten, wie überhaupt aus dieser Zeit nur spärliche Nachrichten über den fraglichen Punkt auf uns gekommen sind. So erscheint z. B. in den Freiburger Urkunden eine Fleischtaxe erst in der Mitte des 15. Jahrhunderts, — also in der Epoche der Fleischteuerung. Deshalb könnte natürlich immerhin schon vorher eine Taxe bestanden haben. Aber ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass die Fleischtaxe erst im 15. Jahrhundert, und nicht zum mindesten infolge der starken Preissteigerung, *allgemein* eingeführt worden ist. Dafür spricht auch, dass in manchen Städten erst spät der Verkauf von Fleisch nach dem Pfunde zur thatsächlichen Durchführung gelangte. In einzelnen Fällen lässt sich sogar direkt durch den Wortlaut der einschlägigen Verordnungen konstatieren, dass die obrigkeitliche Tarifierung im 15. Jahrhundert für die betreffende Stadt etwas ganz Neues bedeutet. Dies geht z. B. aus der Einleitung zur Aufstellung einer Fleischtaxe für Leipzig im Jahre 1469 hervor ¹⁾. Als Grund zu dieser Neuierung wird angegeben, dass »*man einen zcimlichen vnd beqwemen vleischkauff mit allem vleische, der eyne zeit biszher vast swer vnd usz der weise gewest ist, georden vnnd gesetzen mochte*«. Und für die Taxe als das beste Mittel hierzu entschieden sich die Ratsherren »*usz riefem (reifem) tiefem rate eyntrechtiglich*«. —

Viel deutlicher lässt sich konstatieren, dass die Taxen im Laufe der Zeit immer beredter und ausführlicher werden. Man sehe sich z. B. die Hamburger Taxe von 1375 an: da muss jedem der geringe Fortschritt gegen die Taxen aus dem 13. Jahrhundert auffallen. Da werden nämlich die Maximalpreise für das Viertel eines Schafes und den ganzen Rumpf eines Lammes oder einer Ziege festgesetzt ²⁾. Das

1) Leipziger Ratsv., »Urkundenb. d. St. Leipzig«, p. 360.

2) Hamburger Fleischerstatut, »H. Zunftrollen«, p. 140.

ist Alles! Und man vergleiche ferner die uns erhaltene — relativ schon ausgebildete — Nürnberger Taxe aus dem 14. Jahrhundert mit jener vom J. 1497. Im 14. Jahrhundert lautet die Taxe wie folgt:

1 Pfd. Rindfleisch:	3 Heller
1 Pfd. Schafffleisch:	2 »
1 Pfd. Schweinefleisch:	2½ »
1 Pfd. Kalbfleisch:	3 » ¹⁾ .

Die Taxe von 1497 dagegen stellt einen viele Seiten füllenden Katalog dar. Da wird zunächst zwischen Ochsen- und Kuhfleisch unterschieden, und bestimmt, dass dafür der Preis durch die Schätzungskommission je nach den Zeitläuften festgestellt werden soll. Nach einem speziellen Tarif wird das Farrenfleisch behandelt; das Pfund davon kostet nämlich immer einen Heller weniger als Kuhfleisch. Das Lammfleisch hat wieder zwei besondere Taxen, je nachdem es von Ostern bis Weihnachten oder von Weihnachten bis Fastnacht verkauft wird. Das Ziegenfleisch soll regelmässig um einen bestimmten Satz billiger verkauft werden als das Lammfleisch. Bei Schweinefleisch werden von der Taxe fünf Arten unterschieden: erstens altes Schweinefleisch »*aussgenommen die rechten ribpraten — der sie doch auss einem yeden schwein uber zwen ribpraten nit schneiden sollen — auch die weisspraten und lendpraten*«; zweitens eben diese angegebenen Fleischstücke, »*die mogen sie das pfund eines hallers hoher, dann das schweinenfleisch ye zu zeiten gesetzt ist, geben und nit darüber*«; drittens Fleisch von jungen, über 20 Pfund schweren Schweinen; viertens Fleisch von Schweinen mit einem Gewicht von 10 bis 20 Pfund, und endlich fünftens Fleisch von »*schweinlein unndter zehen pfunden schwer*«. Dazu kommen dann noch besondere Taxen je über Ochsen-Wampen (d. h. die unedlen Eingeweide des Ochsen), -Mägen, -Füsse, -Mäuler, Kuh-Wampen, -Mägen,

1) Nürnberger Ratsv., »N. Polizeiordnungen«, p. 199.

-Füsse, -Mäuler, Kalbs-Gekröse, -Gelunge (d. h. die Lunge mit den edleren Eingeweiden) und -Füsse, Hammels-Köpfe und -Gelunge, Schafs-Köpfe, -Gelunge und -Magen, Lamms-Kopf und -Füsse, Ziegen-Kopf und -Füsse, Schweinsmagen, Brat-, Leber-, »Rosen«- und Kuh-Würste ¹⁾. Und das ist bloss die Taxe für frisches Fleisch; diese wird dann noch durch einen Tarif für das Pökelfleisch ergänzt.

Dabei suchten die Taxen öfters, um den Unterschieden zwischen besonders gutem Fleisch und besonders mässigem gerecht zu werden, auch die Preisunterschiede entsprechend zu gestalten. So kostet in Strassburg das Pfund Rindfleisch laut Taxe (1483) drei Heller. Hat aber der Metzger *»gut gemeste rinder, die über winter uf dem miste gestanden sint«*, so darf er für 4 Pfund Fleisch 7 Pfennige verlangen und entsprechend für das einzelne Pfund. Die Entscheidung jedoch über die Qualität des Rindes liegt bei den drei Geschworenen des Fleischergewerks ²⁾. Laut einer späteren Verordnung gilt dann die höhere Taxe auch für Mastvieh, das ausserhalb der Stadt eingekauft worden ist ³⁾. Die gleiche Verordnung ist um dieselbe Zeit in Freiburg i. Br. konstatiert ⁴⁾. Dort soll dann weiter mageres Fleisch unter dem Normalpreis der Taxe verkauft werden *»nach erkantnus der schawmeister«* ⁵⁾. —

Später suchte man dann einen gleichmässigen Detailpreis für ganze Territorien festzustellen. Dies geschah z. B. 1520 für den Breisgau und Sundgau; in den folgenden Jahren auch für den grössten Teil des Gebietes der Genossenschaft der Rappenmünze. Andererseits wurden aber in diesem Gebiete seit der Mitte des 16. Jahrhunderts alle

1) Nürnberger Ratsv., N. Polzeiordn., p. 224—237.

2) Strassburger Ratsv., Str. Zunftordn. p. 354 f.

3) A. a. O. p. 360.

4) Freiburger Fleischerstatut a. a. O., Bd. IV, p. 468.

5) A. a. O. Bd. IV, p. 469.

die feinen Unterschiede der früheren städtischen Taxen wieder verwischt: Die Taxe der Genossenschaft kennt nur noch den Unterschied zwischen gemästetem und magerem Fleische, setzte aber für Ochsen-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch den gleichen Preis fest. Indessen stellte sich nach nicht langer Zeit heraus, dass die Einheit der Detailpreise auf allzugrosse Schwierigkeiten stiess, und so kehrte man dem neuen Prinzipie den Rücken ¹⁾.

In Württemberg strebte man im 16. Jahrhundert ebenfalls einen gleichmässigen Detailpreis für das ganze Land an. Aber einmal war hier eine blosser Maximaltaxe vorgesehen, da die Preise in den einzelnen Gemeinden erniedrigt werden durften; und dann stand man von der im Nachbarlande versuchten Uniformierung der Preise von vornherein gänzlich ab. Hier zeigte sich wieder einmal klar, dass weniger — mehr bedeutete: man brauchte in Württemberg von dem einmal eingeschlagenen Wege nicht abzugehen, wie es der oberrheinische Bund hatte thun müssen ²⁾.

Die wichtige Frage ist nun: wie kam die Fleischtaxe zustande? Aus welchen Faktoren resultierten die einzelnen Preise, oder sollten sie wenigstens resultieren? Einen Fingerzeig zur Lösung geben die bereits erwähnten ältesten Fleischtaxen aus dem 13. Jahrhundert. Aus ihnen geht deutlich hervor, dass der Einkaufspreis des Viehes die Grundlage für die Berechnung der Fleischpreise abgeben soll. Ausser dem Ersatze des Kaufpreises und der sonstigen Spesen — also Zoll, Gebühr des Hirten und Futterkosten — soll der Metzger den gerechten Gewinn der Zeit machen, — dessen Höhe freilich von Stadt zu Stadt variierte. Wie sehr diese Art

1) Vergl. das über den Kampf der Genossenschaft der Rappenmünze gegen die Fleischsteuerung handelnde Kapitel der vorliegenden Abhandlung.

2) Württembergische Metzgerordnungen in Reyscher's Gesetzsammlung, Bd. XII, p. 266 ff. und p. 336 ff.

der Berechnung die herrschende war, zeigt das Beispiel Nürnbergs noch ein volles Jahrhundert nach Ausgang des Mittelalters. Als dort nämlich im J. 1622 der Rat sich nicht mit den Metzgern über den Fleischpreis einigen konnte, indem diese sich weigerten, nach der Taxe zu verkaufen, liess der Rat zur genaueren Feststellung der Sachlage »6 vngerische oxsen schlachten, ¹⁾den ankauff derselben, was sie zu ²⁾treiben, zu ³⁾uermauten, zu ⁴⁾fuhitteren vnd allen ⁵⁾andern vn-costen fleissig zusammen rechnen, die ⁶⁾haut verkauffen vnd das ⁷⁾vn-schlitt wegen vnd nach dem werth schetzen«: und bewies somit, dass das Pfund guten Ochsenfleisches auf 28 Pfennige zu stehen komme, und dass die Metzger, bei der Taxe von 10 Kreuzern, »guten gewin ¹⁶⁷⁰daran hetten« ¹⁾. — Deutlich treten die geschilderten Prinzipien auch in Lüneburg (1496) hervor. Das Prinzip der dortigen Fleischtaxe soll sein, »dat se (sc. die Fleischer) vor ore moyge (Mühe), arbeyt unde vorlacht (Auslage) redeliken winst (Gewinn), unde de gemene man ok vor syn gelt wes moge krigen«. Und im einzelnen Fall sollte Ochsen-, Schaf- und Schweinefleisch taxiert werden, »jedes nach seinem Werte und der Teuerkeit oder Billigkeit, mit der es zur Zeit eingekauft wird« ²⁾.

In manchen kleineren Städten allerdings mochte man sich nicht lange mit schwierigen Kalkulationen über diese Fragen plagen; da nahm man lieber einfach die nächste grössere Stadt zum Vorbild. Die Geschwornen — sagt ein altes Haslacher Statut — sollen sich in Molsheim über den Fleischpreis unterrichten; dann sollen sie die dortige Taxe den Fleischern auferlegen können ³⁾. Etwas anders lag der Fall in der Neustadt von Wernigerode und im Dorfe Nöschenrode (1408), die unbedingt die Taxe der — sonst von

1) Nürnberger Chronik des 17. Jahrhunderts, mitgeteilt bei Siebenk e e s, Materialien zur Nürnbergischen Geschichte (1794), Bd. III, p. 25 f.

2) Lüneburger Ratsverordnung, L. Zunfturk. p. 124.

3) H a n a u e r a. a. O. Bd. II, p. 183.

ihnen gänzlich getrennten — Altstadt Wernigerode anzunehmen hatten ¹⁾. —

Es ist nun klar, dass bei der Unsicherheit der Faktoren, welche die konstitutiven Elemente der Fleischtaxe bildeten, — vor allem der Unmöglichkeit, einen fixen Massstab zur Berechnung des »gerechten« Gewinnes zu finden —, sehr viel davon abhing, wie die Taxkommission zusammengesetzt war. In Wernigerode hatte der Rat ihre Funktionen zu erfüllen (1408) ²⁾; in Lüneburg (1496) und ebenso in Leipzig (1469) bestand sie aus den Meistern (hier = Vorstandsmitgliedern) in Verbindung mit zwei Ratsdeputierten ³⁾ ⁴⁾; in Pforzheim (1491) aus je einem Deputierten des Gerichtes, des Rates und der Gemeinde in Verbindung mit zwei Geschwornen des Metzgergewerks ⁵⁾. Im Einzelnen war also die Zusammensetzung der Kommissionen verschieden; als allgemeine Regel lässt sich immerhin feststellen, dass Deputierte des Rates auf die Höhe der Taxe den wichtigsten Einfluss haben, während vereidete Mitglieder der Fleischerzunft regelmässig beratende, zum Teil mitentscheidende Stimme haben. Auf die thatsächliche Höhe einer städtischen Taxe wird natürlich in praxi auch oft genug der Einfluss der Fleischerzunft am betreffenden Orte, ihre Vertretung im Rate, ihre Allianz mit der regierenden Partei u. s. w. nicht unbedeutend eingewirkt haben. —

Als Strafe für die Ueberschreitung der Taxe waren in vielen Fällen Geldbussen, und zwar zum Teil recht hohe, festgesetzt. Aber diese waren nicht immer genügend wirksam. Deshalb wurde 1497 in Nürnberg z. B. ein viel schärferes System von Strafen eingeführt. Allerdings für eine

1) Fleischerstatut von Wernigerode, bei Meister a. a. O. p. 17.

2) A. a. O. p. 35.

3) Lüneb. Zunfturk. p. 124.

4) »Urkundenbuch der Stadt Leipzig« p. 361.

5) Stadtordnung von Pforzheim, bei Pflüger a. a. O. p. 240.

Uebertretung innerhalb eines Jahres hatte es bei einer Geldbusse, wenn auch einer recht hohen, sein Bewenden; bei zweimaliger Uebertretung binnen Jahresfrist wurde die Busse verdoppelt und die Fleischbank für die nächsten vier Tage geschlossen; bei abermaligem Zuwiderhandeln wurde das Strafgeld verdreifacht und die Bank für sechs Tage geschlossen; endlich, wenn auch das nichts half, wurde der Schuldige vor den Rat gebracht, der ihn an Leib und Gut strafen sollte ¹⁾. In andern Städten z. B. Frankfurt a. O. wurde die Ueberschreitung der Taxe von vornherein sehr strenge bestraft, weil sie als Meinkauf (*falsa emptio*) im engern Sinne nach der Definition des alten Culm (I, 12) und des Magdeburger Schöffengerichts (I, 12) angesehen und an Haut und Haar des Frevlers geahndet wurde ²⁾.

Die Kontrolle über die Einhaltung der Taxe war sehr schwierig. Dass die Schätzer oder die Geschwornen des Gewerkes einmal oder ein paarmal des Tages durch die Fleischbänke schritten ³⁾, konnte schwerlich immer eine genügende Bürgschaft der Befolgung sein. Manchmal ist die Erfolglosigkeit sogar urkundlich konstatiert, z. B. in Stettin im 16. Jahrhundert ⁴⁾. Deshalb nahm man darauf Bedacht, für bessere Kontrollmassregeln Sorge zu tragen. In der genannten Stadt wurde daher 1567 auch verordnet: alles geschlachtete Vieh müsse den Schauherren gezeigt und zunächst von ihnen nach der Rats-taxe abgeschätzt werden, dürfe jedoch erst dann zur Ausstellung in der Fleischbank gelangen, wenn der Preis zuvor auf einer am Scharren aufzuhängenden Tafel vermerkt war ⁵⁾. Eine ähnliche Einrichtung bestand schon lange in Nürn-

1) Nürnberger Ratsv., N. Polizeiordn. p. 226.

2) Holtze a. a. O. p. 89.

3) Strassburger Zunftordn. p. 358 f.

4) Blümcke, Stettiner Innungen p. 211 f.

5) Blümcke a. a. O.

berg ¹⁾; in Lüneburg wurde sie 1589 eingeführt, mit dem Hinzufügen, dass der städtische Zieseknecht die Tafeln mit den vom Rate festgesetzten Preisen aufhängen müsse ²⁾. Allem Anscheine nach hatte man Grund zum Misstrauen gegen die ehrsame Metzgerzunft!

So war es mithin — je nach der Einsicht und der Energie der Stadtväter — möglichst gesichert, dass der Konsument das benötigte Fleisch zu einem festen Preise bekam. In manchen Städten aber begnügte man sich nicht bloss damit, die Höhe der Preise festzulegen, sondern man suchte auch die Form der Zahlung beim Kaufe von Fleisch zu erleichtern. Da in jenen früheren Zeiten das Bargeld noch rar war, so verordnen einige Städte, dass die Verkäufer von Lebensmitteln verpflichtet sind, ihre Waren auch gegen ein Pfand zu verabfolgen, wenn dieses den Wert des einzukaufenden Gegenstandes um ein Drittel übersteigt. Bestimmungen dieser Art sind z. B. in der Handfeste von Freiburg im Uechtlande (1249), im Stadtrechte von Reval (1257) und im Stadtrodel von Murten (13. Jahrhundert) enthalten ³⁾. Wer also im Augenblick kein Geld zum Kauf hatte, brauchte trotzdem den Fleischgenuss nicht zu missen, wenn er nur einen geeigneten Gegenstand besass, der als Pfandobjekt für spätere Zahlung dienen konnte. Für den Verfall dieser Pfänder galten allerdings dann vielleicht schärfere Bestimmungen, worauf das Münchner Statut zu deuten scheint: wenn der Käufer statt des baren Geldes ein Pfand gegeben hätte, so könne es der Empfänger ohne richterliche Hilfe veräussern; noch schärfer drückt sich das Revaler Statut aus, welches solche Pfänder nur eine Nacht aufzubewahren nötigt ⁴⁾.

1) Nürnberger Ratsv. (1497), N. Polzeiordn. p. 225.

2) Bodemann, Einleitung zu den Lüneburger Zunfturk., p. LXVIII.

3) Stieda a. a. O. p. 104.

4) A. a. O.

XII.

**Gesetzlich vorgeschriebene Enthaltung vom
Fleischkonsum.**

Das System der Teuerungspolitik bildete sich im Laufe des 16. Jahrhunderts zu immer grösserer Vollständigkeit aus. Man hatte zunächst das Ziel von der Seite der Produktion — durch Vermehrung des Rohmaterials — zu erreichen gesucht. Man hatte dann die Sache von der Seite der Verteilung angegriffen und durch eine Unsumme von Detailvorschriften — gipfelnd in der Taxe — auch dem minder wohlhabenden Bürgersmann seine gewohnte Fleischration zu zivilem Preise zu sichern gesucht. Schliesslich blieb noch ein Mittel übrig: der Eingriff von der Seite der Konsumtion. Und die Reglementierungswut der Zeit säumte nicht, auch diesen Weg zu beschreiten, — in der Absicht, den Fleischkonsum der reicheren Elemente, der Bauern und ferner der an die katholische Fastenzeit nicht gebundenen Bevölkerungskreise zugunsten der ärmeren Klassen in den Städten einzuschränken. Speziell ganz Süddeutschland huldigte für gewisse Zeiten der Fleischabstinenz von Gesetzes wegen.

Der älteste — mir bekannte — Beschluss dieser Art ist 1533 von den bayerischen Kreisständen gefasst worden. Ihm zufolge ist »*ein Einsehen fürzunemen*«, dass der gemeine Mann täglich Fleisch esse, Zwischenmahlzeiten halte und in den Wirtshäusern Gesottenes und Gebratenes verzehre. »*Aus Erforderung der Noth und des gemeinen Nutzens willen*« solle daher Jeder wenigstens zwei bis drei Tage in der Woche sich des Fleischessens enthalten; kein Wirt sollte ausser den Hauptmahlzeiten Fleisch oder gekochte Speisen geben, sondern nur Käse, Brot und Obst ¹⁾.

1) Jannssen a. a. O. p. 309 f.

Gründe der Teuerungspolitik waren es auch, die in Süddeutschland selbst die protestantischen Regierungen bewogen, ihren Unterthanen die Beobachtung der alten katholischen Fasttage vorzuschreiben. So ordnet in den oberrheinischen Territorien eine Fleischordnung der Genossenschaft der Rappenmünze von 1555, die auch von den protestantischen Mitgliedern der Einung angenommen wurde, an, dass man wegen des *»allenthalben mercklichen mangels am fleisch . . . das fleisch in der fasten (40 Tage!) vud zue andern tagen, an denen man sich desz von alttemher endthalten hat, meyden vnd kein fleisch auszahwen noch verkauffen soll«*, — bloss Greise, Kranke und Frauen im Wochenbett sollen von diesem Verbote ausgenommen sein ¹⁾. Selbst in dem vornehmen Badeorte Baden-Baden mussten die Hotelbesitzer sich dem neuen Gebote fügen und durften ihren Gästen Freitags und Samstags kein Fleisch vorsetzen ²⁾.

Endlich ging man jetzt auch aus teuerungspolizeilichen Gründen gegen allen Luxus vor, der einen grösseren Fleischverbrauch zur Folge haben konnte, — während man bisher den Kampf gegen den Luxus nur aus Gründen der Religion und Moral geführt hatte. So hiess es jetzt in der zitierten oberrheinischen Fleischordnung: zu keiner Hochzeit dürften mehr als 40 Gäste eingeladen werden; bei sonstigen Festlichkeiten, Kindstauen, Kirchweihen u. s. w. müsste *»aller vberflüssiger vnd vnzimlicher vnkost vnd verschwenden des fleisches verhüetet«* werden.

Alle diese Bestimmungen werden dann in den späteren Metzgerordnungen der Einung (von 1575 und 1597) wiederholt ³⁾, und in den einzelnen Städten Badens und des El-

1) Fleischordnung für die Genossenschaft der Rappenmünze (1555), Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, No. 124.

2) Gothein, »Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes«, Bd. I, p. 516.

3) Ebenfalls Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, No. 124.

sassés den Unterthanen durch die Obrigkeit alle paar Jahr von neuem eingeschärft¹⁾).

In Württemberg finden wir ebenfalls eine Reihe von Verordnungen von 1552—1621, welche aus dem gleichen Grunde Einschränkungen der Hochzeiten — und zwar viel einschneidendere als die vorhin genannten — sowie sonstiger Festlichkeiten gebieten²⁾. Daneben aber treffen wir hier eine neue Nuance dieser Art von Teuerungspolitik: es wird nämlich mit zynischer Offenheit darauf hingearbeitet, den Bauer gänzlich der Fleischkost zu entwöhnen, — zu Gunsten der Städter, und der höheren Stände. Die zweite Fleisch- und Metzgerordnung von 1567 spricht es in rührender Menschenfreundlichkeit rund und klar aus, dass der Bauer ja mit Mehlspeise (*»muszmel«*?), Rüben, Kraut, Bohnen (*»schnitz«*?), Erbsen, Linsen und ähnlichen Früchten des Feldes hinreichend versehen sei und sich *»daran settigen vnnd benuegen lassen mueszt,«* — wenn er nicht beim Dorfmetzger Fleisch bekäme. So aber hat der Bauer die entsetzliche Anmassung, *»fuer vnnd fuer Fleisch haben zu woellen«*, wodurch dann Teuerung hervorgerufen wird. In Konsequenz dieser Theorie sieht diese Ordnung das Heilmittel in einer einschneidenden Beschränkung der Dorfmetzgerei, wodurch dann ganz von selbst die Landbevölkerung nicht zu Fleischkonsum verleitet werden kann, also das verfügbare Vieh in die Stadt geschafft werden muss. Diese Einschränkung der Dorfmetzgerei sollte aber auf die folgende Weise bewirkt werden. Dörfer und Flecken, in denen 15 Jahre zuvor kein Metzger gewesen war, sollten fürderhin keinen mehr dulden oder annehmen;

1) Für das Elsass vergl. H a n a u e r, *»Études économiques sur l'Alsace«*, T. II, p. 173 ff.

2) Z. B. Fünfte württ. Landesordnung (1552), R e y s c h e r, Bd. XII, p. 218. — General-Rescript, Hochzeiten und Gastmähler betr. (1585) a. a. O. p. 440 ff. — Siebente Landesordnung (1621), a. a. O. p. 855.

wo aber damals Metzger gewesen, sollten alle überzähligen hinausgebracht und in die Städte geschafft werden. Starben in den Dörfern Metzger oder gaben sie freiwillig ihre Stelle auf, so sollte an ihrer Statt kein neuer Metzger angenommen werden, es sei denn »durch Amptleut vnnnd Gericht in der Amptstatt vorhin erfahren, ob derselb Fleck oder Weiler von alter her Metzger gehabt, vnnnd wieuill, auch ob er dessen notturfftig sey, vnnnd alsdann darueber bescheid gegeben, darinn dann gestalt vnnnd groeszin des Fleckens, dessen gelegenheit der Landstrasz vnnnd andere sachen vnnnd umbstendt bedacht vnd angesehen werden sollen«¹⁾. —

War somit der Fleischgenuss aller Klassen der christlichen Bevölkerung der obrigkeitlichen Reglementierung unterworfen, so war es kein Wunder, dass man hier und dort auch die Herabminderung des Fleischkonsums der Juden für nützlich erachtete. So wird z. B. in Frankfurt a. M. 1433 den Juden verboten, Rindfleisch zu einer andern Zeit als in den vier Wochen zwischen dem 28. Oktober und dem 25. November zu kaufen; »sost so sollen sich die egenanten Juden die zyt an kelbern, hemeln und lemmern Fleisch halden und behelffen durch das iare«²⁾. In andern Städten — auch manchen norddeutschen — war für die Judenfleischer das Maximum dessen, was sie schlachten durften, festgestellt. Damit war dann der Höchstbetrag des Konsums der Judengemeinde gegeben, da der Jude ja ausschliesslich Fleisch von solchem Vieh ass, das rituell »geschächtet« war. Ein Analogon für solche Gesetze bestand übrigens schon längst in den Verordnungen mancher Städte, wie Regensburg, Nürnberg und Würzburg, die bereits seit dem 14. Jahrhundert den Juden verboten hatten, während

1) Zweite württ. Fleischerordnung, Reyscher, Bd. XII, p. 341 ff.

2) Frankfurter Ratsverordnung, abgedruckt in Kriegk, »Frankfurts Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter«, p. 560.

der Fastenzeit Fische zu kaufen, um nicht zur Verteuerung ihres Preises beizutragen ¹⁾).

Zweifellos hätte man auch den Fleischkonsum der Juden noch mit einschneidenderen Massregeln als den erwähnten bedacht, wenn sich nicht die Juden des Genusses von Schweinefleisch, das für die Fleischnahrung der übrigen Bevölkerung die höchste Wichtigkeit hatte, ohnehin enthalten hätten.

XIII.

Der Feldzug gegen die Fleischteuerung im ober-rheinischen Territorium. (Geschichtliche Entwicklung.)

Das Voraufgehende enthält das System der städtischen Fleischteuerungs-Politik in allen seinen wesentlichen Teilen. Wenn zu dieser nach den logischen Prinzipien geordneten Darstellung gleichsam als A n h a n g noch der spezielle Fall des auf einem grösseren Territorium sich abspielenden Kampfes gegen die Fleischteuerung in seinen historischen Phasen hinzugefügt wird, so wird die Entwicklung dieser Politik nicht bloss als in sich geschlossene Darstellung von Interesse sein, sondern wird auch auf den systematischen Teil neues Licht fallen lassen.

Es handelt sich hier um das Gebiet der Genossenschaft der Rappenmünze ²⁾, worüber wir auf Grund von Urkunden des Freiburger Stadtarchivs, die zudem noch in der von Gothein jüngst gelieferten »Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes« ihre Ergänzung erfahren, berichten können.

1) St o b b e, »Die Juden in Deutschland«, p. 171.

2) Die Genossenschaft der Rappenmünze war 1403 gestiftet worden und umfasste ursprünglich Vorderösterreich und die Städte Basel, Kolmar, Frei-

Der erste Schritt zu einer Fleischhandels-Politik dieses Territoriums geschieht im Jahr 1520 auf Anregung der vorderösterreichischen Regierung, welche die Genossen des Bundes der Rappenmünze zu Beratungen über den »gemeinen Fleischkauf« dringend auffordert. Man kam damals zu Beschlüssen, wie sie im wesentlichen in der Stadt Freiburg schon durchgeführt waren (deren Fleischordnung in ihren Grundzügen aus den früheren Abschnitten bekannt ist). Besonders hervorzuheben ist an den damaligen Beschlüssen nur, dass für Ochsenfleisch ein gleichmässiger Preis festgesetzt wurde ¹⁾. Klar geht die Fleischnot aus der neuen Taxe hervor: noch 1455 wurden 2 Pfund um 3¹/₂ d. gegeben, jetzt um 9 d.! Denn der Münzverschlechterung kann an diesem Emporschnellen des Preises nur geringe Schuld zugeschrieben werden: da, wie aus Hanauer's Münztabelle des Rappenmünz-Bundes hervorgeht, der Pfennig 1455 0,027 Frank wert war und 1520 0,02 ²⁾. Und ebenso wenig kann die allgemeine Preiserhöhung infolge der gegen Ende des Mittelalters stark gesteigerten Silberproduktion in Europa ³⁾ irgend erheblich ins Gewicht gefallen sein, da diese allgemeine aufsteigende Preisbewegung erst kurz zuvor ihren Anfang genommen hatte. —

Trotz dieser Beschlüsse blieb die Fleischnot natürlich nach wie vor bestehen. Wollte der Bund sie wirksamer bekämpfen, so musste er sich zu noch tiefer einschneidenden Massregeln entschliessen. Das geschah auch bald genug. Wieder entbot die vorderösterreichische Regierung ihre Genossen im Bunde der Rappenmünze zu einem Gemeinschaftstage nach Ensisheim (1527). Hier befand man

burg und Breisach. Später kamen noch andre Städte und Herrschaftsgebiete dazu. S. Hanauer »Études économiques sur l'Alsace«, T. I, p. 90 ff.

1) Gothein a. a. O. p. 500.

2) Hanauer a. a. O. T. I, p. 493 ff.

3) Vergl. Nasse's Abh. »Geld- und Münzwesen« in Schönberg's »Handbuch der Politischen Oekonomie«.

die bisher geübte Art des Viehhandels für den vornehmsten Grund des Fleischmangels und beschloss daher konsequent, sie à tout prix aus der Welt zu schaffen. Demzufolge hiess es in den Motiven der neuen Ordnung über den Viehhandel: man habe schon *»ein gutte zyt wargenommen vnd befunden, das von etlichen sondern personen, die inn vnd vsserhalb vnser Regimentsverwaltung gesessen, des gehirnt Vichs von denen, so das in iren hüßern ertzogen, vff Merschatz (d. h. Kauf zum Zweck gewinnbringenden Wiederverkaufs) vnd gewinn bestellt, fürkaufft vnd dardurch dieselben Personen, so beruert Vich gehebt, abgestellt, das sie darmit die fryen gemeyn- vnd wochenmarckt in den landen nit besucht.«* Und — heisst es weiter — diese Käufer (welche kurzweg als *»fürkauffer«* bezeichnet werden, weil sie nicht auf dem Viehmarkte einkaufen) haben *»sollich vich vsz dem bezirk vnser Regiments vergewaltigung vnd der Rappenmünz getriben oder, so sie das glych wol vff die marckt in den landen kommen lassen, so ein mercklich gelt daruff geschlagen haben, daz die Metzger in beruerten landen, so die mit vich vnd fleisch versehen sollen, kein zymlichen oder billichen kauff vmb gebürlich bezalung von inen bekommen moegen«* ¹⁾.

Man ersieht aus diesem interessanten Aktenstück, dass ein lebhafter Viehhandel *ausserhalb* der eigentlichen Viehmärkte existierte, der angeblich teils zum Export der erhandelten Stücke, teils zum Preisaufschlag des Viehs führte. Inwiefern speziell die letzte Angabe den Thatsachen entsprach, lassen wir dahingestellt. Nebenbei geht auch, wie ich annehmen zu müssen glaube, aus jener Urkunde hervor, dass das Gewerbe der Viehhändler damals *nicht* von Metzgern ausgeübt wurde, wie Gothein annimmt, — da ja die Metzger gerade als Käufer bezeichnet werden. Wie dem nun sein mag: jene Umstände sollen

¹⁾ Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, No. 77, Aktenstück 7.

»das fleisch bethüret vnd den gemeynen nutz also vnd dermassen beschwert haben, das meniglich, Rych vnd arm, des schaden empfahren vnd dannocht an fleisch grossen mangel leyden muessen«. Um nun die Ursache des Uebels zu entfernen, wird beschlossen: aller Kauf zum Zweck des Wiederverkaufs zu höherem Preise sei zu untersagen. Zur Kontrolle sollen durch das ganze Territorium vereidete Inspektoren ernannt werden, und wird ein Viertel der Busse dem Denunzianten zugesprochen. Fremde »fürkauffer« sind zu arretieren, damit von ihnen die verfallene Busse beigetrieben werden kann. Wer Vieh hat und es nicht selbst zu Markt treiben will, darf es nur den Metzgern verkaufen, weil die es nicht auf »merschatz« erwerben, sondern es in Stücken auf der Fleischbank verkaufen. Wer endlich Vieh abwärts von Ensisheim zur Ausfuhr bringen wollte, musste vorher bei der dortigen Regierung ankehren, um unter Eid zu versichern, dass er das Vieh nicht auf »merschatz« gekauft habe, und um einen Pass zu lösen¹⁾, (der vermutlich mit einer Abgabe verbunden war, so dass also dann die Massregel auf einen A u s f u h r z o l l herausgekommen wäre). —

Die Mitglieder des Bundes und unter ihnen ganz besonders die Städte, scheinen wirklich die Durchführung dieser Gebote mit grossem Eifer erstrebt zu haben. Unaufhörlich werden Briefe gewechselt, Ordres erlassen, Kongresse abgehalten: aber das Problem der Fleischverbilligung wird umso komplizierter, als im Laufe des 16. Jahrhunderts infolge der bedeutenden Vermehrung der Edelmetalle alle Preise erheblich steigen. Wir sehen daher, dass, trotzdem 1544 die Taxe für Ochsenfleisch erhöht wird, bald verschiedene Mitglieder des Bundes die von ihnen selber beschlossene Taxe nicht innehalten, sondern ihren Metzgern nach einer höheren Fleischtaxe zu verkaufen gestatten. Thatsächlich war es zudem auch nicht gelungen, den Vieh-

1) Freiburger Stadtarchiv a. a. O.

handel zu unterdrücken: denn der Gemeinschaftstag zu Ensishheim von 1555 klagt, dass den erlassenen »*ordnungen vnd mandaten nicht gelebt, sonder in vil weg darwider gehandelt werde*«, und gibt an, dass speziell der »Fürkauf« nach wie vor vielfach ausgeübt würde und auf die bereits dargestellte Art zu Preisaufschlägen, wo nicht gar zum Export von Vieh führe. Als neue Ursache der Fleischnot erscheint dann noch der übermässige Fleischverbrauch bei Kindtaufen, Kirchweihfesten, zu Fastnacht u. s. w. Dementsprechend wird jetzt von neuem der Fürkauf von Vieh verboten und die darauf gesetzte Strafe erhöht; der Verkauf von Vieh wird nur an Leute, die es selbst konsumieren wollen, oder an Metzger gestattet, die es »*auff failen banck verharwen*«. Kann sich der Verkäufer mit dem Metzger über den Preis nicht einigen, so darf er sein Vieh selbst für die Fleischbank schlachten und dort gemäss der Taxe verkaufen. Die einzige Art von Zwischenhandel, die gestattet bleibt, ist: der Ankauf mageren Viehes zur Mast, um es später unter Beachtung der eben angeführten Bestimmungen zu verkaufen. Die Viehverstellung wird verboten; ebenso jegliche Ausfuhr von Vieh. Dazu kommt schliesslich noch das Verbot des Fleischgenusses während der Fastenzeit und des übermässigen Fleischverbrauchs bei Festlichkeiten. Bei alledem wird übrigens eine Erhöhung der Fleischtaxe abermals für notwendig erachtet ¹⁾.

Aber trotz dieser Ordnung wollen die Klagen über die Fleischnot nicht geringer werden, wie der uns erhaltene Briefwechsel zwischen dem Rate in Freiburg und der Regierung zu Ensishheim beweist. Zahllos sind daher auch fernerhin die Beratungen, Verhandlungen, Erlasse, Ordnungen und Instruktionen in Sachen des »gemeinen Fleischkaufs« ²⁾.

1) Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, Nr. 124.

2) Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, No. 94 ff. — Metzgerzunft, Nr. 7.

Vor allem können gewisse Verordnungen, in denen der Bogen allzu straff gespannt ist, nicht durchgeführt werden. Die Bauern auf dem Schwarzwalde, deren Wirtschaft auf dem Viehhandel und zumal auf der Viehverstellung beruhte (d. h. dem Kompagniegeschäft zwischen Viehhändler und Bauer durch Mästung des beiden gehörigen Viehs), kehrten sich überhaupt nicht an die Ordnung. Die Viehpreise stiegen lustig weiter. Und infolge dessen gab eine ganze Anzahl Stadtmagistrate dem Drängen ihrer Metzger nach und erhöhte willkürlich die Fleischtaxe über das in Ensishheim bestimmte Niveau. Man berief alsbald (1558) einen neuen Gemeinschaftstag, wo man das Verbot des freien Kaufes von Vieh und der Ausfuhr etwas modifizierte. Bloss der Kampf gegen allen »Fürkauf« wurde unerbittlich fortgesetzt ¹⁾, — ohne dass es gelungen wäre, denselben in der Folge ganz auszurotten, wie z. B. noch eine Ordnung vom Jahre 1597 zugibt ²⁾. »Von 1559 ab wird die Ordnung in kurzen Zeiträumen mit geringen Abänderungen erneuert. Von einem Mal zum andern sah man sich genötigt, mit den Preisen in die Höhe zu gehen, zuletzt wurde die Steigerung eine schwindelhafte. Noch einmal suchte man im Jahre 1625 gemeinsame Schritte zu verabreden, aber es war dies das letzte Lebenszeichen dieser Verwaltungsthätigkeit« ³⁾.

Die Teuerungspolitik hatte die Lösung einer unlösbaren Aufgabe unternommen, und so mussten die verzweifelten Massregeln der Verwaltung an der Macht der Thatsachen zerschellen.

1) Gothein a. a. O. p. 503 f.

2) Freiburger Stadtarchiv, Lade 35, Nr. 124.

3) Gothein a. a. O.

XIV.

Uebertretung der Gesetze und Statuten.

Zwischen Fleischerzunft und Stadt bestand ein offener Interessengegensatz. Der Rat strebte dahin, das Fleisbergewerk zugunsten des konsumierenden Publikums zu reglementieren, während die Zunft ihrerseits darin oft genug eine schwere Schädigung ihres Geschäftsgewinnes und Gewerbebetriebes erblickte. Man denke vor allem daran, wie z. B. schon die Bemessung der Taxe zu fortwährenden Beschwerden der Metzger Anlass geben musste, da der konstituierte Preis von fundamentaler Bedeutung für die Höhe ihres Einkommens war. Die Meinungsverschiedenheiten, welche hieraus resultierten, entfachten oft heftigen Streit zwischen beiden Parteien. Wurde den Protesten der Metzger nicht Folge gegeben, so wagten diese, auf ihren Besitz und ihr Ansehen pochend, ihre Unzufriedenheit manchmal sogar dadurch zu manifestieren, dass sie dem Rate einfach den Gehorsam aufkündigten. Dies geschah dann etwa in der Form, dass die Metzger sich weigerten, zu den vom Rate angeordneten Bedingungen, da sie ruinös oder mindestens ungerecht wären, zu schlachten, um so die Stadt durch eine Art Aushungerung zum Nachgeben zu zwingen oder an ihr wenigstens ihr Mütchen zu kühlen. Von solchen, für jene Zeit höchst bezeichnenden Vorgängen seien einige eingehender dargestellt. —

Als 1439 in Schwaben die Preise des Rindviehs sehr in die Höhe gegangen waren, verfügte der Rat von Augsburg eine entsprechende Erhöhung der Fleischtaxe. Sie sollte die für damalige Zeiten ungewöhnlich hohe Summe von 5 Hellern (für das Pfund Rindfleisch) betragen. Aber den Metzgern war das nicht genug, und so liessen sie »ausz lauter Vbermut vnd trutz die Metzsig gar leer stehen«.

Darauf half sich der Rat, indem er sofort zwei freie Fleisch-Wochenmärkte einrichtete und zumal den Bäckern erlaubte, hier Fleisch und Speck ganz nach Belieben zu verkaufen ¹⁾. Diese neue Einrichtung ist seitdem eine ständige Institution im mittelalterlichen Augsburg geblieben. —

ca 1430
O
Nicht viel später erlebte Freiburg i. Br. sogar einen regelrechten Metzgerstreik. Die Ursache war, dass den Metzgern die Zollfreiheit für den gewerbsmässigen Ein- und Verkauf — ein Privileg, welches sie allein unter allen Zünften besaßen — genommen werden sollte. Der alte und der neue Rat mit den »Achtwern« hatten diesen Beschluss einstimmig gefasst, mit der Motivierung, die Metzger hätten umsoweniger Anrecht auf Befreiung von den Gemeindelasten, als ihre Zunft ein grösseres Stück Allmend und Weide besässe als irgend ein anderes Gewerk. Da man aber den geschädigten Metzgern keine Erhöhung der Fleischtaxe als Aequivalent zugestehen mochte, *»ist ein mercklich unwill in inen entstanden«* (sagt die Chronik). Einige Fleischer gaben sofort die bündige Erklärung ab: sie würden wegen dieser Behandlung nicht mehr metzgen; die Mehrheit verlangte vom Rate Bedenkzeit. Ihr wurde die Antwort: sie möchten sich immerhin bedenken, solange sie wollten; vom kommenden Sonnabend an würde auf alle Fälle der Zoll unweigerlich erhoben werden. Der Beschluss wird durchgeführt, — und prompt antworten alle Metzger ausser einem mit Einstellung des Betriebes; und so, bemerkt der Chronist naiv, musste die Stadt fasten, ohne dass die Kirche es geboten hatte! Das Fleisch aber, welches jener Eine schlachtete, musste laut Ratsbeschluss für Greise, Kranke und Wöchnerinnen reserviert werden.

Die streikenden Metzger wollen auf Unterhandlungen, welche der Rat anzuknüpfen sucht, zunächst überhaupt

1) Aus Werlichs Augsburger Chronik mitgeteilt bei Berlepsch a. a. O. p. 34.

nicht eingehen; endlich erklären sie frech: acht Tage wollten sie zugeben und schlachten; wenn dann der Rat sein Unrecht nicht eingesehen hätte, würden sie die Metzger abschlagen, und der Rat könne dann selber das Schlächtergewerbe treiben: »*Uff dis ir anbringen wurden ratt vnnd ächtwer etwas entsetzt*«. Der Rat wusste schlau zu parrieren; er liess die Metzger einzeln aufs Rathaus kommen und fragte Jeden, ob er metzgen wollte, und siehe da, — Jeder erklärte, er »*wöllte so vil metzgen als vil er vermöchte*«. Nur der Zunftvorsitzende blieb bei seiner Weigerung. Wie mit ihm weiter verhandelt wurde, sagt der Chronist, solle man im »*Unzuchtbuch*« nachlesen ¹⁾. —

Eine ernstere Gestalt nahm ein Konflikt zwischen Metzgern und Rat in Colmar zu Anfang des 16. Jahrhunderts an. Dort hatten die Mitglieder dieser Zunft schon seit mehreren Jahren ein festes Kartell geschlossen, welches im Schlachten und Fleischverkauf nur ein bestimmtes Maximum zuliess. Dadurch war die Bevölkerung gezwungen, alles Fleisch anzunehmen, das man ihr anbot: alte Kühe, die man nirgendwo anbringen konnte, schickte man nach Colmar, so dass es sprichwörtlich wurde, auf altes, abgetriebenes Vieh zu sagen: das ist ein Fressen für Colmar! Als man gar noch erfuhr, dass die Fleischer ihr Vieh, das auf der Gemeinweide der Stadt aufgemästet worden war, nach Auswärts verkauft hatten, — wider das statutarische Verbot, ja wider alles Herkommen —, wurde die Stimmung der geschädigten Bevölkerung so bedrohlich, dass sich der Rat zum Einschreiten veranlasst sah. Er entbot die Fleischer vor sich und forderte sie auf, sich durch Eid verbindlich zu machen: erstens kein Vieh mehr nach Auswärts zu verkaufen, und zweitens das Kartell aufzuheben. Auf diese letztere Forderung weigerten sich die Fleischer einzugehen,

1) Hartfelder a. a. O. Bd. IV, p. 453 f. nach dem im Stadtarchive befindlichen »Geschichtsbuch« von Freiburg i. Br.

ja, sie verabredeten sogar, von Ostern bis Pfingsten, der Hauptsaison für den Konsum frischen Fleisches, nur Fleisch von Kleinvieh zu verkaufen. Von neuem deshalb vorgeladen, weisen sie alle Vermittlungsvorschläge des Rates zurück. Darauf zwingt der Rat die Widerspenstigen, zu schwören, während der nächsten fünf Jahre ihr Handwerk weder hier noch anderswo auszuüben, noch ihr Vieh nach Auswärts zu verkaufen. Um die Stadt aber nicht unverorgt zu lassen, sucht der Rat durch Sendboten auswärtige Fleischer in die Stadt zu ziehen. Diese stellen die Bedingung, dass der Rat sie gegen alle Belästigungen von Seiten der einheimischen Fleischer schütze und gegen diese den Bann für die fünf Jahre ohne Nachlass aufrecht erhalte. Der Rat schien in der That geneigt, darauf einzugehen. Da merkte die alte Zunft, dass es ihm mit seinen Repressalien bitterer Ernst war, und kroch zu Kreuze. Sie nahm nach dem Diktate des Rates ein Statut an, wonach sie sich eidlich verpflichtete: auf jedes Kartell zu verzichten, niemals ein Maximum zu fixieren, niemals einem Mitgliede der Zunft die Freiheit zu beschränken, und schliesslich, mindestens 36 Ochsen wöchentlich zu schlachten. Um endlich die Konsumenten vor der früheren Sorte von Fleisch zu schützen, wurde eine umfassende und strenge Fleischschau eingeführt, mit der Anweisung für die Beamten, rücksichtslos alles nicht tadellose Fleisch zu entfernen¹⁾.

Nicht so erfolgreich ist in B a d e n - B a d e n der Feldzug der Regierung gegen die übelwollende und selbstsüchtige Taktik ihrer Metzger gewesen, wie G o t h e i n darthut. Trotzdem auch hier die Regierung ihren Haupttrumpf damit ausspielte, dass sie fremde Metzger in die Stadt zu ziehen sich anschickte, konnte dieses Mal nur eine scheinbare Unterwerfung erzielt werden; thatsächlich kamen die Fleischer,

1) H a n a u e r, »Études économiques sur l'Alsace«, T. II, p. 167 ff., nach dem »Neuen Roten Buche« des Kolmarer Stadtarchivs.

wie offizielle Verwaltungsberichte klagen, in wesentlichen Stücken der amtlichen Ordnung nicht nach. Aus diesem, durch das ganze 16. Jahrhundert sich hindurchziehenden Kampfe ist als vornehmlich bemerkenswert hervorzuheben, dass nach Erlass einer besonders strengen Metzgerordnung (1518) die Meister die Vereidigung auf dieselbe ablehnten, weil »sie nicht ausser an Geld auch an der Ehre gestraft werden wollten«¹⁾. Darnach sind also vielleicht gewisse Forderungen der Obrigkeit übertrieben oder sogar undurchführbar gewesen.

In andern Fällen, wie sie uns z. B. aus D a n z i g und N ü r n b e r g überliefert sind, scheint allerdings die Nachricht der Obrigkeit mehr opportunistischen Gründen entsprungen zu sein: der Rücksicht auf den bedeutenden Einfluss, die soziale Stellung und den Reichtum der Metzger, die zudem wohl noch zumeist in verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Ratsmitgliedern und anderen massgebenden Persönlichkeiten standen. —

Welche Bedeutung das Problem der Fleischerversorgung hatte, geht auch daraus hervor, dass selbst L u t h e r damit sich zu beschäftigen für nötig fand, und speziell gegen die geschilderte Art des Widerstandes der beteiligten Interessenten zu einem radikalen Auskunftsmittel zu greifen anriet. »Wenn Ermahnungen — schrieb er — gar nichts mehr nützen, müsste man thun wie in etlichen Städten Sitte und Gewohnheit ist: dass man einen redlichen Mann aufwürfe, dem ein Rat 200 oder 300 Gulden vorstreckte, auf dass er eine ganze Stadt mit Fleisch oder Brot versehe, und der Rat ihm vergönnete, dass er allein in der Stadt schlachtete, damit solche stolze Gesellen gedemütigt werden und nicht also stolzierten, wie wir hören und erfahren«²⁾. — —

1) G o t h e i n a. a. O. Bd. I, p. 514 ff.

2) S c h m o l l e r, »Zur Geschichte der nationalökonomischen Ansichten in Deutschland während der Reformations-Periode«, Tübinger Zeitschrift, Jahrgang 1860, p. 535.

Nach diesen urkundlichen Belegen des offenen Ungehorsams der Metzger gegen die Teuerungspolitik der Behörden, ist anzunehmen, dass versteckte Uebertretungen und Umgehungen noch in entsprechend grösserem Umfange vorgekommen sind. Dies im Einzelnen quellenmässig zu verfolgen, ist der Natur der Sache nach nicht angängig, aber auch schwerlich nötig, da die vielen speziellen und detaillierten Verordnungen, welche sich gegen solche versteckten Praktiken wandten, es zur Genüge darthun. Andererseits ist aber anzunehmen, dass jene statutarischen Bestimmungen, auf deren Ueberwachung der Zunftvorstand vereidigt war, wegen der Heiligkeit des Eides und der furchtbaren Strafe jener Zeiten für den Eidbruch auch wirklich gehalten wurden. Charakteristisch hierfür ist schon das eben angeführte Beispiel von der Eidesverweigerung der Metzger in Baden-Baden.

Durch Eid gebunden war nun der Zunftvorstand überall an die Kontrolle über die allseitige Anwendung von ehrlichem Mass und Gewicht. Nach dieser Seite hin sind also Kontraventionen sicherlich nicht in zu grosser Zahl vorgekommen.

Ebenso konnten Massregeln der städtischen Fleishteuerungspolitik nicht gut unausgeführt bleiben, deren Realisierung gar nicht von der Fleischerzunft abhing. Dahin gehören die Freigebung des Fleischverkaufes an die Bäcker und andere Bürger, der Import durch Fremde, die freien Fleischmärkte u. drgl. m. Und wie sehr diese nicht-zünftige Konkurrenz florierte, wissen wir aus den historisch beglaubigten Nachrichten über die freien Märkte und die von den Bäckern geübte Schweinezucht; und überdies zeigen es zur Genüge die ewigen Klagen der Metzger über diese Konkurrenz.

In welchem Umfange und in welcher Art sonst Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften vorkamen und zum

Teil sogar vorkommen mussten, lässt sich für einzelne Punkte durch die folgenden Thatsachen und Erwägungen feststellen.

So war das Gebot der Fleischabstinenz, soweit es den häuslichen Konsum betraf, einfach nicht durchzuführen. Denn, wenn auch Metzger, Gastwirte und Zunftstuben kontrolliert werden konnten, — wie wollte man, zur Zeit der starken städtischen Viehzucht, die häuslichen Mahlzeiten jeder einzelnen Familie überwachen? Diese Auffassung findet auch ihre Bestätigung, wenn wir aus Strassburg hören, dass der Rat dekretiert, *»dieweil man allenthalben merklichen abgang und mangel an fleysch spüret, lasse man von dem Eschen mitwoch an bisz uf donnerstag nach palmarum kein fleisch verkauffen oder uszhauen; auch das man dieser zeit und durch das gantz jar an freytagen und sambstagen in offenen herbergen, uff gemeynen stuben oder in andern öffentlichen gesellschaften und zechen gemeynlich nit speisen solle«*. Als nun dem Rate von andern Regierungen vorgeworfen wird, dass er diese Bestimmung nicht streng durchführe, gibt er (1573) die Erklärung ab: in den Fleischbänken sei während der vorgeschriebenen Fasten kein Fleisch verkauft worden; aber man könne dem Bürger nicht verwehren, zu Hause Fleisch zu geniessen. Möglich sei nur, zu verbieten, Fleisch in den Gastwirtschaften, Herbergen und Zunftstuben zu servieren ¹⁾.

Nicht minder schwierig war die Durchführung der Taxe. Das zeigt schon die Thatsache, dass fortwährend wiederholt werden muss: es sei einer Ueberschreitung der Taxe gleichzuachten, wenn dem Käufer minderwertige Beilagen aufgedrängt würden. Direkt erwiesen wird die Richtigkeit dieser Annahme durch Urkunden aus Nürnberg, Danzig und Stettin. In Nürnberg klagt eine Ratsverordnung vom Jahr 1497,

1) Hanauer a. a. O. T. II, p. 173 f.

dass zwar eine Fleischtaxe aufgestellt und das Verbot erlassen worden sei, Jemandem Fleisch zu versagen, jedoch seien »soliche gesetze von vill Fleischhackern zu irem mercklichen nutz und vorteil und zu grosser beschwerden und schaden der Gemeinde verachtet und uberfaren worden.« Deshalb wird das Verbot von neuem eingeschränkt, mit dem Zusatze, der Verkäufer solle über die Taxe hinaus vom Käufer nicht »einicherley ubermasz, erung, schennck, mied oder gabe vordern, weder heimlich noch offentlich, in kein weyse noch Wege«¹⁾. — In Danzig ferner, wo die Fleischer durch ihren Reichtum stets eine dominierende soziale Stellung hatten, endet die Fleischtaxe (im 15. Jahrh.) sogar mit dem Zugeständnis, die Metzger dürften den Preis des Fleisches erhöhen oder erniedrigen²⁾. — In Stettin endlich kommt die Fleischtaxe auch nicht zu gehöriger Durchführung, bis schliesslich der Rat, nach fruchtloser Verwarnung, im Jahr 1567 anordnet: jedes im Schlachthause getötete Vieh muss den Schauherren gezeigt, seine Teile müssen von ihnen nach der Ratstaxe abgeschätzt, und der so fixierte Preis muss auf einer am Scharren aufzuhängenden Tafel vermerkt werden, ehe das Fleisch zum Verkaufe ausgestellt werden darf³⁾.

Von ganz allgemeinen, offiziellen Kundgebungen sind hier schliesslich noch die Strassburger und die Lüneburger Ratsverordnungen (aus dem 15. Jahrh. resp. von 1586) zu erwähnen, welche besagen, dass die kurz zuvor erlassenen Metzgerordnungen »bitzhar nit so völig gehalten, ouch nit glich under ihnen verstanden worden sind«⁴⁾.

1) »Nürnberger Polizeiordnungen«, p. 226 f.

2) Hirsch, »Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte«, p. 310.

3) Blümcke a. a. O. p. 211 f.

4) »Strassburger Zunftordnungen«, p. 362. — »Lüneburger Zunfturkunden«, p. 127 ff.

XV.

Schlusswort.

Die gegebene Darstellung umfasst alle typischen Massregeln der deutschen Städte gegen die Fleischteuerung seit Ausgang des Mittelalters. Sie ergibt, dass alle jene vielen Statuten und Verordnungen kein einheitliches System bilden, — das, getragen von einem bestimmten ökonomischen Prinzip, dieses bis in seine letzten Konsequenzen verfolgt — sondern dass sie auf den verschiedensten Wegen und durch eine bunte Mannigfaltigkeit von Mitteln der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen suchen. Deshalb giebt dieser Komplex teuerungspolitischer Massnahmen geradezu ein klassisches Spiegelbild von dem Wesen und der Wirkung der ganzen zünftigen Gewerbeordnung und Wohlfahrtspolizei. Immer und überall steht bloss das Endziel fest: preiswürdige Ware dem Konsumenten zu sichern, und »gerechten« Gewinn dem Produzenten; immer und überall erfolgt die Entscheidung bloss von Fall zu Fall: ohne Rücksicht auf eine bestimmte Doktrin, ohne Bedenklichkeit in der Wahl der Mittel, und, wenn für nötig befunden, mit einer schier endlosen Reihe detailliertester Bestimmungen je nach der speziellen Art der lokalen Markt-, Verkehrs- und Gewerbsverhältnisse.

Darnach ergibt sich, dass die staatlichen Massnahmen ein wesentlich verschiedenes Gepräge tragen mussten, je nachdem sie bloss die allgemeinen, möglichen Konsequenzen des Zunftsystems für die Versorgung mit notwendigen Lebensmitteln zu treffen hatten, oder noch ausserdem gegen die geschilderte Fleischnot gerichtet waren. Denn, wie schon verschiedentlich betont, herrschte keineswegs in allen Teilen Deutschlands gleichmässig Viehmangel. Süddeutschland litt ganz unver-

hältnismässig mehr und anders als Norddeutschland oder gar speziell Nordostdeutschland. Dort, auf den Stätten älterer Kultur, war die Bevölkerung erheblich dichter, die Viehzucht wesentlich geringer, der Import und Transport von Vieh aus den Ackerbauländern — Ungarn, Polen, Reussen und Dänemark — weit schwieriger und kostspieliger als in Norddeutschland. Von einer Fleischnot im Nordosten, in Pommern, Brandenburg, Schlesien, ist schlechterdings nichts zu bemerken. —

Wenn wir schliesslich nun zu der Erörterung der Frage übergehen: welchen Erfolg alle jene Massregeln gegen die Fleischteuerung aufzuweisen haben, — so ist zu unterscheiden, wie weit durch sie die möglichen üblen Folgen des spezifisch zünftigen Betriebes für die Fleischversorgung allgemein abgewehrt worden sind, und ferner, wie weit da, wo Fleisch not war, geholfen worden ist. Ein statistischer Nachweis dieser Wirksamkeit ist nicht zu erbringen, da die erforderlichen wirtschaftshistorischen Untersuchungen über den Kausalnexus und die Wechselwirkung zwischen Teuerungspolitik und Preisbewegung nebst Fleischkonsum in den einzelnen Städten und Territorien nicht vorliegen; wohl aber lässt sich die Wirkung symptomatisch erschliessen.

Um den richtigen Standpunkt für die Wertschätzung der ersten Seite der Fleisch-Teuerungspolitik zu gewinnen, ist natürlich die Bedeutung des gesamten Gewerbesystems, wie es in den Stadtstaaten jener Zeit herrschend war, zu würdigen. Eine solche Würdigung giebt Schmoller mit den Worten: »Was wir im Mittelalter vor uns haben, sind städtische, lokale Wirtschaftszentren, deren ganzes wirtschaftliches Leben darin beruht, dass die verschiedenen Lokalinteressen sich zu zeitweiliger Uebereinstimmung durcharbeiten, dass einheitliche Gefühle und Vorstellungen von lokalen Gesamtinteressen entstanden sind,

dass für diese die Stadtgewalt mit den ausgebildeten Schutzmassregeln eintritt, die natürlich lokal und zeitweise verschieden sich gestalten, je nachdem die Versorgung des lokalen Marktes oder die Blüte bestimmter Gewerbe oder Handelszweige als das jeweilig Wichtigste erscheint. Die gesamte städtische Wirtschaftspolitik in dieser ihrer lokalen Einseitigkeit war solange berechtigt, als der Kultur- und Wirtschaftsfortschritt in erster Linie in dem Aufblühen der Städte bestand; dieses Aufblühen konnte auf keinem andern massenpsychologischen Ursachenkomplexe ruhen, als auf dem egoistischen Genossenschaftsgeiste der Städte. . . . Solange das egoistische Gemeinschaftsgefühl engerer Kreise zugleich der Träger einer energischen Vorwärtsbewegung war, hatte es sein Recht, trotz der Rohheiten und Gewaltthätigkeiten, die wir heute nicht nur missbilligen, sondern kaum mehr begreifen ¹⁾.«

In diesem Rahmen der allgemeinen Gewerbeverfassung hatte sich also das Fleischergewerbe zu bewegen. Da nun seine Produkte unentbehrlich sind, so konnte die zünftige Organisation, zumal wenn die Konstellation von Bedarf und Angebot es begünstigte, nur zu leicht zu einer Ausbeutung des Publikums, ja zu einem wahren Raubzuge der Metzger gegen die Konsumenten führen. Hier hat die Teuerungspolitik sicherlich präventiv gewirkt, dadurch dass sie die Zahl der zünftigen Fleischer vermehrte, freie Fleischmärkte schuf, den Bruch des Gewerbemonopols durch nichtzünftige Metzger und Bürger in gewissen Grenzen gestattete, den Vieheinkauf der Bürger begünstigte, den Detailverkauf der Metzger zu Gunsten des Publikums reglementierte, Fleischtaxen einführte u. s. f.

Somit ist der Nutzen, den die Teuerungspolitik nach

1) Gustav Schmoller, Einleitung zu den »Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Grossen« im »Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft«, Jahrgang VIII (1884), p. 18 ff.

dieser Seite hin gestiftet hat, unbestreitbar. Es leuchtet dies um so mehr ein, wenn wir uns daran erinnern, dass in den Zeiten, wo die Transportschwierigkeiten grösser waren als heutzutage, die Grossstädte — selbst bei allgemein herrschendem System der Gewerbefreiheit — speziell für die Versorgung mit notwendigen Lebensmitteln gern das Prinzip einer eingehenden staatlichen Gewerberegulative annahmen: so das alte Rom und Byzanz¹⁾ und dann in der Neuzeit wieder das moderne Paris Jahrzehnte hindurch seit Napoleon I.²⁾

Die Teuerungspolitik ist somit einfach ein Gebot der Notwendigkeit in der Epoche der Zünfte gewesen, welche ihrerseits wieder eine notwendige Entwicklungsphase in der Wirtschaftsgeschichte der Kulturmenschheit gebildet hat.

Dieses Urteil gilt aber freilich nur für das grosse Ganze der angeführten Massnahmen, während im einzelnen gar manche überflüssig, übertrieben, undurchführbar oder sogar unvernünftig und darum schädlich waren. —

Die andere Seite der Teuerungspolitik, wonach man speziell das Missverhältnis zwischen Viehbestand und Fleischbedarf bessern und aufheben wollte, hat aus den (im 2. Kapitel) angeführten Gründen ökonomischer und politischer Natur ein wesentliches Resultat nicht zu erzielen vermocht. Die Frage der Fleischnot konnte eben in damaligen Zeiten nur die — allerdings wenig glückliche — Lösung finden, dass der standard of life breiter Volksschichten herabgedrückt wurde, indem ihr Fleischkonsum dauernd nachliess, und so die Nachfrage sank. Immerhin ist aber der Teuerungspolitik das Verdienst nicht ab-

1) G. Adler, Art. »Fleischergewerbe« im »Handwörterbuch der Staatswissenschaften«, Bd. III, p. 545.

2) Lexis, »Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich«, p. 33 f.

zusprechen, verhindert zu haben, dass die Fleischnot nur die unbemittelten Klassen allein traf. Sie hat dafür gesorgt, diesen möglichste Erleichterung zu schaffen, indem sie die Reichen zur Fleischabstinenz zwang und den kleinen Konsumenten vor vielen Zurücksetzungen gegen den grossen schützte. —

Das Gesamturteil über die Fleischteuerungspolitik der deutschen Städte jener Epoche darf mithin nicht so ungünstig lauten, wie es vielfach geschieht. Man kann ihren Massnahmen nur gerecht werden, wenn man sie als historisch, örtlich und relativ bedingt auffasst. Es hat eben jede Zeit und jedes System der Wirtschaftspolitik eine eigene Teuerungspolitik, — welche freilich manchmal im vollständigen Verzicht auf jeden Eingriff der Verwaltung bestehen kann.

Berichtigung.

S. 4, Z. 5 v. u. statt: Trucks, lies: Tricks.

Von dem Verfasser der vorliegenden Schrift

Dr. G. Adler

Professor an der Universität Freiburg i/B.

sind früher erschienen:

„**Rodbertus, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus**“. 1883. Preis: 1,80 Mk.

„**Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland**, mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien“. 1885. Preis; 9 Mk.

„**Die Grundlagen der Karl Marx'schen Kritik der bestehenden Volkswirtschaft**. Kritische und ökonomisch-litterarische Studien“. 1886. Preis: 6 Mk.

„**Die Frage des internationalen Arbeiterschutzes**“. 1888. Vergriffen.

„**Die Sozialreform und der Kaufmannstand**“. 1891. Preis: 1,50 Mk.

„**Die Sozialreform und das Theater**“. 1891. Preis: 0,80 Mk.

Verlag der **H. Laupp'schen** Buchhandlung in **Tübingen**:

Bücher, Dr. K., Professor an der Universität Leipzig. Die

Bevölkerung von Frankfurt a/Main im XIV. und XV. Jahrhundert. Sozialstatistische Studien. Erster Band. gr. 8. broch. M. 15. —

— „ — **Die Frauenfrage im Mittelalter**. gr. 8. broch. M. 1.

— „ — **Frankfurter Buchbinder-Ordnungen vom XVI.**

bis zum XIX. Jahrhundert. gr. 8. broch. M. 2. —

Morgenstern, Dr. Frdr., Die Fürther Metallschlägerei. Eine

mittelfränkische Hausindustrie und ihre Arbeiter. gr. 8. broch. M. 4. —

Elkan, Dr. Eugen, Das Frankfurter Gewerberecht von

1617—1631. Ein Beitrag zur Geschichte des Gewerbrechts im 17. Jahrhundert. gr. 8. broch. M. 3. —

Köhler, Dr. L., Das württembergische Gewerberecht von

1805—1870. gr. 8. broch. M. 6. —

6	24	41	63	~~mf~~
72	46	43	~~65~~	82
74	22	~~45~~	69	~~25~~
20	30	54	80	
	35			

Adler, Georg,

Die Fleisch-Teuerungspolitik der deutschen Städte beim Ausgange des
Mittelalters

Tübingen 1893

Cam. 3 xe

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11123767-8